

öffentlich darüber zu klagen und es ist zu bedauern, daß man von anderer zuständiger Seite nicht früher auf diesen Übelstand aufmerksam geworden ist.

Der Unterabschnitt 55 „Krankenanstalten“, zeigt auch dieses Jahr wieder, daß das Land sich seiner sozialen Verpflichtung, die Krankenanstalten unter allen Umständen zu führen, auszubauen und das Defizit zu tragen, bewußt geworden ist. Eine grobe Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben zeigt einen Abgang für die Krankenanstalten in Höhe von 39 Millionen auf, ein Abgang, der von uns als durchaus erträglich angesehen wird, wenn er auch, und das muß festgestellt werden, 5 % des Gesamtbudgets bedeutet. Aber es ist nicht gesagt, daß dieser Abgang etwa nur allein dadurch gerechtfertigt wäre, daß eine steigende Tendenz der Krankenhausaufnahmen vorhanden ist. Der Abgang kann nur dann in voller Tragweite als berechtigt angesehen werden, wenn die Verwaltung ökonomisch geführt und in persönlicher und technischer Hinsicht den Bedürfnissen unserer öffentlichen Krankenanstalten auch Rechnung getragen wird.

Ich gebe zu, daß das Land Steiermark sich in einer besonderen Lage befindet, weil unsere Krankenanstalten auch Lehraufgaben zu erfüllen haben. In diesem Zusammenhang muß ich mit Bedauern feststellen, daß der Bundeszuschuß von 8 Millionen auf 5 Millionen verkürzt worden ist, so daß auch hier ein Abstrich gemacht werden muß. Mit der gestiegenen Inanspruchnahme unserer Landeskrankenanstalten, die Gründe wurden schon von LR. Stephan gekennzeichnet, muß aber der zuständige Referent in Zukunft auch im ordentlichen Haushalt Vorsorge treffen, daß diese steigende Tendenz auch so aufgefangen wird, wie es im Interesse der Kranken notwendig ist. Bisher standen die geplanten Neubauten, Ausbauten und Umbauten immer nur auf der Wunschliste des Voranschlages im außerordentlichen Voranschlag. Ich bin mir bewußt, daß der Ausbau oder Neubau eines Krankenhauses weitaus mehr Geld benötigt als der Bau eines Fürsorgeheimes, aber die Tatsache der Errichtung eines Altersheimes für den Bezirk Hartberg, wozu die Gemeinden 10 Millionen aufgebracht haben, berechtigt doch zur Folgerung, daß sich im ordentlichen Haushalt des künftigen Voranschlages für den Ausbau oder den Neubau eines Krankenhauses in Graz Vorsorge getroffen werden könnte. Ich habe mit Genugtuung festgestellt, daß sich der Neubau des Landeskrankenhauses Wagna in einem Stadium befindet, daß in absehbarer Zeit mit der Eröffnung der Anstalt gerechnet werden kann. Wir freuen uns, daß endlich dieses traurige Kapitel unseres Gesundheitswesens einen der Bevölkerung des Grenzlandes gerechten Abschluß findet und damit alle Polemiken und Klagen der Vergangenheit angehören, die mit dem Kapitel Wagna bisher immer wieder vor die Öffentlichkeit getragen wurde.

Landesrat Dr. Stephan kritisierte die Sozialversicherung; ich möchte mich in einem Punkte anschließen und eine Tatsache herausgreifen, ohne dabei gegen die Rabatte der Krankenanstalten zu polemisieren, weil es sicherlich in Kürze notwendig werden muß, auch auf diesem Sektor Ordnung zu schaffen. Es ist mir aber aufgefallen, daß

als einzige Privatzuschußkasse die Krankenversicherungsanstalt „Mercur“ einen Sondervertrag mit dem Lande hat. Ich weiß nicht, warum nicht auch andere private Zuschußkassen einen ähnlichen Vertrag haben und warum ausgerechnet die Versicherungsanstalt „Mercur“ bevorzugt wird. Ich sehe nicht ein, daß ausgerechnet eine Zuschußkasse, es gibt doch mehrere in Graz, bevorzugt wird; dies bestärkt den Verdacht, daß hier irgendwelche andere Aspekte als nur rein sachliche bestimmend sind. Wir haben schon bei der Behandlung des Kapitels 4 darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, auch der privaten Fürsorge, wie aus der privaten Krankenanstalten ein Augenmerk zuzuwenden. Wir haben private Krankenanstalten, die sowohl verwaltungstechnisch, als auch medizinisch ausgezeichnet geführt sind und denen nur im „Wunschzettel des Voranschlages“, im außerordentlichen Voranschlag ein Betrag von 700.000 S zugebilligt worden ist. Das ist außerordentlich bedauerlich. Hier stoßen die Auffassungen meiner Fraktion und die der sozialistischen Fraktion aufeinander. Die sozialistische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Privatkrankenanstalten, weil sie eben nicht dem Aufnahmehzwang unterworfen sind, keinen öffentlichen Charakter haben, einer Unterstützung durch das Land nicht in dem Ausmaß bedürfen. Praktisch hat dies aber keine Bedeutung. Genau so, wie auf der einen Seite in jüngster Zeit eine öffentliche Krankenanstalt Patienten nicht aufgenommen hat, genau so werden sich auf der anderen Seite die Privatanstalten hüten, heutzutage einen Patienten abzuweisen. Ich möchte die Entrüstung im Blätterwald sehen, wenn es publik würde, daß eine Privatanstalt einen Patienten, der eingeliefert wurde, vor die Tür gesetzt hätte. Diese praktische Auswirkung müßte dem Landessanitätsreferenten die moralische Verpflichtung auferlegen, von seinem Standpunkt, hier Öffentlichkeitszwang und hier nicht, abzugehen. Das müßte mit gutem Willen möglich sein. Meine Herren, es wäre hier bei der Verteilung der Zuwendungen an die Privatkrankenanstalten der Utilitätsstandpunkt zu berücksichtigen, denn die Privatkrankenanstalten stellen mit einem Belag von rund 900 Betten ein Drittel des Bestandes dar, den die Krankenanstalten in der Steiermark haben. Wenn sie nicht wären, müßten wir sie schaffen und dies hat auch die Ursache zu sein, diese Krankenanstalten mit einer Dotation zu versehen. Wir werden mit dieser Forderung niemals aufhören und immer darauf hinweisen, daß, wenn wir diese Anstalten nicht hätten, eine um so größere Belastung des Landes erfolgen würde und man daher die moralische Verpflichtung zur Unterstützung der Privatkrankenanstalten hat.

Zum Schluß möchte ich zusammenfassend sagen, daß das Land mit dem Gebarungsabgang auf diesem Sektor eine finanzielle Verpflichtung übernommen hat, die von uns um so mehr bejaht wird, wenn durch verwaltungstechnische Maßnahmen nicht nur der gegenwärtige Stand verbessert wird, sondern auch Mittel für die Zukunft bereitgestellt werden, die es uns erlauben, auch neue Anstalten zu bauen. Diese sind notwendig, denn Österreich hat auf dem Gebiet des Gesundheitswesens eine Tradition, die verpflichtet. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Bammer**: Sehr geehrte Damen und Herren! Schon die erste Durchsicht der Ansätze in der Gruppe 5 hat gezeigt, daß sie im Gesamten ein günstigeres Bild darbieten als im Vorjahr. Ich darf aber vielleicht dennoch der Ordnung halber meinen Vorredner Dr. Pittermann in dem Punkt korrigieren, in dem er die Ansätze der gedruckten Vorlage und die dazu im Sonderheft verzeichneten Anträge des Finanzausschusses zusammenzählt und im Abschnitt „Einrichtungen des Gesundheitswesens“ auf 39 Millionen kommt, während ich nur auf etwa 32 Millionen Abgang komme. Ein Betrag von 7 Millionen ist immerhin ein sehr wesentlicher Betrag, den man auf einer anderen Seite gut brauchen könnte. Aber ich möchte meine Auffassung zu den Ansätzen in den Einrichtungen des Gesundheitswesens auf einen kurzen Nenner bringen und sagen, der Zuschußbedarf ist gegenüber dem Vorjahr geringer geworden und das dürfen wir als eine erfreuliche Tatsache betrachten. Ich glaube, daß es sich dabei um eine günstigere Übereinstimmung der notwendigen Aufwendungen in unseren Einrichtungen des Gesundheitswesens mit den finanziellen Möglichkeiten des Landes handelt.

Um eine klare Formulierung zu bringen, wir haben es in der Gruppe 5, insbesondere in der Verwaltung der Landeskranken- und Fürsorgeanstalten zu einer sparsameren Verwaltung gebracht, wobei angeführt werden soll, daß uns dies sicherlich auch deshalb möglich wurde, weil wir doch langsam mit der Konsolidierung dieser Einrichtungen rechnen können, die ja vor allem durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen in ihrer Verwaltung sehr in Unordnung gebracht worden waren. Sicherlich, wenn wir die Ziffern des Sollbelages und des Istbelages in unseren Landeskrankenhäusern betrachten, bietet sich jedem Abgeordneten, der die Dinge auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft, die Einsicht der Notwendigkeit von Anbauten, Erweiterungen und Zusatzbauten in den einzelnen Anstalten, die auch der Vorredner mit aller Deutlichkeit gefordert hat und ich glaube im Sinne des Referenten zu sprechen, wenn ich, wie es im Vorjahr die sozialistische Fraktion forderte, diese mit so viel Schwung vorgetragenen Forderungen des Abg. Dr. Pittermann unterstütze, die dahin gehen, daß da oder dort in den Bezirken oder auch in Graz zusätzliche Einrichtungen gebaut werden können.

Ich möchte zu den übrigen Ansätzen des Gesundheitswesens nur so weit Stellung nehmen, als es sich um verschiedene lohnrechtliche Fragen handelt. Allen Abgeordneten ist bekannt, daß sich in unseren Landeskrankenanstalten, aber auch in den Sonderanstalten ein sehr hoher Prozentsatz von Männern und Frauen befindet, die dort im Warte-, Haus- und Wirtschaftsdienst tätig sind. Es sind dies etwa 2000 Frauen und Männer, die — und das müssen wir mit aller Deutlichkeit sagen — eine außerordentlich geringe Entlohnung für ihre sehr mühevollen Tätigkeit erhalten. Die Frauen bekommen jetzt 80 %, die Männer 85 % der Ansätze der Bediensteten der VI. Dienstpostengruppe, Entlohnungsgruppe e. Das sind, wenn wir das verständlich machen und für den Laien in Zahlen kleiden,

bei den Frauen in den ersten zwei Dienstjahren brutto 816 S und netto 700 S und bei den Männern in den ersten zwei Dienstjahren brutto etwa 900 S und netto 750 S. Nach zehnjähriger Dienstzeit steigert sich das bei den Frauen auf 820 S und bei den Männern auf 900 S netto. Ich glaube, daß sich kein verantwortungsbewußter Abgeordneter darüber im Unklaren ist, daß das eine Entlohnung ist, die völlig unzureichend auch für die Zukunft ist, um so mehr, als diese Entlohnung noch vor mehr als einem Jahr für eine mehr als 60stündige Arbeitsverpflichtung pro Woche gegolten hat und es erst der Initiative des Herrn Landessanitätsreferenten Dr. Blazizek gelungen ist, mit 1. Jänner 1956 diese Arbeitsstundenverpflichtung auf 55 Stunden herabzusetzen. Ich möchte gleich betonen, daß auch diese 55 Stunden für uns Sozialisten auf keinen Fall ein Zustand sind, den wir in Zukunft weiter belassen werden können.

Ich möchte mich aber mehr der lohnrechtlichen Seite widmen. Es haben sich in diesem Zusammenhang Vorgänge abgespielt, die man nicht ganz unwidersprochen lassen kann. Wir Sozialisten haben schon bei der Vorberatung des Budgets in unserer Fraktion beschlossen, die Erhöhung der Prozentsätze des Warte-, Haus- und Wirtschaftspersonals, und zwar der Frauen von 80% auf 90% und der Männer von 85% auf 95% zu beantragen. Der Sprecher unserer Partei hat im Finanzausschuß am 5. Dezember 1955 diesen Antrag angekündigt und ihn für die Spezialdebatte der Gruppe 5 vormerken lassen. Wir waren außerordentlich überrascht, als nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am Dienstag früh der Sprecher der OVP, Herr Abg. Hirsch, den sozialistischen Antrag übersteigert hat und namens seiner Fraktion eine 100%ige Angleichung an die Entlohnungsgruppe e forderte. Ich muß sagen, daß wir nicht sehr überzeugt waren, weil die Einbringung dieses Antrages in nicht sehr ernster Form erfolgt ist. Es war ja auch den Abgeordneten der OVP nicht unbekannt, daß wenige Tage nach den Beratungen im Finanzausschuß, aber noch vor der Beschlußfassung des Budgets hier im Hohen Hause, in der größten Heilanstalt des Landes, im Landeskrankenhaus in Graz, Betriebsratswahlen stattfinden werden. Wir haben nun in diesem Zusammenhang, und das möchte ich auch unterstreichen, in der Praxis gesehen, wie die soziale Einstellung oder die Einstellung zur sozialen Frage der OVP, die Abg. Wegart heute in sehr bewegten Worten und sehr ausführlich dargestellt hat, aussieht und ein praktisches Beispiel erhalten, wie sich die OVP diese rein theoretisch vorgebrachten Äußerungen vorstellt. Es war für uns nicht verwunderlich, daß wenige Tage nach der Antragstellung im Finanzausschuß im Landeskrankenhaus in Graz von der Fraktion der christlichen Gewerkschaft ein Flugblatt erschienen ist, daß deutlich an der Spitze die Forderung nach der 100prozentigen Entlohnung des Haus-, Warte- und Wirtschaftspersonals verlangte. Es war sogar nicht nur mündlich, sondern ebenfalls schriftlich durch die christlichen Gewerkschafter im Landeskrankenhaus Graz in Übereinstimmung mit den Funktionären des Arbeiter- und Angestelltenbundes die sozialistische

Fraktion verhöhnt worden, weil sie es anscheinend aus Rücksichtnahme auf den Landesfinanzreferenten nicht wagen durfte, eine höhere Entlohnung zu verlangen. Es steht im Flugblatte der christlichen Gewerkschafter: „Wie wir wissen, fordert die sozialistische Fraktion im Bugdetausschuß nur eine Angleichung auf 90 bzw. 95% der Verwendungsgruppe e. Sie durfte nicht mehr fordern, weil der Finanzreferent ein Sozialist ist.“ Ich glaube, daß über die Absicht, die dem Antrag zugrundeliegt durch die Formulierung des Flugblattes, bei keinem Abgeordneten mehr ein Zweifel besteht. Es war dies ohne Zweifel ein rein [zum Zwecke des Stimmenfanges, ein aus reiner Wahldemagogie eingebrachter Antrag im Finanzausschuß. Es waren am 13. Dezember 1955 nur wenige Stunden vergangen, seitdem der letzte Wähler des Landes-Krankenhauses Graz die Stimme abgegeben hat, als maßgebliche Funktionäre den größten Teil der in diesem Flugblatt aufgezeigten Forderungen mit zwei Sätzen vom Tisch gewischt haben, indem sie erklärten: „Wir denken gar nicht daran, diese Forderung zu erfüllen, eine 100prozentige Angleichung kommt überhaupt nicht in Betracht“. Wir stellen hier eindeutig fest, daß es sich ausgesprochen um eine optische Forderung des ÖAAB im Krankenhaus gehandelt hat und kein Funktionär der ÖVP ernstlich daran gedacht hat, diesen Antrag wirklich durchzusetzen. Wir haben in der Praxis erlebt, wie stark die Stellung und wie groß der Einfluß des ÖAAB in der ÖVP ist, zum Stimmenfang dürfen Forderungen propagiert werden und wenn es zur Durchsetzung kommt, läßt man es seit Jahrzehnten den Sozialisten über. (Gegenrufe bei ÖVP.)

Ein weiteres Beispiel, wie stark der Einfluß und die Kraft des ÖAAB in der ÖVP ist. Vielleicht hatten Sie Gelegenheit, am Samstag die Rede der Frau Nationalrat Rehor im Radio zu hören. Es wäre allen klar geworden, wie stark Ihre Stellung oder die Stellung Ihres Bundes in der ÖVP ist. Denn Frau Nationalrat Rehor mußte in die Öffentlichkeit gehen und mußte hörbar für die ganze österreichische Bevölkerung ihr Leid klagen, daß es wieder nicht gelungen sei, die Arbeitslosenversicherung der Hausgehilfen durchzusetzen, eine Forderung, die Jahr für Jahr von uns Sozialisten aufgestellt wurde, die nur vom Klub der ÖVP bis jetzt im Nationalrat verhindert worden ist. Die Frau Nationalrat Rehor ist nicht durchgekommen und hat dadurch klar die Stellung des ÖAAB in der ÖVP zum Ausdruck gebracht. (Abg. Hirsch: „Sie werden doch nicht behaupten, daß sie nicht eine ernste Gewerkschaftlerin ist. Sie wären glücklich eine Rehor zu haben.“) (LR. Prirsch: „Bei uns dürfen die Abgeordneten etwas reden“. (Gegenrufe, Lärm.)

Ich möchte in aller Deutlichkeit feststellen, daß wir Sozialisten für jede Erhöhung der Entlohnung des Haus-, Warte- und Wirtschaftspersonales eingetreten sind, weil es uns nicht darum geht, eine Forderung, die durchgesetzt wurde oder wird, als unser Patent zu erklären oder Urheberrechte zu beanspruchen. Uns geht es bei der Durchsetzung der Forderung darum, daß für die Arbeiter und Angestellten dabei etwas herauskommt. Dabei möchte ich deshalb diese Dinge so klar formuliert haben,

weil es wahrscheinlich der Presseberichterstattung der ÖVP sehr darum angetan ist, in der Öffentlichkeit vor die Männer und Frauen des Warte- und Wirtschaftspersonales hinzugehen und zu sagen: Wir haben die 100prozentige Erhöhung verlangt, aber die bösen Sozialisten haben sich dazu nicht bewegen lassen und haben dagegen gestimmt. So schaut es draußen aus! Ich möchte noch einmal dies unterstreichen, weil man wahrscheinlich damit dokumentieren will, daß sich der sozialistische Finanzreferent gegen diese Forderung gestellt hat. (Abg. Strohmayer: „Mit so etwas seid Ihr in Koalition!“) (Helles Gelächter.) Ich möchte in aller Deutlichkeit die Dinge darstellen, weil man innerhalb der ÖVP gewöhnt ist, in solchen Fragen dem sozialistischen Finanzreferenten die Schuld zu geben, damit man vor den Arbeitern und Angestellten schön dasteht. Vielleicht war die Haltung der ÖVP bei der endgültigen Durchsetzung der Forderung dadurch beeinflusst, daß das Wahlergebnis bei den Arbeitern nicht so ausgefallen ist, wie man auf Grund der Forderungen spekuliert hat. (Landesrat Prirsch: „Wir sind zufrieden.“) Wir haben jedenfalls gesehen, daß es nicht die ehrliche Bemühung war, eine wirtschaftliche Besserung für diese Männer und Frauen herbeizuführen, die zu dem Antrag geführt hat, sondern die Absicht, bei den Wahlen auf Wählerfang auszugehen.

Aber in diesem Flugblatt sind noch andere interessante Forderungen drinnen, wie die Einführung der 48-Stunden-Woche für alle, die sie noch nicht haben. (Abg. Hirsch: „War das nicht ein Resolutionsantrag?“) Ich stelle fest, daß für die Durchführung dieser Forderung im Dienstpostenplan und auch bei den Personalaufwendungen keinerlei Vor-sorge getroffen war, auch nicht zu der Zeit, als dieses Flugblatt gedruckt wurde. Es gibt sicher in den Landeskrankenanstalten in personalrechtlicher Hinsicht verschiedene Forderungen des Personals, auch die Frage der Festsetzung der 48-Stunden-Woche, aber dazu braucht der Landessanitätsreferent sicherlich nicht die Anträge der christlichen Gewerkschafter, mit diesen Fragen setzt er sich schon seit geraumer Zeit auseinander und wird sicherlich, wenn auch die Voraussetzungen dazu geschaffen sind, an deren Durchsetzung schreiten. (Abg. Oswald Ebner: „Gestern haben Sie behauptet, nur die Gewerkschaften setzen alles durch!“)

Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf den Antrag der ÖVP zu sprechen kommen, der verlangt, daß die Anzahl der sogenannten Luisenschwestern in den Krankenanstalten von 60 auf 90 erhöht werden soll. Ich möchte feststellen, daß es nicht sehr zweckmäßig erscheint, in schwebende Verhandlungen durch eine solche Antragstellung einzugreifen, denn der Landessanitätsreferent befindet sich mit der Kongregation, die diese Schwestern beistellt, in Verhandlung und er wird sicherlich dem Landtag im Zusammenhang mit dem Budget für 1957 auch das Ergebnis bekanntgeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte die Frage der Haltung der ÖVP im Zusammenhang mit den lohn- und dienstrechtlichen Regelungen dieser unterbezahlten Gruppe im Landtag behandeln, weil mir die Frage in dieser klaren Form darzustellen notwendig erschien.

Im übrigen wissen wir, daß auch heuer wieder verschiedene Vorhaben in unseren Landesanstalten durchgesetzt werden konnten, neue werden in Angriff genommen und zum Teil fertiggestellt. Daß aber auch in Zukunft die Wünsche hier immer größer sein werden als die finanziellen Möglichkeiten, darüber besteht bei meiner Fraktion sicherlich kein Zweifel. Wir werden, da wir das Gefühl haben, daß die Ansätze richtig und vertretbar sind, für die Ansätze der Gruppe 5 stimmen. (Beifall bei SPO.)

Abg. Pözl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich freue mich außerordentlich, daß nun auch die Redner der ÖVP für den Ausbau unserer Krankenanstalten sprechen. Es fehlt nur an den konkreten Anträgen zu diesen.

Der Ausbau unserer Krankenanstalten ist ein Problem, das uns schon mehrere Jahre beschäftigt und es wäre hoch an der Zeit, hier wirklich an die Tat zu gehen und vor allem den Ausbau unseres Landeskrankenhauses in Angriff zu nehmen. Bezüglich des Vergleiches der ÖVP, die Privatkrankenanstalten entsprechend zu fördern, weil sie viel wirtschaftlicher arbeiten usw., wäre eines zu bedenken. Sagen Sie offen, Sie haben dabei im Auge die von den katholischen Orden geführten Krankenanstalten. Ich möchte nicht bestreiten und habe auch keine Ursache dazu, daß das Wirken der Barmherzigen Brüder und des Elisabethinenspitals in Graz segenswerte Früchte für die steirische Bevölkerung gebracht haben. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns dann auch die Frage auferlegen, ob diese Form des Gesundheitsdienstes und die Weiterentwicklung dieser Form angezeigt ist. (Abg. HegenbARTH: „Diese Form hat sich ja bewährt, Herr Abg. Pözl.“) Wir wissen, daß seit dem zweiten Weltkrieg der Andrang zu den verschiedenen katholischen Orden gewaltig zurückgegangen ist und ich glaube, daß das auch nur zu begrüßen ist. Wir wollen einen modern organisierten Gesundheitsdienst haben und ich glaube, daß wir uns in erster Linie damit beschäftigen sollen, unsere Landeskrankenanstalten auszubauen und zu finanzieren. Denn wenn Sie sagen, daß diese Privatanstalten so geführt sind, daß es bei den Ausgaben kein Defizit gibt, dann möchte ich Sie fragen, warum soll man sie dann subventionieren? (Abg. Dr. Pittermann: „Hoffentlich kommen Sie nicht einmal in die Lage, in ein so geführtes Spital aufgenommen zu werden.“) Noch ein sehr ernstes Argument spricht dagegen. Sie erinnern sich, daß wir uns gerade bei dieser Budgetdebatte außerordentlich mit der Bevölkerungspolitik beschäftigt haben. Ich glaube nicht, daß es für eine gesunde Bevölkerungspolitik allzu günstig wäre, wenn wir die Betreuung unserer Kranken den Orden überantworten würden.

Ich möchte noch einige Worte über die Frage unserer Jugendpolitik sprechen, weil hier der Herr Abg. Dr. Rainer geradezu ein Programm entwickelt hat, ein Programm, von dem ich sagen muß, daß es in manchen Gedanken zu akzeptieren ist. Denn wenn wir in Betracht ziehen, welche Entwicklung gerade der Herr Dr. Rainer der Einstellung zu grundsätzlichen Fragen mit diesen neuen Äuße-

rungen gemacht hat, muß ich sagen, er hat sich einigermaßen entwickelt. (Heiterkeit.) (Abg. Hofmann-Wellenhof: „Hoffentlich kommen Sie auch in Entwicklung!“) Wenn er die Frage aufwirft, welches Ideal sollen wir unserer Jugend geben und er sie damit beantwortet, wir müssen unsere Jugend im Geiste des österreichischen nationalen Bewußtseins, ja er ist sogar weiter gegangen, im Sinne eines republikanischen Österreich erziehen, dann kann man nur ja sagen. Allerdings wird die Sache kritisch, wenn man denkt, was Dr. Rainer bis in die jüngste Vergangenheit propagiert hat. Er war ein Verherrlicher einer „großen Zeit“, wo man von einem Österreich nicht reden konnte, sondern wo es eine Ostmark geworden ist. Er ist einer von jenen Leuten in der ÖVP, die den Hitlerkrieg irgendwie herüberretten wollen als etwas Positives in unsere Republik Österreich, in unser Dasein. In dem Zusammenhang haben Sie absolut nicht segensreich gewirkt und in diesem Zusammenhang haben Sie sehr schwere Fehler gemacht. (LR. Prirsch: „Er war aber bestimmt kein Nutznießer dieser Zeit!“) Da haben Sie recht!

Zu noch einem Gesichtspunkt hat Herr Dr. Rainer gesagt, wir sollen die Jugend dazu erziehen, die abendländische Kultur zu verteidigen und in sich aufzunehmen. Ich glaube, daß in vergangenen Jahren in Bezug auf die Beeinflussung unserer Jugend deswegen so viel versäumt wurde, weil ein Teil unserer Bürger sich sehr spät dazu entschlossen hat, unsere neue österreichische Republik zu bejahen und zu sagen, jawohl, wir wollen ein Österreich, ein freies Österreich, wir wollen ein neutrales Österreich. Das sind ja alles Errungenschaften der allerjüngsten Zeit und es hat sich sicherlich auf die Beeinflussung unserer Jugend negativ ausgewirkt. Außerdem hat es Dr. Rainer vermieden zu sagen, was er unter abendländischer Kultur versteht. Bis jetzt sind die Dinge so dargestellt worden: Alles was von Westen kommt, ist Kultur, alles was von Osten kommt, ist Unkultur (Abg. Dr. Kaan: „cultural!“) (Gelächter.) Mit diesem Auskunfts Mittel werden Sie nicht weit kommen, um so mehr, als auch im Osten ungeheure Veränderungen vor sich gehen, Veränderungen, von denen man nicht sagen kann, dagegen müsse sich die abendländische Kultur verteidigen. Man wird diese Tatsachen zur Kenntnis nehmen müssen. Tatsache ist, daß der Osten für seine Jugend, für die Erziehung seiner Jugend alles tut, alles aufwendet, was irgendwie denkbar ist, aber auch alles vorsieht, um seine Jugend vor dem Schmutz der kapitalistischen Welt zu bewahren. Vor dem Schmutz, der aus dem bestorganisierten kapitalistischen Land, Amerika, kommt. Gegen diesen Schmutz haben Sie kein Wort gefunden! Unsere Jugend wird überflutet von einer Unzahl Schundliteratur, Erzeugnissen der Schundliteratur, von Comics, die geeignet sind, das Denken, das Fühlen und die Phantasie unserer Jugend auf das schwerste zu beeinflussen. Wir wissen, daß unsere Jugend außerordentlich stark unter dem Einfluß des amerikanischen Schundfilmes steht und es ist außerordentlich bedauerlich, daß hier kein Mittel und kein Weg gefunden wird, um diese Flut von Schmutz von unserer Jugend fern zu halten. Das wäre ein Vergehen gegen das Prinzip der Freiheit, wird uns gesagt,

wenn man gegen Schmutz und Schund gesetzliche Bestimmungen treffen würde. Ich habe keinen Grund, der Zensur das Wort zu reden, weil gerade die Richtung meiner Weltanschauung all zu oft und all zu schwer unter dem Knüppel der Zensur gelitten hat. Aber ich kann mir trotzdem vorstellen, daß es geradezu ein nationales Gebot ist, sich gegen Schmutz und Schund aus den Vereinigten Staaten zur Wehr zu setzen und ein entsprechendes Verbot gegen die Schundliteratur und die Schundfilme zu erlassen.

In diesem Hause ist ein edler Wettstreit daran entstanden, die Arbeitsverhältnisse des Krankenhauspersonals zu verbessern. Ich erinnere daran, daß schon vor Jahren gefordert wurde, die 48-Stunden-Woche für das gesamte Personal der Krankenhäuser einzuführen. Immer wieder wurde gesagt, die Forderung an sich ist begründet, aber die Mittel reichen nicht aus, wir können sie nicht verwirklichen, weil kein Geld da ist. Hier muß ich sagen, es geschieht den Sozialisten recht, wenn sie nicht den Mut aufbringen, zu gegebener Stunde die lebenswichtigen Fragen einer wichtigen Gruppe der werktätigen Menschen zu vertreten und durchzusetzen. So wird der Reaktion Gelegenheit gegeben, Demagogie in übelster Form zu betreiben; das Flugblatt, das Kollege Bammer vorgelesen hat, ist ein solches Zeichen gehässiger Demagogie. Abg. Dr. Rainer hat die Frage aufgeworfen, wie man unser öffentliches Leben gestalten soll, wie man die Jugend demokratisieren, wie man in unser Demokratie wirken und arbeiten soll. Ich frage Sie: Ist das die Form, wie wir in unserer Demokratie arbeiten und wirken wollen, indem wir nur zum Scheine Forderungen erheben, um Menschen damit einzufangen, dann aber von den Forderungen abrücken, weil man nicht bereit ist, sie durchzusetzen? Sie können sich von diesem Vorwurf nur befreien, wenn sie den Beschluß fassen, die 48-Stunden-Woche auch für das Haus-, Warte- und Wirtschaftspersonal der Landeskrankenanstalten wirksam werden zu lassen. (Abg. Ertl: „Für die Bauernschaft auch, dann geht es unter einem!“)

Landesrat **DDr. Blazizek**: Hoher Landtag! Es ist, glaube ich, meine Pflicht, zu einigen Problemen, die in der Generaldebatte und heute in der Spezialdebatte angeschnitten wurden, Stellung zu nehmen, soweit die Landes-Kranken-Heil- und Pflegeanstalten und das Gesundheitswesen des Landes in Betracht kommen. Zunächst zwingen mich die Ausführungen des Herrn Abg. Stöffler in der Generaldebatte, in der er sagte, daß das Defizit der Anstalten ein von Jahr zu Jahr steigendes sei, dazu, die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und auf das Bild zu lenken, das sich aus einer Gegenüberstellung der gesamten Einnahmen und Ausgaben der Anstalten ergibt.

Die Einnahmen waren für 1955 mit 140.1 Millionen Schilling präliminiert. Sie konnten für 1956 mit 155.3 Millionen Schilling veranschlagt werden, so daß sich eine Steigerung der Einnahmen um 15.2 Millionen Schilling ergibt. Das wäre an sich schon eine bedeutende Erhöhung und eine erfreuliche Tatsache. Um den inneren Wert der Ziffern

zu erkennen, muß ich Sie aber bitten, den Bundesbeitrag, der zur Abgangsdeckung der Anstalten im Vorjahre und heuer präliminiert ist, abzuziehen, weil dieser Betrag eine irrealere Ziffer ist. Er ist im Vorjahre mit 8 Millionen Schilling und für 1956 nur mehr mit 5 Millionen Schilling vorgesehen, so daß die echten Einnahmen nicht um 15.2 Millionen Schilling, sondern um 18.2 Millionen Schilling gestiegen sind. Diese 18 Millionen Schilling sind keineswegs nur das Ergebnis der Erhöhung der Verpflegsgebühren, die mit 1. Jänner 1956 zum Beschluß erhoben wurde. Die Neuregelung hat nur etwa 12 Millionen Schilling, also zwei Drittel der Einnahmensteigerung gebracht, während die restlichen 6 Millionen zum Teil von der Erweiterung der Anstalten kommen, zum Teil von der Erhöhung des Durchschnittsbelages und auch von der Erfassung gewisser Einnahmen durch eine intensiviertere Verwaltungstätigkeit.

Wenn wir nun die Ausgabenseite gegenüberstellen, so sehen wir, daß diese für 1955 mit 180.6 Millionen Schilling veranschlagt wurde. Für das Jahr 1956 wurden, selbst wenn man die Aufstockungen, die der Finanzausschuß beantragt hat, hinzurechnet, Ausgaben von 188.3 Millionen vorgesehen. Während also die Einnahmen der Anstalten um 18.2 Millionen gestiegen sind, sind die Ausgaben dieser Landesanstalten nur um 7.7 Millionen gestiegen. Dieses Bild, glaube ich, ist doch immerhin erfreulich und entkräftigt einigermaßen, was hier von den steigenden Budgetziffern und dem ständig steigenden Defizit gesagt wurde. Ich muß aber bei der Betrachtung der Ausgabenwirtschaft der Anstalten gerechterweise noch anführen, daß sich auf der Ausgabenseite im Laufe des Jahres 1955 Veränderungen ergeben haben, die für die Anstalten immerhin das Gebarungsergebnis drücken, wenngleich sie als soziale Erfolge wirklich und von ganzem Herzen zu begrüßen sind. So ist der Personalaufwand der Anstalten im Jahr 1955 beträchtlich gestiegen. Er wird im Jahr 1956 weiter steigen und dieses Weitersteigen ist in den bereits veranschlagten Ziffern schon berücksichtigt. Denken Sie doch daran, meine Damen und Herren, daß uns im Jahr 1955 zwei Entniveillierungsetappen getroffen haben, daß eine Zwischenregelung erfolgt ist, daß die Bezüge der geistlichen Schwestern zweimal einer Regelung unterworfen wurden, ebenso die der Luisenschwestern, daß wir die 55-Stunden-Woche eingeführt haben, (LR. Prirsch: „Dazu hat die ÖVP auch etwas beigetragen.“) daß wir die Überbrückungshilfe mit 31. Dezember zu zahlen und daß wir ab 1. Februar 1956 85 % der Ansätze des neuen Gehaltsgesetzes zu leisten haben. Die Vermehrung der Personalausgaben hat allein rund 10½ Millionen Schilling betragen. Wenn man diese 10½ Millionen Schilling von den für das Jahr 1956 präliminierten Ausgaben absetzen würde, dann würden die Ausgaben nur 178 Millionen betragen, das wären um 2.3 Millionen weniger, als wie sie für das Jahr 1955 präliminiert worden waren. Der wirtschaftliche Erfolg der Anstalten hätte sich also intern gesehen um 20 Millionen gebessert. Die Personalausgaben sind natürlich eine feststehende Tatsache, man kann aber immerhin an Hand der Voranschlagsziffern, auch ohne deren Steigerung zu

berücksichtigen, schwarz auf weiß beweisen, daß sich der wirtschaftliche Erfolg um zirka 10 ½ Millionen bessern wird.

Daß diese Entwicklung eigentlich von langer Hand vorbereitet worden ist, können Sie an den Ziffern des Voranschlages nachprüfen. In der Rechnung des Jahres 1954 haben die Abgänge für alle Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten 29 Millionen Schilling betragen. Ich kann Sie versichern, daß die Rechnung für 1955 um einiges günstiger sein wird und aus den präliminierten Ziffern für 1956 können Sie entnehmen, daß sie sich im kommenden Jahr weiter bessern dürfte. Eben diese befriedigende Entwicklung der Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft der Krankenanstalten ist es, die mich ermutigt hat, an Sie die Bitte zu richten, daß Sie dem heute dem Haus vorliegenden Antrag auf Erhöhung der Löhne des Warte-, Haus- und Wirtschaftspersonals und auf Erhöhung der Löhne der geistlichen Schwestern zustimmen mögen. Es war mir von vornherein bewußt, daß diesen Mängeln, die für das Personal noch immer bestanden haben, weil der sachliche Nachholbedarf einfach zu groß war, sowohl in Bezug auf die zu hohe Arbeitszeit, als auch hinsichtlich der zu niedrigen Löhne, nur abgeholfen werden kann, und daß die soziale Aufwärtsentwicklung, die unter meinem Vorgänger im Referat, Landeshauptmann a. D. Machold, jederzeit gewährleistet wurde, nur fortgesetzt werden kann, wenn es gelingt, einerseits die Einnahmen zu steigern und andererseits die Ausgaben entsprechend zu drosseln oder zumindest größte Sparsamkeit in der Wirtschaft walten zu lassen. Diese Voraussetzungen habe ich mit Ziffern bewiesen und deshalb bitte ich Sie, daß das Hohe Haus der ersten sozialen Maßnahme, die es schon im Vorjahr durch Einführung der 55-Stunden-Woche beschlossen hat, nun die zweite soziale Maßnahme folgen zu lassen durch den Beschluß, daß die Löhne des weiblichen Haus- und Wirtschaftspersonals ab 1. Jänner 1956 auf 90 % und ab 1. Jänner 1957 auf 95 %, die des männlichen Personals ab 1. Jänner 1956 auf 95 % und ab 1. Jänner 1957 auf 100 % erhöht und die Bezüge der geistlichen Schwestern ab 1. Jänner 1956 mit 80 % der Bezüge der Gruppe E VI, I festgesetzt werden. Bedenken Sie doch bitte, wenn Sie darüber beschließen, daß die Arbeitsleistungen in den Krankenanstalten groß und schwierig sind. Bedenken Sie, daß ein Planbettenbestand von 8500 Betten bereitgehalten werden muß. Bedenken Sie, daß jährlich etwa 100.000 Patienten in stationäre Pflege aufgenommen werden, bedenken Sie, daß der Durchschnittsbelag der Anstalten immer über 90 % liegt, ja er war in Graz 96 % und es hat Anstalten gegeben, die Monat um Monat einen Durchschnittsbelag von 105 bis 110 % ihrer Bettenzahl gehabt haben. Was das an Arbeit für das Personal bedeutet und welche Schwierigkeiten da entstehen, werden Sie begreifen, wenn Sie in Erwägung ziehen, daß ein Krankenhaus einen höheren Durchschnittsbelag als 70 % eigentlich nicht vertragen kann. Jährlich werden etwa zwei Millionen Verpflegstage gezählt. In den Anstalten am Lande werden im Jahr 45.000 Operationen durchgeführt, in Graz allein 40.000. Die Zahl der ambulanten Fälle, die bloß zur Behandlung kommen und sich dann wieder enfer-

nen, beträgt in Graz 54.000. Dazu kommen etwa 300.000 ärztliche Sonderleistungen und 260.000 Röntgen-Untersuchungen usw. Bedenken Sie aber auch, daß diese Leistungen der gesamten Bevölkerung, und zwar sehr gleichmäßig zugute kommen. Wir haben uns die Mühe gemacht und gezählt, wie sich diese auf die Bevölkerungsgruppen verteilt und konnten feststellen, daß von der Land- und Forstwirtschaft 31 % unseres Patientengutes gestellt wird und daß auf Handel und Gewerbe 22 %, Industrie 33 %, öffentlicher Dienst 10 % und freie Berufe 4 % entfallen. Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang mit Rücksicht auf das, was über die Sozialversicherung heute gesagt wurde, feststellen, daß größtenteils 83 % aller dieser Fälle von den Pflichtversicherungsträgern gestellt werden, daß die Fürsorgeverbände am Lande zu 5 %, in Graz zu 8 % für die Krankenhauskosten aufkommen und daß die Selbstzahler in Graz 9 % und am Lande 12 % der Patienten ausmachen.

Bei der Durchsicht des Voranschlages für die Krankenanstalten werden Sie bei verschiedenen Ansätzen Erhöhungen gegenüber dem Vorjahr feststellen können. Sie werden auch bei der Durchsicht des Dienstpostenplanes feststellen, daß um 44 Dienstposten mehr geschaffen werden mußten. Diese Erweiterungen sowohl der sachlichen Ziffern als auch der Personalziffern sind auf Erweiterungen der Anstalten zurückzuführen. Schon im Landeskrankenhaus Graz allein haben sich eine ganze Reihe von Erweiterungen ergeben. Es ist z. B. die Infektionsabteilung für Erwachsene neu geschaffen worden und es wurde auf der Hautklinik eine Wasserbettenstation eingerichtet, es wurde die Kinderabteilung ausgebaut, dadurch, daß das dritte Stockwerk neu gestaltet wurde und es wurden die von der Besatzung belegt gewesenen Teile der Chirurgie freigemacht und der chirurgischen Abteilung zugeführt. Im medizinischen Pavillon wurde eine Reihe von Terrassen geschlossen und zu Krankenräumen ausgestaltet. Von den kleineren Änderungen will ich gar nicht reden. Immerhin hat das Landeskrankenhaus Graz um 55.000 Verpflegstage für das nächste Jahr mehr veranschlagt als bisher. Selbstverständlich kann das alles nicht beheizt, gereinigt, gepflegt oder operiert werden, ohne daß sich die Ausgaben und im bescheidenen Maße auch die Dienstposten verändern.

So wie in Graz ist es auch in allen übrigen Anstalten des Landes. In Bruck haben wird um 7300 Verpflegstage mehr und dort wird im kommenden Sommer der Zubau zur gynäkologischen Abteilung seiner Bestimmung übergeben werden können. Eine wesentliche Erweiterung hat auch Feldbach um 3700 Verpflegstage. In Fürstenfeld ist der Durchschnittsbelag um 30 Patienten höher als bisher und um rund 10.000 Verpflegstage mehr. Mariazell hat ein neues Wäschereigebäude und Personalräume bekommen. In Mürzzuschlag haben wird das ehemalige Altersheim der Stadt, das im Bereiche des Krankenhauses gelegen ist, übernommen und zum Teil zu Krankenhaus- und Verwaltungsräumen umgestaltet. Der Durchschnittsbelag beträgt in Voitsberg und in Wagner um je 15 Patienten mehr. Hiezu kommt noch das Krankenhaus in Bad Aussee,

dessen Ankauf der Landtag im heurigen Jahr beschlossen hat. Dasselbe, was ich auch für die Krankenhäuser ausgeführt habe, gilt auch für die Heilstätten und für die Heil- und Pflegeanstalten. Der Belag von Hörgas-Enzenbach ist von 265 auf 300 gestiegen, das bedeutet um 13.000 Verpflegstage mehr. Vor einem oder zwei Jahren wurde davon gesprochen, daß diese Anstalt immer leerer wird. Sie ist so voll, daß wir uns in den letzten Monaten entschlossen haben, die Baracken, die seit langem nicht in Betrieb gestanden sind, zu belegen und instandzusetzen. Der Belag von Feldhof ist dadurch wesentlich gestiegen, daß wir die Pflinglinge, die wir in fremder Pflege gehabt haben, jetzt in Feldhof versorgen.

Diese Tatsachen rechtfertigen hoffentlich in Ihren Augen die teilweise erhöhten Ansätze. Ich will davon schweigen, daß auch gewisse Preise gestiegen sind und uns Schwierigkeiten bereitet haben. Der Bedarf der Anstalten ist ein kolossal großer. Kaffeemittel z. B. werden im Jahr 40.000 kg gebraucht. Als die Ausschreibung vorüber war und die Angebote vorgelegen sind, waren wir gezwungen, die Ausschreibung zu annullieren. Die anbietenden Firmen haben ihr Angebot zurückgezogen, weil die Erzeugerpreise um 15 % gestiegen sind. So ist es nicht nur bei den Kaffeemitteln gewesen, sondern auch bei diversen anderen Sachen, insbesondere bei verschiedenen medizinischen Apparaten, Geräten und Instrumenten.

Als Sanitätsreferent glaube ich, daß ich zu den übrigen Angelegenheiten der Gruppe 5 des Voranschlages noch einiges außerhalb der Krankenanstalten beifügen darf. Es ist heute schon darauf hingewiesen worden, daß die Ansätze für die Unterstützung von Hebammen bisher immer in gleicher Höhe gehalten wurden. Das ist richtig. Ich begrüße es als Sanitätsreferent freudig, daß es durch eine Verdoppelung dieser Ansätze möglich sein wird, die Unterstützungssätze für die Hebammen zu erhöhen und wesentlich zu verbessern. Bedenken Sie aber immerhin, daß so viel Dringendes in all den Jahren hereingestanden ist, was früher eine solche Erhöhung unmöglich machte und bedenken Sie, auch, daß es nicht um eine Pension oder Rente handelt, weil der Hebammenberuf ein Nebenberuf ist, neben welchem in aller Regel ein anderer Beruf und andere Aufgaben ausgeführt werden.

Dem Hohen Haus liegt ein Antrag auf Erlassung von Dienstanweisungen für Distriktsärzte vor. Ich darf Ihnen dazu sagen, daß wir uns seit einiger Zeit intensiv bemühen, eine solche Dienstanweisung für Distriktsärzte zu erlassen. Es ist mir bewußt, daß der Bezug der Distriktsärzte im aktiven Stande nicht hoch ist, daß aber ihre Versicherung sozusagen durch die Pension eine günstige ist. Es ist mir bewußt, daß mangels einer grundlegenden Regelung des Aufgabenkreises dieser Versicherung eine Leistung gegenübersteht, die noch nicht genügend ausgebaut ist. Aber ich darf sagen, daß, wie schon Abg. Dr. Pittermann erklärt hat, die Kompetenzen hier sehr schwierig sind. Das Distriktsärzteswesen gründet sich auf das Gesetz vom Jahre 1909. Damals war das Sanitätswesen Angelegenheit der Landesgesetzgebung. Mittlerweile haben sich die

Kompetenzen durch die Bundesverfassungsgesetznovelle 1925 grundlegend verschoben. Es ist nicht so einfach, Organen Dienstanweisungen vorzuschreiben, die weitgehend im Bundessektor tätig sind. Wir möchten nicht nur — das hat die Sache auch etwas verzögert — den Aufgabenbereich der Distriktsärzte durch neue Dienstanweisungen umschreiben, sondern es geht uns vor allem auch darum, den schulärztlichen Dienst in der gesamten Steiermark auf dieser Basis neu zu regeln. Niemand wird leugnen, daß es die schönste Aufgabe für die Distriktsärzte wäre, den schulärztlichen Dienst so weit als möglich zu besorgen und damit unserer jungen Bevölkerungsgruppe und über sie der Zukunft zu dienen.

Es wurde von Landesrat Dr. Stephan geklagt, daß die Vergebung von Distriktsarztposten und von Primariaten nicht immer so vor sich geht, wie er es sich wünschen möchte. Ich will mich dazu nicht äußern, Herr Landesrat (Zwischenruf: „Vorsorglich!“), ich fühle mich auch wirklich nicht betroffen. (Zwischenruf LR. Dr. Stephan: „Sie nicht“.) (LR. Prirsich: „Bei der Freundschaft kein Wunder!“) (Gelächter.)

Es wurde heute dargelegt, daß der chefürztliche Dienst die Begutachtungstätigkeit usw. bei den Amtsärzten so überhand nimmt, daß es wünschenswert wäre, wenn man deren Aufgaben in die Dienstanweisung für Distriktsärzte teilweise einbauen würde. Ich muß dagegen energisch Stellung nehmen. Die Amtsärzte sind Landesbedienstete, sie haben zuerst unsere Aufgaben zu erfüllen und dann erst eine Nebenbeschäftigung auszuüben. Ihre Aufgaben den Distriktsärzten zu übertragen, hieße wirklich einen falschen Weg gehen.

Dem Hohen Hause liegt noch ein wesentlicher Antrag vor, zu dem ich auch Stellung nehmen muß. Nämlich die besonderen Gebühren, die in den Krankenanstalten für ärztliche Dienstleistungen, Operationen und Untersuchungen erhoben werden, sollen neu geregelt werden. Mit dem Antrag wird ein Bemühen des Referates, das schon auf viele Monate zurückgeht, nur unterstützt. Diese besonderen Gebühren sind gegenüber anderen Häusern und anderen Ländern zurückgeblieben. Es dreht sich nicht nur darum, sie einfach nachzuziehen, sondern es dreht sich auch darum, diese besonderen Gebühren den modernen Verhältnissen in der Medizin und den modernen Methoden entsprechend anzupassen. (Zwischenruf: „Wollen Sie kürzen?“) Ich habe auch nicht die Absicht zu kürzen. Wir haben gerade im Gegenteil feststellen müssen, daß vielfach die besonderen Gebühren $\frac{1}{20}$ dessen betragen, was uns allein an Sachaufwand entsteht. Ganz zu schweigen von den Personalaufwendungen. Dem Antrag, wonach im Wege einer Absprache mit den Trägern der privaten Kranken- und Fürsorgeanstalten zu klären wäre, inwieweit und zu welchen Bedingungen der ständig steigende Bedarf an Krankbetten durch Erweiterung dieser Betriebe befriedigt werden könne, ist eigentlich seit eh und je schon entsprochen worden. Ich darf darauf hinweisen, daß die Privatkrankenanstalten bei ihren Erweiterungen mit Subventionen gefördert worden sind. Aber ich glaube, man darf sich, wenn man die Gebarung

der privaten Krankenanstalten mit den Krankenanstalten des Landes vergleicht, keinen Irrtum zu Schulden kommen lassen. Der Herr Abg. Stöffler hat in der Generaldebatte selbst richtig gesagt, daß es nicht möglich ist, diese Privatkrankenanstalten etwa mit unseren Kliniken und mit ihren Leistungen zu vergleichen. Aber er hat darauf hingewiesen, daß es immerhin möglich sein müßte, im Land ebenso zu gebaren, wie es bei den Privatkrankenanstalten der Fall ist. Meine Damen und Herren, wenn ich auch von allen Unterschieden, die zwischen einem öffentlichen Krankenhaus und einem Privatkrankenhaus grundsätzlich bestehen, absehe, so müssen Sie zwei Dinge zugeben. In unseren öffentlichen Krankenhäusern wird eine bestimmte Aufgabe erfüllt, die von den Privatkrankenhäusern im allgemeinen nicht erfüllt wird und auch nicht erfüllt zu werden braucht, uns obliegt nämlich die praktische Ausbildung der Ärzte und wenn sie unseren Personalaufwand hinsichtlich der Ärzte prüfen, werden Sie feststellen, daß wir zur Ausbildung weit mehr Ärzte in unseren Krankenhäusern verwenden müssen, als dies bei den privaten Krankenhäusern der Fall ist. Und Sie werden auch zugeben müssen, daß wir die geistlichen Schwestern, die bei uns beschäftigt sind, bezahlen, zwar nicht die einzelne Schwester, aber doch ein bestimmtes Entgelt an den Orden, daß dies aber z. B. bei den Elisabethinen nicht notwendig ist und nicht in der Gebarung aufscheint, weil diese Barbezüge an die Schwestern dort nicht geleistet werden müssen. Wenn Sie jetzt die Güte haben, unsere Krankenanstalten am Lande mit den Privatanstalten zu vergleichen, müssen Sie folgendes feststellen. Ich nehme als Beispiel Fürstenfeld. Es hat einen Abgang von 157.000 Schilling. (LR. Prirsch: „Heuer!“) Herr Landesrat Prirsch, Sie wissen selbst, daß dieses Krankenhaus einen Nachholbedarf größten Ausmaßes gehabt hat und Sie selbst haben es unterstützt, daß dieser befriedigt wird. 157.000 Schilling ist der präliminierte Abgang. Von diesem Betrag sind übrigens wieder 90.000 S einmalige Ausgaben, die der Verbesserung gewidmet sind. Setzen Sie nun davon die Barbezüge an die geistlichen Schwestern ab, diese machen nämlich 163.000 Schilling aus, so müssen Sie feststellen, daß dieses Krankenhaus aktiv gebart, genau so wie ein Privatkrankenhaus. (LH. Krainer: „Müssen tun sie in den Privatspitälern auch!“) Ich habe ausdrücklich gesagt, die Barbezüge! Die Sachbezüge wie Kleidung, Unterkunft und Verpflegung habe ich davon ausgenommen, denn ich habe nur zwei Drittel der Bezüge veranschlagt, die wir wirklich auszulegen haben. Ganz zu schweigen von den Ärztebezügen. Die Hälfte der Bezüge für die Turnusärzte macht rund 110.000 S und die Hälfte der Assistenzarztbezüge rund 49.000 S aus.

Oder wenn Sie ein Krankenhaus aus der Weststeiermark nehmen: Voitsberg hat einen Abgang von 235.000 S. Die Hälfte der Bezüge für die in Ausbildung begriffenen Assistenzärzte beträgt 40.000 S und die Hälfte der Bezüge für die Turnusärzte 101.000 S. Die Barbezüge für die geistlichen Schwestern betragen 118.000 S, das macht zusammen 259.000 S und siehe, das Krankenhaus Voitsberg ist genau so aktiv wie ein Privatkrankenhaus. (Abg. Hegenbarth: „Die privaten Kran-

kenhäuser haben auch nicht lauter Arbeitskräfte, die nichts kosten, sie haben außer den Barmherzigen Schwestern ja auch noch bezahlte Kräfte!“) Herr Kollege Hegenbarth, ich habe nicht verstanden.

Von den mittel- und obersteirischen Krankenhäusern möchte ich ganz schweigen. Der Herr Abg. Stöffler hat selbst darauf hingewiesen, daß Judenburg trotz aller dieser Ausgaben aktiv gebart. Warum aktiv? Weil Judenburg einen enormen Durchschnittsbelag hat, der es ihm ermöglicht, die Gebarung so zu gestalten, daß sie aktiv wird. Darin liegt ein weiterer Grund, warum die Privatkrankenhäuser in Graz viel leichter aktiv gebaren können als unsere Krankenhäuser im Lande. Durch die ständige Bettennot in Graz ist jedes Krankenhaus höher belegt. So liegen diese Dinge also. Und wenn Sie sehen, daß für private Krankenanstalten im Haushaltsplan, wengleich nicht bedeckt, ein Betrag von 800.000 S vorgesehen wurde und wenn Sie die hohen Kosten für die Ausbildung der Ärzte und für das Pflegepersonal vergleichen, dann werden Sie zugeben, daß der Abgang unserer Anstalten nicht ungerechtfertigt ist. Die privaten Krankenhäuser halten übrigens nicht einmal 10% der Betten der Landeskrankenhäuser für die Bevölkerung bereit.

Und dann noch eine Frage: Die Frage des Neubaus der 1. oder 3. chirurgischen Abteilung. Es ist durchaus verständlich, daß, wenn man von einem Neubau der 3. chirurgischen Abteilung spricht, auch der Gedanke aufkommt, warum nicht gleich die erste chirurgische Klinik gebaut werden soll. Das ist doch die wichtigste Abteilung. Dazu ist folgendes zu sagen: Die 3. chirurgische Abteilung des Landeskrankenhauses, und nicht die erste, wurde seinerzeit aus den Räumen des Landeskrankenhauses ausquartiert, weil die Besatzungsmacht diese Räume für sich in Anspruch genommen hat. Diese dritte chirurgische Abteilung wurde notdürftig in den Räumen des Taubstummeninstitutes untergebracht. Sie ist ein Notspital geblieben und es läßt sich aus zwei Gründen nicht verantworten, sie als solches weiter bestehen zu lassen. Erstens, weil diese Räume — das wurde heute schon ausführlich dargelegt — notwendig für die Taubstummenanstalt gebraucht werden und zweitens, weil die Aufrechterhaltung dieser Abteilung in dem jetzigen Zustande nicht weiter verantwortet werden könnte, ohne daß man durch Umbauten und Ausgestaltung etwas für sie tut, was aber mit bedeutenden Kosten verbunden wäre. Man will aber in einem fremden Haus nicht so hohe Investitionen durchführen, wie sie notwendig wären, um aus diesem Notspital wirklich ein Krankenhaus zu machen. Es gilt also in erster Linie nicht, die erste Chirurgie zu versorgen, sondern vor allem die dritte. Damit soll keineswegs gegen die Tatsache geredet werden, daß es wünschenswert und gut wäre, auch die erste chirurgische Abteilung ihrer Bedeutung und Wichtigkeit entsprechend neu auszubauen und ihren ausgezeichneten Leistungen gemäß auszustatten. Die dritte chirurgische Abteilung ist ganz etwas anderes als die erste, die ja zugleich Klinik ist. Die dritte chirurgische Abteilung hat in der Taubstummen-

anstalt nur mehr 92 Betten. Die erste chirurgische Abteilung hat dagegen einen Planbestand von 322 Betten. Mit der chirurgischen Abteilung sind eine Reihe von Räumlichkeiten, die für eine normale landschaftliche Abteilung nicht in Betracht kommen, verbunden, wie Hörsäle, mehr Operationssäle usw. Die Fläche, über die die erste chirurgische Abteilung verfügt, beträgt 8500 m², die Fläche, über die die 3. verfügt, nicht einmal 2000. Noch etwas anderes. Die I. chirurgische Klinik verfügt über 239 Räume, die III. chirurgische über 45. Daraus mögen Sie erkennen, wie groß die Differenz hinsichtlich des Umfanges der beiden Bauvorhaben ist.

Damit wollte ich nur dieses Problem beleuchten. Freilich könnte zu den Kosten einer I. chirurgischen Klinik, die von Baufachleuten mit 60 bis 80 Millionen Schilling beziffert werden, während die Kosten der III. nur 15 bis 20 Millionen Schilling betragen, ein Bauzuschuß des Bundes erreicht werden. Denken Sie aber, verehrte Abgeordnete, an die Leistungen des Bundes für den Bau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses. Das Problem bliebe offen, bis man einen Bauzuschuß erreicht hat. Kann man aber bis dahin die Räume des Taubstummeninstitutes den Taubstummen entziehen und die III. chirurgische in dem Zustand belassen, in dem sie heute ist? Mir ist es gleich, ob die erste oder die dritte chirurgische Abteilung gebaut wird, mir kommt es darauf an, daß der beste Weg gefunden wird, daß überhaupt eine Abteilung gebaut wird, damit die Bettennot in Graz geringer wird, daß die Taubstummen zu ihren Räumen kommen und nicht zuletzt, daß die III. chirurgische Abteilung aus ihrer Notsituation erlöst wird. Wir werden diese Frage im Sinne des Hohen Hause vorliegenden Antrages gewissenhaft prüfen und ich werde neuerdings die Entscheidung der Regierung einholen.

Damit glaube ich, zu den wichtigsten Fragen des ordentlichen Voranschlages für das Gesundheitswesen Stellung genommen zu haben. Es wäre undankbar, wollte ich Ihnen, dem Hohen Hause und der Regierung nicht dafür danken, daß Sie das Gesundheitswesen in Steiermark stets vorbildlich und verständnisvoll gefördert haben. Ich möchte Sie bitten, das auch weiterhin so zu halten. Ich möchte auch den Professoren und Primärärzten, den Assistenten, den geistlichen und weltlichen Schwestern in den Anstalten und dem Warte-, Haus- und Wirtschaftspersonal für die Leistungen danken, die es ermöglicht haben, daß wir mit möglichst günstigem Ziffernmaterial in das neue Wirtschaftsjahr gehen können. Ich möchte allen im Gesundheitsdienste stehenden Personen, den Amtsärzten, Distriktsärzten, den praktischen Ärzten und den Fachärzten, den privaten Krankenanstalten und allen jenen, die sich in den Dienst der Gesundheit gestellt haben, meinen aufrichtigen, aus ganzem Herzen kommenden Dank sagen. Es wurde heute schon einmal gesagt, die Gesundheit ist der Güter höchstes. Sie dem ganzen Volk zu erhalten und sie jenen, die krank und müde geworden sind, wiederzugeben, das ist das Streben aller im Gesundheitsdienst stehenden Menschen. Um ihnen ihre Arbeit zu ermöglichen und die finanziellen Voraussetzungen hierfür zu schaffen, bitte ich das Hohe Haus, den

Ansätzen für das Gesundheitswesen im Kapitel 5 zuzustimmen. (Allgemeiner sehr lebhafter Beifall.)

Abg. **Hirsch**: Hoher Landtag! Ich müßte nun eigentlich auf die Vorwürfe meines Kollegen von der Sozialistischen Partei in genau so demagogischer Form antworten, als er es gebracht hat. Leider bin ich nicht in der Lage, besonders nach den ausgezeichneten Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. Blazizek, in derselben Form zu antworten. Außerdem wäre es bestimmt der Würde des Hohen Hauses abträglich. Ich glaube nicht, daß die Taktik der Sozialistischen Partei diesbezüglich in Ordnung ist. Vor einigen Tagen haben wir eine sehr erregte Debatte gehabt, die bestimmt nicht von uns ausgelöst wurde. (Abg. R ö s c h : „Nein, von wem denn?“) Wir haben versucht, in diese Debatte mit konkreten Beweisen einzutreten. So liegen die Dinge, das ist sicher unwidersprochen geblieben. Die Form, wie Sie das weiterführen, möchte ich kennzeichnen.

Gestern bei der Gemeinderatssitzung in Mürzzuschlag wurde über Wunsch der Frau Abg. L e n d l eine Resolution der Betriebs- und Gemeinderäte der Schoeller-Bleckmann-Werke eingebracht, der Herr Bürgermeister möge dem Herrn Abg. Hirsch als Vizebürgermeister eine Rüge erteilen, weil er im Landtag beleidigende Äußerungen über die Betriebsräte getan hätte. (Rufe: „Hört, hört“, bei ÖVP.) Ich habe nichts dagegen, daß man darüber auch in der Gemeindestube diskutiert unter den Leuten, die betroffen sind. Es ist ihr gutes Recht, Stellung zu nehmen. Aber ich hätte erwartet, daß dies, wenn Sie schon keine Demagogen sein wollen, auf sachliche Weise geschieht und die Frau Abgeordnete sich bemüht, vom Protokoll die entsprechenden Unterlagen zu erhalten und mir nicht Äußerungen und Behauptungen in den Mund legt, die sich an Hand der Protokolle nicht erweisen lassen. (Abg. Hella L e n d l : „Nur das ist gesagt worden, was im Protokoll steht!“) So ähnlich liegt die Situation heute. Es ist mir vom Kollegen Bammer in die Schuhe geschoben worden, ich hätte den Antrag im Namen der ÖVP in Finanzausschuß nicht ernst gemeint mit den 100%. Ich möchte darauf antworten. Ich möchte nicht, daß das Odium auf mir lastet, daß ich als alter Gewerkschafter, der ich seit meinem 17. Lebensjahr gewerkschaftlich organisiert bin, es nicht ernst gemeint hätte mit den Forderungen von Leuten, die ich zu vertreten habe, weil diese bisher am weitesten zurückgeblieben sind. Wir freuen uns, daß es uns gelungen ist, auch die geistlichen Schwestern miteinzubeziehen. Ich kann den Einwand des Herrn Kollegen Bammer nicht zur Kenntnis nehmen, da es nicht in Ordnung ist, eine Verhandlung zu stören durch Resolutionen und Anträge. Ich möchte feststellen, daß ich mir nicht das Recht nehmen lasse, wenn ein Beamter der Landesregierung verhandelt, nicht auch meine Wünsche entsprechend zur Kenntnis zu bringen. (1. LH.-Stellv. H o r v a t e k : „Ein Landesrat ist kein Beamter!“) Es wurde vom Landessanitätsdirektor gesprochen. Auch in dem Falle, wenn es ein Regierungsmitglied ist, bleibt es mir unbenommen, als Abgeordneter meine Wünsche zur Kenntnis zu bringen. Es tut mir sehr leid, daß wir heute

ebenfalls wieder in dieses Niveau ableiten, aber Sie werden bei einiger Objektivität sagen können, daß wir dabei die Angegriffenen sind. Wenn man hier Flugblätter zitiert, die einmal vor Jahren aus Anlaß einer Wahl herausgegeben worden sind, so könnte ich noch mit ganz anderen Dingen aufwarten. Aber ich mache das ja gar nicht. Wenn sie wünschen, können wir uns draußen darüber unterhalten, aber so etwas ist der Würde des Hauses abträglich. Wir wären ganz gerne bereit, Ihnen zu beweisen, daß nicht wir allein 1934 es waren, sondern daß es der Sozialistischen Partei angehörige Gewerkschaftssekretäre gibt, die damals aktive Heimatschützer waren. Aber hier ist nicht der Ort darüber zu verhandeln.

Ich möchte hier nur dem Personal ehrlich Dank sagen und feststellen, daß es uns ernst war mit den 100% und daß diese Leute es verdienen, genau so behandelt zu werden wie jeder andere im Landesdienst. Wir empfinden es auch als ungerecht, daß dieses Personal 55 Stunden arbeitet, weil das einfach notwendig ist und wir wissen auch, daß jeder eben so lange bleibt, bis er das Gefühl hat, seine Aufgabe erledigt zu haben. In diesem Sinne möchte ich dem Personal wirklich danken und will dabei keinerlei Demagogie betreiben. Ich müßte sonst zum Beispiel sagen, daß das Altersheim Mürzzuschlag zu dem Zwecke angekauft wurde, um Personalwohnungen auszubauen. Lesen Sie die Begründung nach. Auch der Herr Landesrat hat nachgegeben und es wurde die Verwaltung untergebracht, einige Wohnräume für Bedienstete geschaffen, auch Krankenzimmer, weil es notwendig war. (1. LH-Stellv. Horvatek: „Das war ja der Zweck der Übung!“) Ich habe ja dafür Verständnis, weil ich sehe, daß es nicht anders ging. Aber demagogisch könnte ich es anders sagen. Ich könnte Ihnen zum Beispiel auch sagen, daß noch andere Landesbedienstete in Mürzzuschlag dringend eine Wohnung brauchen. Ich kann Ihnen einen Fall sagen, wo ein Landesbediensteter mit seinen 3 kleinen Kindern eine Stunde weit am Berg oben wohnen muß, auf eigene Gefahr in einem Haus, das wegen Baufälligkeit schon gestützt werden muß, weil es nicht möglich war, ihm eine andere Wohnung zu verschaffen. Der Fall hätte schon lange behandelt werden können, aber er hat das falsche Parteibuch im Sack. (1. LH-Stellv. Horvatek: „Wo ist dieser Fall?“) In Mürzzuschlag.

Ich glaube diese Demagogie entsprechend beantwortet zu haben, es tut mir nur leid, daß ich immer in die Situation komme, solche Fragen zu beantworten. (Abg. Rösch: Zwischenruf.) Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen sage, Sie sind ja gewöhnt gerade zu stehen, halten Sie auch hier Disziplin. (Bravorufe bei ÖVP.) Es ist mir durchaus nicht Herzensbedürfnis, mich mit Ihnen zu streiten über Dinge, die nicht sachlich sind. Ich möchte viel lieber über Dinge reden, die mir am Herzen liegen. Gestatten Sie mir, daß ich das auch tue.

Wir haben im Landesjugendreferat die Jugendförderung durchzuführen. Es ist mir unangenehm, unmittelbar nach dieser Situation darüber sprechen

zu müssen, denn dieses Kapitel würde verdienen, daß es in einem wirklich ernstem Rahmen besprochen werden könnte. Wenn ich aber dazu spreche, so glaube ich eine Berechtigung dazu zu haben, weil ich selbst aktiver Jugendführer bin. So gar Kollege Pölzl hat angezogen den Kampf gegen Schmutz und Schund. Und Sie müssen mir zugeben, daß im Land Steiermark gerade vom Landesjugendreferat und von den Verbänden aller Richtungen, die im Landesjugendreferat beisammen sitzen, wirklich der Kampf gegen Schmutz und Schund auch tatsächlich geführt wird und daß in diesem Zusammenhang die Frage des guten Buches immer entsprechend behandelt wird. Der Buchklub der Jugend hatte Anfang 1955 6000 Mitglieder, heute sind es auf Grund der Initiative des Landesjugendreferates schon über 35.000. Das Landesjugendreferat ist ohne Zweifel hier nicht nur von Beamten besetzt, sondern von ausgesprochenen Idealisten, die gemeinsam mit den Erziehern in den Schulen und in den Jugendverbänden dem Jugendführer an die Hand gehen, um wirklich in idealer Auffassung unser kostbarstes Gut, das wir besitzen, die Jugend, zu fördern. Wenn heute ein großer Mangel an Jugendführern besteht, so ist es nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß viele nicht die Zeit aufbringen, um sich wirklich diesem dringenden Gebiet widmen zu können. Die Leute haben einfach nicht die Zeit, sich vorzubereiten und Jugendarbeit braucht eben einmal viel Arbeit und Vorbereitung. Die Jugend ist viel kritischer als die Erwachsenen, auch soll in der Jugendarbeit die Zeit nicht vertan werden. Wenn ich ein Wort des Herrn Bürgermeisters Dr. Speck hier anziehen darf, so ist es jenes, daß viele nicht wissen, was sie mit ihrer Freizeit anfangen sollen. Das ist bei uns an die Spitze unserer Arbeit im Jugendreferat gestellt und es wird bei uns in dieser Richtung wirklich alles getan, um der Jugend eine würdige Freizeitgestaltung zu geben, um der Jugend zu helfen, diesen leeren Raum auszufüllen, daß sie nicht blind und nutzlos die Zeit vergeudet, sondern daß sie für ihre Zukunft an sich arbeitet und so dem Volk unerhört große Dienste leistet.

Wenn der Abg. Pölzl zu der Frage Schmutz und Schund spricht, dann muß ich schon sagen, von ihm aus ist das wirklich nur zum Fenster hinausgesprochen. Aber auf Seiten des Landesjugendreferates wird auf diesem Gebiet wirklich schon alles getan und ich möchte zur Illustrierung ein Schreiben des Bundesministeriums für Unterricht an den Landesjugendreferenten vom 24. November 1955 zitieren: Hier heißt es: „... unter Vorsitz des Herrn Bundesministers für Unterricht fand eine interministerielle Besprechung statt, die das Ergebnis zeitigte, daß sich das Bundesministerium für Justiz bereit erklärt hat, den Entwurf eines Gesetzes auszuarbeiten, das eine verschärfte Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur, insbesondere auch der jugendgefährdeten Comics-Bild-Hefte ermöglicht wird. Gezeichnet Sektionschef Dr. Handel.“ Der Appell kommt reichlich spät, aber hier wurden in aller Stille und mit aller Zähigkeit die entsprechenden Vorkehrungen getroffen.

Wenn ich Ihnen nun einen kurzen Überblick über die Arbeit des Jugendreferates geben darf,

dann nicht zu dem Zweck, um eine höhere Dotierung zu verlangen, weil ja schon heute wiederholt gesagt wurde, man müßte sich mehr mit den Zahlen beschäftigen. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier nur rein über materielle Dinge zu sprechen. Jugend will nicht nur gefördert werden, sondern sie will selbst Opfer bringen, wie heute schon einmal erwähnt wurde. Wir müssen uns aber auch selbst der Jugend wirklich zur Verfügung stellen und ihr auf diesem Gebiet helfen. Und diese Hilfe hat das Landesjugendreferat, wenn auch mit bescheidenen Mitteln, ohne Zweifel geleistet. Wenn ich Ihnen eine kurze Übersicht über unsere Tätigkeit geben darf, so haben wir abgehalten 8 Heimstundenlehrgänge, 12 Volkstumslehrgänge, 18 Volkstanzkurse, 5 Ferienerziehungslehrgänge, Laienspiellehrgänge, Handpuppenspiellehrgänge, 18 Jugendfilmstunden, Jugendfilmklub, Herausgabe des „Filmspiegels“, Aushang „Der gute Film“, eine Tagung „Jugendbuch und Erziehung“, 21 Buchausstellungen, 32 Serien-Verbreitungsbeschränkungen, 8 Seminarabende für staatsbürgerliche Jugenderziehung, 2 Wettbewerbe „Alkoholfreie Jugenderziehung“, Mairsingen der Jugend, Flugblatt „Jugend in Gefahr“ mit einer Auflage von 90.000 Stück. Ferner wurden abgehalten Veranstaltungen für die heimatvertriebene Jugend, darunter 17 Laienspielabende, Herausgabe des „Spielvogels“, eine internationale Jugendkunstausstellung in Görz mit 45 Werken, 38 Sendungen „Die Stimme der Jugend“ mit je $\frac{1}{4}$ Stunde Dauer, internationales Jugendlager Grän, 75 Wohnberatungstage, Jugendsiedlung, 4 Einsätze „Tag des Waldes“, 2 Tagungen der Bezirksjugendreferenten, 16 Arbeitsgemeinschaften und 30 Sitzungen, Arbeitsunterlagen für die Jugendarbeit und den Beratungsdienst, Ankauf von Büchern als Arbeitsunterlagen. . . . Und so geht das noch sehr, sehr lange weiter. Es wurden bei allen diesen Schulungskursen nicht weniger als 36.119 Teilnehmer gezählt. Sie selbst, zumindestens alle, die in der Jugendführung stehen oder mit ihr in enger Verbindung stehen, wissen genau, welche Fülle an Arbeit dahintersteckt und daß gerade dem Kampf gegen Schmutz und Schund, gegen Alkohol und gegen Schundfilme hier eine wesentliche Bedeutung zukommt. Wenn Sie heute in verschiedenen Gefängnissen mit jugendlichen Leuten sprechen, so können Sie feststellen, daß es im großen und ganzen charakterlich vollkommen einwandfreie Menschen sind, die durch die Einwirkung von Alkohol in irgendwelche strafrechtliche Situation gekommen sind, die sie mehr oder weniger fürs ganze Leben zeichnet. Wir müssen unseren gesamten Apparat, alles, was uns zur Verfügung steht, einsetzen, um den schädlichen Gefahren des Alkoholmißbrauches eine entsprechende Breitenwirkung zu verschaffen. Auch auf diesem Gebiet hat das Landesjugendreferat sehr viel getan durch die Einführung von Milchbars und Milch-Mischgetränken, indem es zu verschiedenen Veranstaltungen gefahren ist, wo es aufklärend in allen Jugendverbänden nur als Kristallisationkern wirkt, weil nur ein Teil der Jugend in den verschiedenen Verbänden organisiert ist und sich darüber hinaus gerade von dort aus die entsprechenden Ausstrahlungen ergeben.

Wenn wir in der Frage des Films, des guten Films hier endlich weiterkommen wollen, muß erreicht werden können, daß diese guten Filme aus den Koppelungslisten herausgenommen und daß sie steuermäßig begünstigt werden. Das Landesjugendreferat hat hier weitgehende Vorarbeiten getroffen mit Hilfe der Jugendverbände, die wir nicht hoch genug einschätzen können. Mit Hilfe der Jugendverbände wurde auch hier eine eigene Filmüberwachungskommission geschaffen und schon entsprechende Vorsorgen getroffen. Ich möchte hier die Gelegenheit wahrnehmen, um dem Landesjugendreferat mit seinem Leiter und allen Jugendführern, gleichgültig, welcher Verband sich dafür einsetzt, den herzlichsten Dank auszusprechen. (Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Gruber:** Alle Debattenredner haben in der einen oder anderen Form positiv zur Gruppe 5 Stellung genommen. Ich beantrage, die Gruppe 5 mit allen Zusatzanträgen, die im Finanzausschuß beschlossen wurden, unverändert anzunehmen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 5 in der vom Berichterstatter beantragten Form zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 5 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 6 „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen“.

Berichterstatter ist Abg. **Wegart**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wegart:** Hohes Haus! Die gesamten Ausgaben in der Gruppe 6 betragen 170.159.200 S, denen Einnahmen im Betrage von 31.730.500 S gegenüberstehen. Der Finanzausschuß hat bei einigen Posten Erhöhungsanträge von zusammen 523.000 S gestellt, die heute dem Hohen Hause zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 haben die Länder aus Eigenmitteln die Hälfte jener Summe, die aus Bundesmitteln bewilligt wird, zu leisten. Dieser Betrag beträgt 30 Millionen Schilling, daher für das Land 15 Millionen Schilling.

Im Unterabschnitt 661 ist für die Landesstraßen die runde Summe von 98 Millionen Schilling eingesetzt. Wenn auch diese Summe ansehnlich erscheint, so konnten doch für das umfangreiche Straßennetz des Landes nicht alle Wünsche restlos befriedigt werden. Die Landesstraßen weisen eine Länge von 2870 km auf, davon wurden staubfrei gemacht 727 km, 2143 km sind noch staubfrei zu machen. Die Kosten für die Staubbefreiung betragen pro Kilometer 700.000 S, mit den hiefür eingesetzten Mitteln kann das Land voraussichtlich 70 km weiter staubfrei machen. Die Zunahme des Verkehrs hat in den letzten Jahren eine derartige Steigerung erfahren, daß wir mit dem Bau der Straßen nicht mehr Schritt halten können. Ich darf in diesem Zusammenhang folgendes zur Kenntnis

bringen: 1937 hatten wir in Österreich 119.585 mit Motor betriebene Fahrzeuge, 1955 539.340, das bedeutet eine Zunahme von 419.755 der mit Motoren betriebenen Fahrzeuge. Der Berichterstatter erlaubt sich daher die Anregung zu geben, ob nicht in Form einer Anleihe die Staubfreimachung der Straßen schneller bewerkstelligt werden könnte. Eine rasche Entscheidung ist das Gebot der Stunde.

Der Finanzausschuß hat sich eingehend mit der Gruppe 6 beschäftigt. Ich bitte Sie, die Gruppe 6 mit den vorgeschlagenen Ansätzen und Erhöhungsanträgen zum Beschlusse zu erheben.

Abg. Hafner: Hoher Landtag! Die zwei vor-dringlichsten Abschnitte im Kapitel 6 sind zweifellos die Abschnitte Wohnungswesen und Straßenbau. Vorerst möchte ich meiner Genugtuung Ausdruck geben, daß für den Ausbau und Neubau von Straßen um 43 Millionen Schilling mehr präliminiert worden sind, als im verflorenen Wirtschaftsjahr. Als Mandatar der Oststeiermark darf ich daran die Hoffnung knüpfen, daß ein nicht zu geringer Prozentsatz dieser Summe für den Ausbau und Neubau von Landesstraßen in der Oststeiermark Verwendung findet. Wer die Straßenverhältnisse in der Oststeiermark kennt, und meine Kollegen aus diesem Gebiete werden mir das bestätigen müssen, weiß, daß diese Straßenverhältnisse alles andere als günstig sind.

Verschiedene Straßenstücke befinden sich zur Zeit in einem Zustand, daß ein Befahren, geschweige denn ein ordentlicher Verkehr kaum möglich ist. Wenn ich allein an die Landesstraße Bichl—Etzersdorf über Prebendsdorf nach Sinabelkirchen denke, überkommt mich ein Schaudern! Ich mußte diese Straße schon des öfteren mit dem Motorrad befahren (ich bin leider nicht im Besitze eines Wagens) (Zwischenruf GR. Prirsch: „Wird schon noch kommen!“) so muß ich sagen: Es ist eine Qual! Ich weiß, daß überall in der Steiermark Landesstraßen reparatur- und ausbaubedürftig sind und ich bin mir auch darüber im klaren, daß diese Arbeit nur langsam vor sich gehen kann, weil einfach das Geld dazu fehlt. Trotzdem muß ich aber auf die Dringlichkeit verweisen, bei künftigen Straßenbauten die Oststeiermark zu bevorzugen. Ich weiß, daß ich da bei allen Abgeordneten der Oststeiermark auf volles Verständnis stoße. Die Oststeiermark dürfte wohl zu den reichsten Obstbaugebieten Österreichs zählen und unbestritten stellt der Obstverkauf die Haupteinnahmequelle für unsere oststeirischen Bauern dar. Die Zufahrts- und Transportmöglichkeiten für das Obst sind oft maßgeblich und entscheidend für dessen Preis und Absatz. Es ist deshalb wichtig, daß in diesem Zusammenhang auch an den Ausbau von Gemeindestraßen gedacht werden muß. Es ist deshalb klar und selbstverständlich, daß der Ausbau von Landesstraßen forciert werden muß. Noch eines! Ich bin davon überzeugt, daß sich der Fremdenverkehr in der Oststeiermark intensivieren ließe, wenn grundlegende Mängel behoben werden würden. Es kann niemand abstreiten, daß die Oststeiermark nicht sehr viele geographische Schönheiten aufzuweisen hat und es ist bedauerlich, daß in diesem Zusammenhang noch nie großer Wert

darauf gelegt wurde, dieses Gebiet für den Fremdenverkehr zu erschließen. Einer der größten Mängel ist das schlechte Straßennetz und — die schlechten Straßenverhältnisse. Jemand, der mit seinem Fahrzeug auf Urlaub fährt, sucht sich nicht ausgerechnet die schlechtesten Straßen aus und diese sind nun einmal eben in der Oststeiermark! Die Oststeiermark ist als Gebiet mit den schlechten Straßen bekannt. Ich weiß, daß in der Oststeiermark in der letzten Zeit einige Straßen ausgebaut worden sind, und ich hoffe, daß in den nächsten Jahren weitere Straßenzüge ausgebaut werden und wir so endlich ordentliche Straßen bekommen, und zwar solche, wie sie die Obersteiermark schon lange hat.

Zum Abschnitt 62 „Wohnungswesen“ wäre folgendes zu sagen. Grundsätzlich möchte ich festhalten, und ich spreche dabei kein Geheimnis aus, daß wir in Österreich nach wie vor ein Wohnungsproblem haben. Damit bleiben auch weiterhin eine Reihe anderer Probleme bestehen, die auf dem sozialen Sektor liegen. Ich weiß, daß Sie mir entgegenhalten können, es sei in den letzten Jahren schon viel gebaut worden. Selbstverständlich ist das unbestritten. Es wurden Verwaltungsgebäude gebaut, Versicherungspaläste, und in großen Gemeinden, die über ein gewisses Kapital verfügen, auch Wohnhäuser. Aber wie schaut es damit in den kleinen und armen Gemeinden aus, die sich so schlecht und recht fortretten müssen? Obwohl sie auch Wohnungssuchende in Scharen haben, ist das Problem dort nach wie vor ein brennendes Problem und es werden demnach kaum die Mittel aufgebracht, um eine Bautätigkeit entwickeln zu können. In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Frage beleuchten, über die hier gesprochen werden muß und über die in gewisser Grenze auch schon gesprochen worden ist: Nämlich über die Frage der Wohnungsverteilung! Was sich hier auf diesem Gebiet tut, ist manchmal unglaublich. Nur ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: In Gleisdorf wurde ein Gemeindehaus fertiggestellt. Es kam zur Wohnungsverteilung. Nach langem Verhandeln wurde der glorreiche Gedanke ins Auge gefaßt und verwirklicht, diese Wohnungen nach dem Proporz zu verteilen. Der Herr Bürgermeister Doktor Speck hat heute davon gesprochen, daß der VdU auch einverstanden sei, auch in Graz die Wohnungen nach dem Proporz zu vergeben. Meine Damen und Herren! Dazu möchte ich folgendes sagen: Was soll eine Minderheitspartei denn machen, wenn die zwei großen dominierenden Parteien hergehen und ein Übereinkommen treffen, die Wohnungen nach dem Proporz zu vergeben? Was kann sie denn anders tun, als sich den Gegebenheiten beugen und versuchen, das Beste aus dieser unabwendbaren Situation herauszuholen. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit! Aber man halte sich einmal die unmögliche Form einer Wohnungsvergabe vor Augen. Was heißt hier nach dem Proporz vergeben? Wie schaut das praktisch aus? Es ist so, daß nur jene auf die Zuteilung einer Wohnung hoffen können, die parteiliniertreu und politisch profiliert sind. Ein nicht politisch Profiliertes, der sich aus bestimmten Gründen bisher nicht politisch hervorgetan hat, aber seit Jahren für sich und seine Fa-

milie eine Wohnung sucht und wohnungsbedürftig ist, kommt aber, weil er kein Parteigünstling ist, nie zu einer Wohnung! Wir stehen auf dem Standpunkt und daran werden wir immer festhalten, daß bei Wohnungsvergaben, soweit es sich um Bauten der öffentlichen Hand handelt, Parteizugehörigkeit und politische Vergangenheit keine Rolle zu spielen hat, sondern einzig und allein nur die sozialen Verhältnisse und der Grad der Bedürftigkeit. Wenn in Wohnhäusern, die aus Steuermitteln gebaut worden sind, diese Menschen nicht unterkommen, wo denn dann? Überhaupt jetzt, nachdem das Wohnungsanforderungsgesetz gefallen ist, ist es für diese Menschen überhaupt unmöglich, eine Wohnung zu bekommen.

Die ÖVP und ihre Presse hat sich in der letzten Zeit hervorgetan mit dem Versprechen, das Proporzwesen in Österreich abstellen zu wollen. Wir sind gespannt und werden uns freuen, wenn dieses Versprechen auch in die Tat umgesetzt werden würde.

Weiters möchte ich noch bemerken, daß auf Grund von Doppelgeleisigkeiten im Wohnbau-Förderungs-Ausschuß kein Mensch sich mehr auskennt, welche Bestimmungen einzuhalten sind, um einen Wohnbaukredit zu erhalten. Nach den Gepflogenheiten, die in den vergangenen Jahren im Landeswohnbauförderungs-Ausschuß üblich waren, war es für den Kreditwerber günstiger, wenn er darauf hinweisen konnte, daß er den Rohbau bereits fertiggestellt hat, daß er also auf einen gewissen Baufortschritt bereits hinweisen konnte. Nach den Bestimmungen des Wohnbauförderungs-gesetzes 1954 stellt aber gerade dieser Umstand einen unüberbrückbaren Hinderungsgrund dar, um zu einem Kredit zu kommen. Ich könnte Ihnen da eine Reihe von Leuten aufzählen, die mich gefragt haben, was sie denn tun sollen. Sie haben sich das Geld abgespart, um den Keller herausbauen zu können und den Rohbau aufzuführen, und nun möchten sie einen Kredit. Und jetzt erfahren sie, daß sie, weil sie schon etwas aufgebaut haben, keinen Kredit mehr bekommen können! Die Siedlungswerber sind natürlich verzweifelt darüber! Es wäre daher erforderlich und ich möchte eine Anregung geben, daß diesbezüglich klare und eindeutige Richtlinien herausgegeben und diese der Öffentlichkeit auch zur Kenntnis gebracht werden.

Ich habe damit grundsätzlich das gesagt, was ich zu sagen hatte. Abschließend möchte ich noch namens meiner Fraktion die Erklärung abgeben, daß wir dem Kapitel 6 unsere Zustimmung geben werden. (Beifall bei der WdU und ÖVP.)

Abg. Hegenbarth: Hohes Haus! Das Land Steiermark betrachtet es seit Jahren als seine vornehmliche Aufgabe, die Wohnbauförderung zu betreiben, die Erstellung von Wohnraum mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern und zu forcieren. Mit heurigem Jahr wird das neue Wohnbauförderungs-gesetz wirksam und die Freizügigkeit des Landes Steiermark hat damit eine strenge Einschränkung erlitten.

Dadurch, daß wir jetzt Bundesmittel zur Bewältigung der Wohnbautätigkeit erhalten, mußten wir

auch in Form eines Landesgesetzes die wesentlichen Grundzüge des Bundeswohnbauförderungs-gesetzes annehmen. Wir blicken nun ein Jahr zurück auf die Auswirkungen dieses Gesetzes und können sagen, daß die Befürchtungen, die seitens der ÖVP bis jetzt gehegt wurden, sich zum größten Teil erfüllt haben. Auf Grund des Wohnbauförderungs-gesetzes erfolgt eine Vierteilung der zu vergebenden Gelder, und zwar: Ein Viertel ist für die Beseitigung von Barackenwohnungen in Form von Ersatzbauten, ein Viertel ist für den kommunalen Wohnungsbau, das dritte Viertel ist für Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften bestimmt. Das vierte Viertel, die letzten 25 Prozent, kommen dem Einzelsiedler zugute. Wir wollen nicht darüber streiten, ob diese Aufteilung zu je einem Viertel das Richtige und das Wirtschaftliche ist. Wir wollen uns nur mit den ungunstigen Erscheinungen befassen, die bis jetzt hervorgetreten sind. Schon Kollege Hafner hat mit Recht bewegte Klage geführt, daß bei strenger Auslegung des neuen Wohnbauförderungs-gesetzes die Eigenleistungen der Siedler auf ein Minimum herabgedrückt werden.

Wie hat sich hier in der Nähe von Graz oder anderen großen Städten im Laufe der letzten Jahre diese Siedlungstätigkeit vollzogen? Ein Ehepaar, das mit seinen Wohnverhältnissen nicht zufrieden war, in einem feuchten Keller oder in einer zugigen Baracke gewohnt hat, sagte sich, koste es, was es wolle, wir müssen zu einem Eigenheim kommen. Es wurde ein kleiner Bauplatz gekauft, der Mann verwendete die Freizeit und den Urlaub, um die Baugrube auszuheben, und wenn es ihm gelang, ein paar tausend Schilling aufzutreiben, wurde Samstag und Sonntag geschuftet, bis endlich das Keller-geschoß errichtet war. Dann atmete der Siedler zum ersten Mal tief auf. Etwas haben wir ja schon, jetzt wird es nicht mehr schief gehen! Das war der Moment, wo der Siedler ins Büro des Landesrates Pirrsch und in das Landes-Wohn- und Siedlungsamt der Steiermärkischen Landesregierung gekommen ist und sagte: Ich gehöre nicht zu jenen, die das Wohnungsamt bevölkern und vergeblich versuchen, durch das Wohnungsamt eine Wohnung zu erhalten, ich helfe mir selbst. Unter Verzichtleistung auf manche Annehmlichkeiten des Lebens haben wir schon den Keller herausbetoniert, gebt mir 30.000 bis 40.000 S und ich kann den Rohbau unter Dach bringen und vielleicht ein bis zwei Räume soweit ausgestalten, daß wir sie beziehen können. Das war die Form des Siedlungswesens in einem hohen Prozentsatz aller Fälle. Die Arbeiten zur Errichtung eines Siedlungshauses zogen sich zwar 3 bis 4 Jahre hin und haben dem Siedlungswerber zweifellos sehr viel persönliche Mühe und Entsagung gekostet.

Nach dem neuen Wohnbauförderungs-gesetz ist das heute praktisch ausgeschlossen. Denn es ist klipp und klar gesagt, man darf nicht früher mit den Bauarbeiten beginnen, bevor nicht das Ansuchen um den Wohnbaukredit erledigt ist. Das bedeutet, daß jede vorzeitige Bauleistung von vornherein ausgeschlossen ist, und wenn es nicht gelingt, innerhalb der vorgesehenen Zeit den Bau auszuführen, so hat er eben Pech gehabt, kommt entweder überhaupt nicht zum Bauen oder die Kre-

ditzusage ist null und nichtig geworden. Das hat zur Folge, daß gerade die tüchtigsten und strebsamsten der Siedler, vor allem die wirtschaftlich Schwächeren, die den Großteil der Bauarbeiten mit eigener Arbeitskraft bewältigen, praktisch aus der Förderungsmöglichkeit herausgeworfen sind. So komisch es klingen mag, die Wohnbauförderung in der gegenwärtigen Form bevorzugt nicht so sehr den Armen, sondern den Wohlhabenden, nicht jene, die bisher mit ihrer Arbeitskraft selbst wesentlich zur Errichtung des Heimes beitragen, sondern die Wohlhabenden, die ungefähr 70 Prozent der Gesteuerungskosten eines Hauses mit 140.000 bis 150.000 Schilling, das sind rund 100.000 Schilling, selbst aufbringen; die übrigen 40.000 bis 50.000 Schilling werden aus Fondsmitteln gewährt. Wir haben uns entschlossen, den Antrag zu stellen, daß dieser überholte Paragraph bereinigt und berichtigt wird, damit die Siedlungswerber in Zukunft wieder die Möglichkeit haben, Vorleistungen zu erbringen, ohne daß sie bei der Zuteilung benachteiligt werden. Es wird damit auch noch etwas anderes behoben. Dadurch, daß dem Siedlungswerber die Vorleistungen derart erschwert werden, erfolgt eine zusätzliche Belastung der Bauwirtschaft, und das in einer Zeit, in der die Bauwirtschaft mit Aufträgen überlastet ist; dadurch, daß dem Siedlungswerber die Eigenleistung erschwert wird, ergeben sich weitere Schwierigkeiten auf dem Bausektor. Es gab am Anfang im Wohnbauförderungsbeirat, der auf Grund des Landesgesetzes konstituiert wurde, sehr interessante und tieferschürfende Debatten über die Geschäftsordnung, über die Art und Weise, wie man diese Mittel, die zur Verfügung stehen, verteilen soll; dann entschloß man sich, den sogenannten Wohnungsfehlbestand als Grundlage für die Verteilung zu übernehmen (Zwischenruf: „Ist ja eine gesetzliche Bestimmung!“)

Hoher Landtag! Wie sich diese Wohnungsfehlbestandsmeldungen in der Praxis auswirken und welche Glaubwürdigkeit diesen Meldungen beizulegen ist, darüber möchte ich Ihnen ein interessantes Beispiel bringen. In der letzten Sitzung des Steiermärkischen Landtages erhielten Mitglieder dieses Hauses einen Bericht des Obersten Rechnungshofes über die Gebährungsüberprüfung der Stadtgemeinde Leoben. Es ist sehr interessant, auf Seite 15 nachzulesen, was der Oberste Rechnungshof, diese unbestechliche Körperschaft, bei der Überprüfung des Wohnungsamtes der Stadt Leoben feststellen mußte. Der Oberste Rechnungshof hat sich bemüht, genau festzustellen, ob diese Wohnungsfehlbestandsmeldungen stimmen. Da hat sich herausgestellt, Sie können das nachlesen, daß anlässlich der Überprüfung in den ersten fünf Monaten des Jahres 1954, wobei erst rund zwei Drittel der Gesuche durchgearbeitet wurden, bereits 1096 Ansuchen, das sind 60 Prozent abgelegt werden mußten, weil festgestellt wurde, daß diese angeblich Wohnungslosen inzwischen verstorben, ausgewandert sind, eine Dienstwohnung erhalten oder ein Eigenheim errichtet haben. Ich weiß, was die Abg. Bammer und Rösch sich denken. Die Meldungen sind schon berichtigt worden, das stimmt im Falle Leoben, aber ich möchte Sie fragen, ob diese Meldungen von anderen Gemeinden, Städten und Or-

ten mit sozialistischen Bürgermeistern berichtigt worden sind? (Abg. Rösch: „Mit einem ÖVP-Bürgermeister nicht?“) Das kommt mir eigentlich vor, wenn ich lese, die Stadtgemeinde Graz hat einen Wohnungsfehlbestand von 16.000 Wohnungen. Wenn das stimmen würde, dann müßten vor jedem Haustor zwei wohnungslose Familien hausen.

Es wäre sehr interessant, wenn diese so groß aufgeblähten Meldungen, daß so und so viele Wohnungen fehlen, einmal gründlich untersucht würden, so wie es in Leoben der Fall war. Es handelt sich da nicht um ein statistisch festgestelltes Fehlbedarf, sondern um greifbare Unterlagen für die Verteilung der Gelder. Es ist interessant, daß unter dem Titel Wohnraumfehlbedarf z. B. Graz und Leoben Anspruch haben auf mehr als die Hälfte der gesamten auf die Steiermark entfallenden Wohnbauförderungsmittel. Vor mir liegt eine Liste und ich sehe hier, welche Prozentsätze gegenwärtig in Anrechnung gebracht worden sind im heurigen Jahr, u. zw. für Graz 46 Prozent, für den zweiten Großverbraucher Bruck 8 Prozent, für Leoben 6½ Prozent und es sind darunter ausgesprochen arme Bezirke, die nicht einmal 1 Prozent haben, wie z. B. Radkersburg.

Es hat jedem verantwortungsbewußten Mitglied des Wohnbauförderungs-Ausschusses einen Stich ins Herz gegeben, als wir vor der Notwendigkeit standen, das Ansuchen einer Familie im Bezirk Radkersburg, die mit 16 Kindern in einem Haus wohnt, das jederzeit einstürzen kann, abzulehnen. Die Familie ist bereits von der Baupolizei hinausgewiesen worden, weil niemand mehr die Haftung für dieses Haus übernehmen kann. Die Familie ist dann in einem ehemaligen Schweinestall untergebracht worden. Ich muß hier wirklich in aller Öffentlichkeit dem Herrn Dr. Benkö danken, der zwar nicht von unserer Farbe ist, aber einen flammenden Appell an die Sozialisten gerichtet hat (1. Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Man kann doch nicht einen moralischen Vorwurf machen.“), daß es möglich wurde, aus dem Fehlbestand der Stadtgemeinde, die 2 Millionen unverbrauchter Mittel besitzt, dieser Familie die paar Tausender zu geben, damit sie ihr Häusel fertigbauen und dort im Oktober mit ihren 16 Kindern endlich einziehen konnte. Einer solchen Gesetzesübertretung machen wir uns gerne und jederzeit schuldig! (Zwischenruf bei der SPO: „Das ist ja einstimmig beschlossen worden!“) Ich stelle fest, daß die sozialistischen Mitglieder des Wohnbauförderungsbeirates beantragt haben, diesen Fall auf das kommende Jahr zu verschieben. (Abg. Rösch: „Das ist nicht wahr!“) (Verschiedene Zwischenrufe.)

Hoher Landtag! In diese Gruppe gehört auch das Kapitel Straßenbau. Schon aus den Worten des Herrn Berichterstatters haben wir gehört, welche Aufgabe das Land hier übernommen hat. Die gleichen Sorgen, die das Land Steiermark in dieser Frage belasten, belasten natürlich auch die Gemeinden. Immer dringender werden die Ansuchen von Gemeinden um Übernahme von Gemeindestraßen in die Landesverwaltung, und das ist auch ohne weiteres verständlich. Denn eine kleine, steuerschwache Gemeinde, die das Pech hat, 30 oder

40 km Gemeindestraßen zu haben, wobei meist eine große Anzahl der Straßenkilometer dauernd von schweren Lastwagen und Autobussen befahren wird, kann dadurch finanziell in eine geradezu verzweifelte Lage kommen. Es ist daher absolut verständlich, daß viele Gemeinden mit dem Ansuchen an das Land herantreten, die Gemeindestraßen in die Landesstraßenverwaltung zu übernehmen. Die Mittel des Landes sind natürlich auch nicht unbegrenzt und ich stimme ohne weiters zu, was ja auch im Finanzausschuß schon festgestellt wurde, daß eine großzügige Übernahme von Gemeindegewegen in die Verwaltung des Landes nur dann möglich sein wird, wenn es gelingt, auf der anderen Seite eine gewisse Kilometerzahl von Landesstraßen, die über die Bedeutung einer Landesstraße bereits hinausgehen und zum Teil schon zu internationalen Straßen geworden sind, dem Bunde zu überantworten. Wir wollen hoffen, daß die diesbezüglichen Bemühungen des Landes von Erfolg gekrönt sein mögen.

Es werden viele andere Redner ja auch noch Wünsche äußern, aber wenn ich aus der Fülle der Gemeindestraßen ein Beispiel herausgreife, dann erscheint mir ein ehest baldiger Ausbau der Strecke Peggau-Deutschfeistritz — Übelbach — Neuhof sehr vordringlich. Dieses Projekt ist ja schon vor zwei Jahren in Angriff genommen worden und im nächsten Jahr soll wieder ein Stück dieser Trasse einen festen Unterbau und einen staubfreien Belag erhalten. Hohes Haus! Ich habe anlässlich der Budgetdebatte vor zwei Jahren schon auf die Bedeutung dieser Straße hingewiesen. Denn die bisherige Hauptverbindungsstraße nach der Obersteiermark, die Strecke Graz—Bruck—Leoben—Knittelfeld, also die Murtalstraße, ist schon weitaus überbelastet. Die Motorisierung ist nicht abzusehen, wir wissen nicht, welche Formen sie noch annehmen wird, auf jeden Fall aber wird auf dieser Straße mit gewissen Verkehrsschwierigkeiten schon in naher Zukunft zu rechnen sein. Es ist ja kein Geheimnis, daß unsere Straßenbau fachleute sich heute schon die Köpfe zerbrechen, wie sie der Überlastung der Straßen durch den fortschreitenden Verkehr entgegen treten können. Da möchte ich nun das Hohe Haus an meine Anregung vor zwei Jahren hier erinnern, die Weiterführung dieser Straße von Übelbach-Neuhof über das Gleinalmschutzhaus nach Knittelfeld wohlwollend ins Auge zu fassen. Wenn man einen Blick auf die Landkarte wirft, kann man leicht feststellen, daß diese Straße die Strecke Graz—Knittelfeld um ca. 36 km abkürzen würde. Auch dieses Projekt wird sicher einmal realisierbar sein. Man hat auch seinerzeit über die Leute gelacht, die den Ausbau der Glocknerstraße, der Packerstraße und Wechselstraße befürwortet haben. Dann haben sich aber die Fachleute damit befaßt und auf einmal wurden sie gebaut. Hoffen wir also, daß auch die Gleinalmstraße in absehbarer Zeit Tatsache wird. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Hofmann:** Hohes Haus! Es wurde verschiedentlich und auch von der Fraktion der ÖVP mit Recht über Familiengründung und die Notwendigkeit gesprochen, Familien in Wohnungen unterzubringen und auch erörtert, daß wir in Österreich zu

wenig Kinder haben und man alles daran setzen müßte, um zu erreichen, daß wirklich gesunde und lebenskräftige Kinder in die Welt gesetzt werden. Daß dazu vor allem und in erster Linie Wohnraum notwendig ist, ist wohl eine vom ganzen Haus unbestrittene Tatsache.

Nun sind in Feldbach, wie auch der Herr Landeshauptmann Krainer, der oft nach Feldbach kommt und auch Herr Landesrat Prirsch, der Feldbach sehr gut kennt, wissen werden, die Verhältnisse bezüglich Wohnungen besonderer Art. Sehen Sie, das Wohnungsanforderungsgesetz, das ein absolut unzulängliches und schlechtes Gesetz deswegen gewesen ist, weil man sich gerade auf ihrer Seite sehr gehütet hat, ein besseres Wohnungsanforderungsgesetz im Nationalrat zu beschließen, aus Gründen, die Ihnen ja bekannter sind als mir, dieses Wohnungsanforderungsgesetz wurde aufgehoben, das heißt, mit Ende des Jahres läuft es ab. (Landesrat Prirsch: „Aber unter Ihrer Mitwirkung!“) Ihnen beliebt es nun, in sehr demagogischer Art und Weise zur Galerie zu reden, um den Leuten, die das nicht so gut verstehen, mitzuteilen, daß die Sozialisten mit Begeisterung für die Aufhebung des Wohnungsanforderungsgesetzes gewesen wären, obwohl die Tatsache die ist, daß wir nur für die Aufhebung des bestehenden gegenwärtigen Gesetzes wegen der vorhin geschilderten Mängel waren.

Eine Tatsache, die für die Aufhebung des Wohnungsanforderungsgesetzes spricht, ist der Umstand, daß dieses Gesetz nichts wert war. Aber wenn Sie mit Ihren Parteifreunden reden und ein wirklich gutes Gesetz schaffen wollen, wird es jederzeit die tatkräftigste Unterstützung der Sozialisten im Bund und Land finden können.

Hohes Haus! In Feldbach in der Grazerstraße, beim Grazer Tor, steht ein stockhohes Haus. Es war seinerzeit Dienststelle der Deutschen Arbeitsfront. Im Zuge der Kriegereignisse wurde es niedergebrannt und heute gehört es einem Großkaufmann in Feldbach, der ein vielfacher Millionär ist. Er konnte das Haus leicht aufbauen, weil die Konjunktur und die großen Handelsspannen ihm das mühelos ermöglichten. Er hat nicht allein dieses Geschäft, er besitzt auch eine Kinokonzession, das ist aber nicht so bedeutungsvoll. Dieses Haus wurde aufgebaut, im 1. Stock wohnt seine verheiratete Tochter mit ihren beiden Kindern. Die große Wohnung im Erdgeschoß steht seit zwei Jahren vollständig leer. Der Primararzt des Feldbacher Spitals mußte seine Familie in Lafnitzhöhe unterbringen; er bemühte sich um diese Wohnung, er wollte einen anständigen Zins bezahlen, weil er dort eine Privatordination eröffnen wollte. „Kommt nicht in Frage, wir haben dies nicht notwendig!“ war die Antwort. Das ist ein Mitglied des Wirtschaftsbundes, Herr Landeshauptmann! (LH. Krainer: „Das weiß ich nicht!“)

Der zweite Fall! Ein Geschäftshaus am Hauptplatz war durch die Kriegereignisse etwas geschädigt. Der Besitzer ist ein höherer Beamter der Landesfinanzdirektion, der zu einer sozialen Rücksichtnahme verpflichtet wäre. In diesem Hause war früher eine Trafik. (Zwischenrufe bei ÖVP.) Von

Ihrer Seite wird immer geredet, aber leider nur geredet, an den Taten lassen es sehr viele Ihrer Wirtschaftsbundmitglieder fehlen! (Abg. Dr. Pittermann: „Manche Ihrer Hausbesitzer auch! Ich zähle Ihnen genau so viele sozialistische Hausbesitzer auf!“) Ihre Zwischenrufe sind so infantil, daß man sich oft wundern muß. Nun zur Trafik! In dieser hätte ein Schwerkriegsbeschädigter seine Verdienstmöglichkeit gefunden. Das Wohnungsanforderungsgesetz hat leider nicht die Möglichkeit gegeben, diese frühere Trafik anzufordern. Der Hausherr ließ den gassenseitigen Eingang zumauern, damit niemand hineinkommen kann. Im ersten Stock dieses Hauses befindet sich eine sehr große Wohnung, dort hängt fallweise die Wäsche zum trocknen, da kommt auch niemand hinein. Auch hier handelt es sich um ein Mitglied des Wirtschaftsbundes.

Ich weiß, daß auch Sie nicht alle einverstanden sind mit diesen Verhältnissen, aber was nützen die Bestrebungen des Bundes, der Länder und Gemeinden, um diese unmöglichen Verhältnisse aus der Welt zu schaffen, das Barackenelend zu mildern, wenn man nicht den Mut hat, einzugreifen, auch legislativ einzugreifen und ein Gesetz zu schaffen, daß es diesen Herrschaften vergeht, mit der Not der Bevölkerung Schindluder zu treiben, nur deshalb, weil man eine dicke Brieftasche hat und Mitglied des Wirtschaftsbundes der ÖVP ist. (Beifall bei SPO.)

Abg. Leopold Ebner: Hoher Landtag! Ich vermissen den ganzen Tag schon, daß einer der Herren Redner mit einem Zitat oder einem schönen Spruch abschließt. (Abg. Afritsch: „Das macht Abgeordneter Hofmann-Wellenhof!“) In der Kürze ist der Rede Würze. Darnach will ich mich halten, wenn ich zu den Straßen etwas sage.

Ich möchte mich nicht um die 2.900 km Landesstraßen, um alle Ausbaumöglichkeiten an die Klammern stellen, weil diese oder jene Straße nicht gemacht wurde, die oder jene vordringlich wäre. Ich darf das unterlassen, den das Sprechen wäre nutzlos. Das, was hier im Voranschlage steht, wird aufgewendet, es wird kaum möglich sein, irgendwelche zusätzliche Mittel zu beschaffen. Wohl aber könnte man vielleicht ein klein bißchen nachdenken, ob es nicht möglich wäre, für die nächsten Jahre andere Geldmittel zu erfassen. Ich weiß nicht, ob Sie an meiner Rede viel Würze finden werden und wenn man mein Gefühl für Anständigkeit nicht verletzt, bin ich ein friedfertiger Mensch. (Heiterkeit.) Schöne Straßen sind die Lebensader eines Staates, und die Landesstraßen sind aber auch das Spiegelbild eines Landes in zweifacher Hinsicht. Erstens zeigt der Verkehr auf den Straßen die wirtschaftliche Prosperität auf. Zweitens zeigt der Zustand der Straßen die Finanzkraft des Landes. Ich will aber durchaus nicht sagen, daß, wenn sich der Verkehr steigert, damit auch die Finanzkraft eines Landes steigt. Der Verkehr kann ein Höchstmaß annehmen, ohne daß die Finanzkraft steigt, die Straßen werden zuschanden gefahren, ohne daß dem Lande ein Ersatz geboten wird, die aus der Verkehrssteuer einfließenden Steuern fließen dem Bunde zu. Es wird Sache

des Landes sein, sich dafür zu interessieren, daß man aus diesen beiden Steuern einen höheren Prozentsatz als bisher für das Land erreicht, um damit die Straßen in dem Zustand zu erhalten, in dem sie sind und daß man darüber hinaus überlegt, wie man sie verbessern könnte. Es wurde von einem meiner Vorredner aufgezeigt, daß der Verkehr sich verdichtet. Wenn nur von einem einzigen Bezirk eine Ziffer von 11 Monaten vorliegt — Herr Abg. Rösch, wenn Sie glauben, daß ich zu lange rede, Sie haben auf die Uhr geschaut — (Abg. Rösch: Jetzt braucht man gar einen Ausweis, wo man seine Uhr trägt!) die Bezirkshauptmannschaft Weiz weist in elf Monaten eine Zunahme der Kraftfahrzeuge von 1168 auf.

Die Ausfertigung von Kraftfahrzeugführerscheinen stieg auf 1147. Man muß also damit rechnen, daß der Verkehr sich in diesem Jahr noch verdichten wird. Aber nicht nur wegen des erhöhten Verkehrs muß für die Straßen mehr Geld aufgewendet werden, nämlich für die bestehenden Straßen, sondern das führt auch dazu, daß die Gemeinden immer wieder mit Anträgen an das Land herantreten, Gemeindegassen zu übernehmen. Das ist auch ganz natürlich. Das Ochsen- und Pferdegespann ist leider von vielen Gemeindegassen bereits verschwunden. Dafür kam der Traktor, dafür kamen andere motorisierte Fahrzeuge, die diese Wege ja auch weitaus mehr beanspruchen. Daher sind die Lasten, die die Gemeinde für die Erhaltung auf sich nimmt, für viele Gemeinden praktisch fast untragbar geworden. Wir wissen auch genau, daß den Gemeinden immer wieder neue Lasten anderer Art aufgebürdet werden. Wenn man ihnen da eine Straße abnehmen kann, so wird das eine wesentliche Erleichterung für die Finanzlage der Gemeinden sein. Es ist außerordentlich erfreulich, daß nun einige Millionen mehr im Voranschlag vorgesehen sind. Ich möchte noch zu bedenken geben, ob es nicht möglich wäre, vom Bund zu erreichen, daß dem Land ein höherer Prozentsatz an der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer gewährt wird. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Hofbauer: Hohes Haus! Ich möchte mich auch kurz und sachlich — das Wort „sachlich“ muß man wohl groß schreiben — mit diesem Problem befassen, mit welchem sich auch mein Vorredner befaßte, und zwar Übernahme von Gemeindegassen als Landesstraßen. Sie alle wissen, daß wir das ganze Jahr hindurch mit diesen Anträgen von den verschiedensten Gemeinden zu tun hatten und Sie alle wissen auch, daß die Mittel hierfür nicht vorhanden sind. Obwohl ein gemeinsamer Antrag an die Bundesregierung gerichtet wurde, im Laufe der nächsten Zeit 500 km Landesstraßen vom Bund zu übernehmen, so bin ich doch der Meinung, auch wenn das geschieht, daß die Finanzlage des Landes auch weiterhin auf diesem Gebiet auf Schwierigkeiten stoßen wird. Wir haben daher in einer der letzten Verkehrs-Ausschußsitzungen einen Antrag eingebracht, wonach die Landesregierung ersucht wird, zu prüfen, wann eine Gemeindegasse als Landesstraße übernommen werden soll und zwar soll geprüft werden, ob bei dieser Straße nicht Interessenten vorhanden sind, die einen Teil der Kosten dieser Straße übernehmen würden. Es ist

daher der Wunsch unserer Fraktion, den Gemeinden auf jeden Fall entgegen zu kommen und ihnen auf diese Art und Weise zu helfen. Wir sind der Meinung, daß, wenn auch das Land schon einer Gemeinde eine ganze Straße nicht abnehmen kann, die Gemeinde schon sehr froh wäre, wenn wenigstens ein Teil der Kosten vom Land übernommen werden könnte.

Es wäre dazu noch folgendes zu sagen. Wenn man die Baulose im Land Steiermark betrachtet und verfolgt, so stellt man fest, daß dort und da wohl kleine Baulose von 3 bis 500 m vergeben werden. Ich bin der Meinung, daß es doch zweckmäßiger wäre, größere Stücke in Angriff zu nehmen. Erstens verfügt das Land Steiermark nicht über so viele Leute, um die vielen kleinen Baulose fertigzustellen und zweitens bin ich der Meinung, daß es teurer kommt, denn es müssen doch die Maschinen von einem Ort zum anderen gebracht werden. Auch ein Kontrolle würde sich wesentlich günstiger gestalten, wenn diese Bauten in Zukunft in größeren Stücken in Angriff genommen werden.

Ich möchte noch sagen, daß seinerzeit schon bei der Eröffnung des Schilliftes in Klachau von maßgeblichen Herren der Landesregierung die Zusage gemacht wurde, daß dieses Stück von der Hauptstraße bis zum Schillift gemacht wird. Es wurde in diesem Jahr eine Art Unterbau gemacht und die Gemeindevertreter von Klachau sind der Meinung, daß selbst der Sessellift umsonst sein wird, wenn nicht dieses Straßenstück weitergebaut wird. Ich möchte daher die zuständigen Referenten ersuchen, daß im Jahr 1956 dieses Stück in Angriff genommen und fertiggestellt wird. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. **Wernhart:** Anfangs Dezember hat der Herr Landeshauptmann in Kaindorf das fertiggestellte Stück der Wechselbundesstraße dem Verkehr übergeben. In der Presse hieß es „damit ist im großen und ganzen die Wechselbundesstraße Graz—Hartberg fertiggestellt, wenn man von kleinen Nachtragsarbeiten absieht.“ Diesen Satz möchte ich berichtigen. Es ist nämlich nicht richtig, gerade das Verbindungsstück Kippling—Kaindorf von 6 km ist derzeit, obwohl staubfrei gemacht, ein gefährlicher Schlauch, was nicht ich als Kraftfahrer festgestellt habe, sondern was vom Straßenbauamt selbst geäußert wurde. Das Stück wurde staubfrei gemacht in der alten Weite, so daß kaum zwei Autobusse aneinander vorbei kommen, außerdem leidet dieses Stück an Frost- und Wasseraufbrüchen. In dieser kurzen Strecke sind derzeit noch vier Kurven, die bei Regen und Eis derart gefährlich sind, daß man wirklich von einem gefährlichen Schlauch sprechen kann. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, daß er versucht, zu erreichen, daß dieses Stück möglichst bald in Angriff genommen wird, damit die Strecke Hartberg—Graz wirklich ausgebaut ist.

Daß aber in diesem Zusammenhang auch die Durchfahrt der Stadt Hartberg herzustellen ist, wird bekannt sein. Hartberg leidet schon sehr stark unter dem Verkehr, es ist eine alte Stadt mit engen Straßen und man weiß sich im Gemeinderat wegen des Verkehrs oft nicht mehr zu helfen. Damit ist

der Ausbau der Wechselbundesstraße noch nicht beendet, denn von Hartberg an in Richtung Friedberg gibt es noch viele gefährliche Stellen, und auch die Durchfahrt der Gemeinde Grafendorf muß gelöst werden. Dies soll aber möglichst so erfolgen, daß man die Gemeinde nicht wirtschaftlich schädigt, so wie es seinerzeit bei einer anderen Straße der Fall war. Das wäre also meine Bitte an den Herrn Landeshauptmann bezüglich der Wechselstraße.

Vor Jahren hatte man einen Durchschnittsverkehr von 2000 Autos innerhalb 24 Stunden und nun versichert die Statistik für September 1955 einen Verkehr von 2200 motorisierten Fahrzeugen innerhalb 24 Stunden auf der Wechselbundesstraße, worunter ein Großteil schwere und schwerste Lastwagen fallen, die von Wien über Hartberg nach Graz fahren. Es ist klar, daß für diese schweren Wagen dieser Teil der Straße zu schwach ist. Es beweist nur, daß diese Straße für die Oststeiermark einen wirklichen wirtschaftlichen Bedarf darstellt, weil einerseits die Oststeiermark sehr arm an Industrie ist und sich vielfach auf den Fremdenverkehr konzentrieren muß und daher wenigstens diese Hauptstraße benötigt, um hier konkurrieren zu können. Aber nicht nur in Bezug auf den Fremdenverkehr, sondern auch in Bezug auf die Arbeitsbeschaffung ist es notwendig, daß man an der Wechselstraße weiterarbeitet. Wenn auch die Oststeiermark wenig Industrie hat, so hat sie trotzdem viel Arbeiter, die bei den Straßen und bei den Hochbauten beschäftigt sind, die auch in der Zukunft Arbeit brauchen. Soviel zu den Bundestraßen!

Zu den Landesstraßen möchte ich feststellen, daß Landeshauptmannstellvertreter Udier viel tut, soweit es ihm die Mittel erlauben. Wenn ich trotzdem wieder eine Straße zur Sprache bringe, so ist es die Straße Hartberg—Neudau. Die Straße ist ja gar keine Straße mehr (Zwischenruf: „Wurde doch ausgebaut!“) Bereits ausgebaut? Es ist grauenhaft, diese Straße befahren zu müssen. Sie hat einen großen Lastenverkehr zu bewältigen, es sind aber leider wieder keine Mittel vorhanden, obwohl der Landeshauptmannstellvertreter vor zwei Jahren versprochen hat, sie zu befahren und festzustellen, welche Mittel notwendig sind. Ich ersuche Sie nochmals, geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß und stellen Sie auch für diese Straße Mittel bei. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. **Ing. Koch:** Hohes Haus! Etwa ein Achtel des Landesbudgets ist auch in diesem Jahre wieder für den Straßenbau vorgesehen. Auf diesem Gebiet wurde in den letzten Jahren außerordentlich viel geleistet, mehr als je in einem Zeitabschnitt zuvor. Trotzdem stehen wir vor einer außerordentlichen Sorge, weil das Tempo der Belastungszunahme größer ist, als wir in der Lage sind, Geldmittel aufzubringen, um die Straßen herzurichten und instandzuhalten. Das Problem ist nicht ein steirisches, das bewegt alle Länder, die motorisiert sind. Die Belastung, die in diesem außerordentlichen Maß zugenommen hat, trifft natürlich auch alle Nebenstraßen und die Gemeindestraßen in vielen Kilometern Länge. Dieser Belastung sind unsere Straßen nicht gewachsen. Die Grundierung, sofern von einer sol-

chen geredet werden kann, ist zu schwach, daher das Dilemma, daß wir viele Kilometer ruiniertes Straßen haben, über die sich kaum ein Fahrzeug bewegen kann.

Das Problem des Straßen- und Wegebaues beschäftigt alle Bevölkerungsschichten. Bei jeder Tagung wird aufgezeigt, so vor allem auch bei der Gemeindetagung im Burgenland, bei welcher Abgeordneter Weidinger auf die Notwendigkeit hinwies, daß wir an der Mineralölsteuer mitpartizipieren sollen, damit wir in die Lage versetzt werden, mehr für die Straßen zu tun als bisher. Die maßgebenden Stellen, der Verkehrs-Ausschuß, der Finanz-Ausschuß und die Landesregierung haben sich eingehend mit diesem Problem beschäftigt. Es liegt ein Plan vor, wonach 500 km Landesstraßen vom Bunde übernommen werden sollen. Steiermark steht anteilmäßig, an den Bundesstraßenlängen pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, an letzter Stelle. Es besitzt 1.1 m Bundesstraße pro Kopf der Bevölkerung, Kärnten hat mehr als das Doppelte, ebenso Tirol und alle übrigen Bundesländer. Es ist daher eine berechtigte Forderung, die man mit Nachdruck an den Bund herantragen muß, damit von ihm diese 500 km Landesstraßen übernommen werden. In diesem Antrag ist auch die Formulierung enthalten, wonach das Land Straßen von Gemeinden und ähnlichen Körperschaften zu übernehmen in der Lage wäre. Bei vorgenannter Lösung könnten wir im steirischen Straßenwesen einen wesentlichen Schritt nach vorwärts tun.

Nun zum Straßenwesen der West-, Süd- und Mittelsteiermark. Deutschlandsberg hat keine staubfreie Straße zur Landeshauptstadt, es ist der letzte Bezirk, der eine staubfreie Straße zur Landeshauptstadt bekommt. Die Straßen sind die Voraussetzung für viele wirtschaftliche Möglichkeiten. Vor allem in solchen Gebieten, wo es keine Eisenbahn gibt, sind sie nicht nur eine Notwendigkeit, sondern eine Lebens- und Existenzfrage. Die West- und Südsteiermark, besonders die Gerichtsbezirke Stainz, Eibiswald und Arnfels sind ohne Eisenbahnanschluß und daher allein auf Straßen angewiesen. Der Bezirk Deutschlandsberg ist ein Notstandsgebiet. Er hat außer der Porzellanfabrik in Frauental keine Industrie. Die „Solo“ ist als Industrie nicht mehr anzusprechen, diese Zündwarenfabrik ist zu einem Kleinbetrieb zusammengeschmolzen. Die übrigen Kleinbetriebe können nur zum Teil der Bevölkerung Beschäftigung bieten. Es bleibt daher für das ganze Gebiet der West- und Südsteiermark nur übrig, den Fremdenverkehr weiter auszubauen und zu entwickeln. Viele Probleme müssen hierfür noch gelöst werden, aber die Straße ist die erste Voraussetzung für den Fremdenverkehr. Der Straßenübernahmungsplan beinhaltet u. a. das Straßenstück Eibiswald bis zur Landesgrenze Kärntens in einer Länge von 30 km. Damit würde ein Bundesstraßenzug entlang der Staatsgrenze von Radkersburg bis nach Lienz geschlossen und ein weiteres Tor der Steiermark zum Westen geöffnet sein. Obwohl dieser 30 km lange Straßenzug derzeit nur ein Agrarweg ist und nur zum Teil eine Landesstraße, war der Durchzugsverkehr aus Kärnten bedeutend. Es wurden im Sommer 1955 über 2000 Fahrzeuge gezählt. Daher ist es eine vordring-

liche Aufgabe, diese Straße zu erschließen, weil sie fremdenverkehrsmäßig für die ganze Süd- und Weststeiermark von großer Bedeutung ist und auch eine Verbindung zum Sulmtal nach Leibnitz mit dem Anschluß nach Kirchbach herstellt. Dadurch würde die ganze Gegend, die landschaftlich viel Schönes bietet, weitgehend fremdenverkehrsmäßig befruchtet werden. Wegen der großen Bedeutung wird die Landesregierung ersucht, mit Nachdruck bei der Bundesregierung die Übernahme dieses Straßenstückes besonders zu betreiben. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß entlang der Staatsgrenze sich ein Berg hinzieht, auf welchem mit zäher Arbeit noch Bergbauern versuchen, sich zu halten. Auf diesen Steilhängen mit dem steinigem Boden ist die Lebensbedingung sehr hart und der Ertrag klein, so daß seit Jahren die Abwanderung laufend zunimmt. Wenn nicht zusätzliche Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden, wird die Entblößung dieser Grenze nicht aufzuhalten sein.

Der Fremdenverkehr ist nicht nur eine Angelegenheit von Wirten und Fremdenverkehrsbetrieben, sondern geht alle Bevölkerungsteile an. Wenn ich daran denke, daß in Oberbayern noch vor 20 Jahren in ganz verlassenen Gebirgstälern die Bergbauern vegetieren mußten und heute weitgehendst vom Fremdenverkehr belebt sind, so ist das eine Bestätigung dafür, daß man auch solche Gegenden mit guten Straßen erschließen kann. Auch in der Obersteiermark gibt es eine Reihe solcher Beispiele. Da wir mit einer größeren industriellen Wirtschaftsbelebung in der Weststeiermark nicht rechnen können, muß der Fremdenverkehr weitgehendst gefördert werden.

Ferner sind im Straßenübernahmungsplan die Verbindungsstücke von Deutschlandsberg zur Pack über die Hebalm und von Deutschlandsberg über Preding nach Wildon, vorgesehen. Damit würde das ganze Gebiet der Mittel-, Süd- und Weststeiermark aufgeschlossen und die Voraussetzung für eine allgemeine wirtschaftliche Belebung geschaffen sein. Da über 2000 Menschen wegen Beschäftigungsmangel außerhalb unseres Gerichtsbezirkes Arbeit suchen müssen, habe ich mir erlaubt, dem Hohen Haus die wirtschaftliche Notlage des Grenzlandes zur Kenntnis zu bringen.

Zusammenfassend möchte ich meine Bitte an den Steirischen Landtag richten, dem Grenzland sein besonderes Augenmerk zu schenken und mit wirtschaftsfördernden Maßnahmen Arbeitsplätze und Existenzmöglichkeiten zu schaffen. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Pittermann: Ich bedaure, daß der Herr Abgeordnete Hofmann nicht da ist, (Abg. Scheer: „Wir werden ihn holen!“) denn ich muß mich zuerst mit ihm befassen. Sie behaupten, Herr Abgeordneter Hofmann, daß meine Zwischenrufe Sie irritieren und daß sie nicht angebracht seien. Grundsätzlich müssen Sie bemerkt haben, wenn Sie meine und die Zwischenrufe meiner Kollegen genau beachtet haben, daß wir immer dann Zwischenrufe machen, wenn von Ihrer Seite angefangen wird. Aber ganz gleich, ich billige Ihnen das Recht Zwischenrufe zu machen, ohneweiters zu und

verlange auch dasselbe. Sie haben sich gestern bei einem Kollegen meiner Fraktion diesbezüglich beschwert und festgestellt, Sie verstünden meine Zwischenrufe nicht. Sie hätten zum Beispiel am Montag über einen meiner Zwischenrufe zwei Stunden lang nachdenken müssen. Dafür kann ich bestimmt nicht! Ihre Kollegen verstehen meine Zwischenrufe immer gleich. Das zu diesem Fall.

Herr Abg. Hofmann, ich stelle mit Ihnen übereinstimmend fest, daß, wenn es solche Mißstände gibt, wie Sie sie geschildert haben, ich sie ebenfalls auf das Schärfste verurteile und jeder anständige Abgeordnete dieses Hauses würde das ebenfalls tun. Aber Herr Abgeordneter, wenn Sie diese Mißstände, dieses asoziale Verhalten gleich mit einer Parteizugehörigkeit identifizieren (Abg. Hofmann: „Das gefällt Ihnen nicht!“) dann erblicke ich darin eine Demagogie, denn ich könnte Ihnen genau ähnliche Fälle aufzählen, die die Sozialisten machen. (Abg. Scheer: „Heraus mit der Sprache!“) Ich sehe aber von einer solchen Demagogie ab.

Aber nun zum Wohnungsproblem an und für sich. Ich war auch einmal Bürgermeister einer kleinen Gemeinde und habe in dem problematischen Kapitel „Wohnungssuche und Eigenheimbau“ gerade so oft Fragen beantworten müssen wie Sie. Jeder von uns und das gesamte steirische Volk werden feststellen, daß die Sache solange geklappt hat, als das Land in eigener Regie Eigenheime gebaut und finanziert hat. Die Sache ist erst dann kompliziert geworden, als das Bundeswohnbauförderungsgesetz 1954, das auch mit den Stimmen der Sozialisten beschlossen worden ist, zum Zuge gekommen ist. Ich stelle fest, daß die Auswirkungen dieses Gesetzes schlecht waren. Wir haben daher den Antrag an die Bundesregierung gestellt, dieses Gesetz einer Novellierung zu unterziehen. Wenn Sie ebenfalls die Erfahrung machen, daß die Auswirkungen dieses Gesetzes schlecht sind, dann haben Sie eben nichts anderes zu tun, als sich Unserem Antrag anzuschließen. Vielleicht werden wir dann in ein paar Jahren eine bessere Basis zur Lösung dieses Problems haben. (Beifall bei ÖVP.) (Abg. Hofmann: „Das habe ich ja gesagt, daß wir das machen sollen!“)

1. Landeshauptmann-Stellv. **Horvatek:** Ich möchte zu diesen Fragen nur ganz kurz Stellung nehmen. Zuerst zum Bundeswohnbauförderungsgesetz 1954. Meine Damen und Herren, Gesetze sind dazu da, um eingehalten zu werden. Man kann nun ein Gesetz starr auslegen oder etwas weitherziger, aber die Auslegung darf nie über den Inhalt eines Gesetzes hinausgehen. Wenn ein Gesetz nicht entspricht, wenn es abänderungsbedürftig ist, hat man sich zu bemühen, daß es novelliert wird. (Abgeordneter Dr. Pittermann: „Jawohl!“) Aber bis zu dieser Novellierung hat es eingehalten zu werden.

Wenn wir uns auf den Weg begeben, Gesetze nach unserem Belieben zu handhaben, so sind wir dazu nicht berechtigt. Denn jeder Abgeordneter und jedes Regierungsmitglied ist angelobt worden, die Gesetze stets gewissenhaft einzuhalten. Daher darf man mit diesen Dingen nicht spielen.

Wir haben glücklicherweise in der Steiermark eine Ausweichmöglichkeit dann, wenn besonders schwierige Fälle nach der Wohnbauförderung 1954 vorliegen, wir haben die Landeswohnbauförderung, wo wir etwas weitherziger vorgehen können. Infolgedessen geschieht es jetzt schon in einer Reihe von Fällen, die nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 nicht erledigt werden können, ohne dem Gesetz Zwang anzutun, daß diese Fälle nach dem Landeswohnbauförderungsgesetz behandelt und fast in allen Fällen von der Landesregierung auch beschlossen wurden, und ich nehme an, auch in Zukunft beschlossen werden. Da der Landeswohnbauförderung etwa 17 Millionen zur Verfügung stehen, werden wir Ansuchen, die dem Bundeswohnbauförderungsgesetz 1954 nicht entsprechen, nach dem Landeswohnbauförderungsgesetz aufrecht erledigen können. Es wird als besonders schmerzlich empfunden, daß das Bundeswohnbauförderungsgesetz 1954 es nicht erlaubt, einen Bau zu fördern, der vor seiner Bewilligung begonnen worden ist. Das hat seinen guten Sinn. Würde man diese Bestimmung nicht haben, dann käme immer jener zum Zug, der den Bau schon angefangen hat, und der, der gewissenhaft das Gesetz einhält, käme dann nicht dran, weil ihm immer wieder die anderen voran eilen.

Das Bundeswohnbauförderungsgesetz der ersten Republik, das noch im Februar 1938 die letzte Form bekam, hat streng darauf geachtet, daß nicht begonnen werden durfte, bevor die Bewilligung des Bundes erteilt wurde. Das Hypotheken- und Credit-Institut wurde ermächtigt, durch Bauaufsichtsorgane genau festzustellen, ob nicht schon vorher begonnen wurde. Es mußten zuerst die Voranschläge, die Baubeschreibung und der Baukonsens nachgewiesen werden und außerdem noch die 30 % Leistung des Siedlungswerbers. Erst wenn die Gelder hinterlegt waren und alles gestimmt hat, durfte mit dem Bau begonnen werden. Die Leute haben sich an diese Bestimmungen gehalten und es wurden eine Reihe schöner und wertvoller Wohngebäude errichtet. Das Gesetz reichte noch in die Ära bis 1941 und ist von der damaligen Reichsverwaltung noch weiter gehandhabt worden. Ich gebe zu, daß die strikte Einhaltung von Gesetzen manchmal schmerzlich ist, aber Ordnung muß sein. Auf das BdWFG. 1954 wollte man nicht hören und glaubt, über die Bestimmungen hinweggehen zu können. Jeder Bauwerber hat sich um das Formular bemüht, jeder das Merkblatt gehabt und jeder konnte lesen, was er darf und was er nicht darf. Ich bin überzeugt, wenn es notwendig ist, wird Landesrat **Priessch** die Verlautbarungen in den Tagesblättern zeitgerecht veranlassen. Die Bestimmung, erst nach Erhalt des Zusagebescheides mit dem Bau beginnen zu dürfen, hat wirklich einen guten Sinn. Der Gesetzesuntreue würde sonst zum Bauen kommen und der Gesetzesstreue das Nachsehen haben.

Die zweite Frage ist die des Straßenbaues. Ich glaube, daß ich absolut berechtigt bin, zu sagen, daß die Mittel für den Straßenbau zu gering sind und daß bei dem Tempo der Verkehrsentwicklung, bei der starken Motorisierung und der Tatsache, daß viele Lastkraftwagen oft mit einem oder mit zwei Anhängern fahren, so daß das Tonnengewicht steigt, auf die Dauer unsere Landesstraßen in kei-

nem geordneten Zustand erhalten werden können. Der Ausweg ist der, den ich bei meiner Rede zur Einleitung des Budgets gezeigt habe. Es besteht ein absoluter Anspruch der Länder, zu verlangen, daß die Mineralölsteuer für die Aufgaben verwendet wird, wozu sie geschaffen wurde. Ursprünglich war die Steuer 50:50 zwischen Bund und Land geteilt. Durch die immer weitere Erhöhung der Sonder-Bundeszuschläge hat sich das Verhältnis auf 1:9 verschoben. Ich habe damals 89:11 gesagt, weil der Schlüssel Steiermark etwas begünstigte. In Wirklichkeit ist das reine Verhältnis 1:9 im Bundesdurchschnitt. Der Bund nimmt ad saccum 9 Teile und ein verschwindender Teil bleibt den Ländern. (Abg. Scherer: „In memoriam Dr. Illig!“) (Heiterkeit!) Ich verstehe, daß der Bund außerordentliche Ausgaben für das Straßenwesen hat, um die Straßen zu erhalten, zu erweitern und zu erneuern. Trotzdem gäbe es eine Lösung, die als Übergang wirklich Erfolg brächte. Die Stammsteuer ist noch 50:50 geteilt. Bei der letzten Sitzung über Finanzausgleich 1956/57 habe ich mich bemüht, zu erreichen, daß das Verhältnis 90:10 zu Gunsten der Länder geändert werde. Das würde für Steiermark 17 bis 18 Millionen Mehreinnahmen ausmachen. Landeshauptmannstellvertreter Udier würde damit zufrieden sein, damit könnte man gewisse Straßen neu bauen. Ich habe mich später mit dem Herrn Bundesminister Dr. Illig in der Frage auseinandergesetzt. Er meinte, nachdem die Mineralölsteuer recht schön steigt, daß man darüber reden könnte. Es wäre der erste Versuch, der gemacht werden müßte, falls es zu Finanzverhandlungen kommt, zu sagen: Wir kommen beim Straßenbau nicht nach, wenn nicht eine Reform der Mineralölsteuer getroffen und die Stammsteuer nicht zu Gunsten der Länder wesentlich geändert wird. Später wird sich der Bund bereit erklären müssen, einen Teil seiner Sonderzuschläge aufzugeben und damit die Stammsteuer zu erhöhen. Das wäre im Effekt für die Steuerzahler dasselbe, aber der Anteil der Länder würde wachsen. Eine Eiche fällt nicht mit einem Streich und ein Finanzminister ist ein mächtiger Mann, da kann man nur schrittweise vorgehen.

Wir werden der außerordentlichen Beanspruchung der Straßen nicht entsprechend begegnen können, wird behauptet, wenn wir nicht im Wege eines großen Darlehens, einer Anleihe, uns die erforderlichen Mittel verschaffen. Ich erkläre, daß ich ein absoluter Gegner dieses Gedankens bin. Anleihen soll man nur dann machen, wenn man damit einen endgiltigen Bedarf befriedigen kann. Der Straßenbau erfährt Jahr für Jahr neue Anforderungen, eine Reihe von Baumethoden, die wir noch vor zehn Jahren für ausreichend gehalten haben, stimmt nicht mehr, weil die Beanspruchung der Straßen viel größer geworden ist. Wenn man das wichtigste Durchzugsstraßennetz unseres Landes in Ordnung bringen will, würde man eine Anleihe von vielleicht 200 Millionen Schilling brauchen und es würde sich dann später, wenn wir noch schwer an der Rückzahlung dieser Anleihe leiden würden, herausstellen, daß wir wiederum genötigt wären, Mittel herbeizubringen. Wenn wir forscht auf die Schultern des Landes etwas übernehmen würden, was durch die Mineralölsteuer, die der Erhaltung der Straßen gewidmet

ist und 1:1 zwischen Bund und den Ländern erreicht werden kann, hätten wir uns unseres Anspruches nach dieser Richtung unwiderruflich begeben.

Ich möchte noch einen Irrtum des Herrn Kollegen Brunner richtigstellen. Er hat anlässlich einer Enquete im Enns-Paltentale, und zwar in Schladming, am 19. November 1955 gemeint, daß wir uns nur dadurch helfen könnten, indem wir im Lande eine eigene Mineralölsteuer einheben würden. Das würden wir nie durchsetzen. (Landesrat Brunner: „So war das nicht!“) Im Protokolle steht es. Ich meine nur, es ist nach der Haltung der Bundesfinanzbürokratie ausgeschlossen, zu erwarten, daß wir irgendwie die Möglichkeit bekommen, eine bundesgleiche Landesabgabe einzuheben, weil das der verbundenen Steuerwirtschaft widerspricht. Um was wir kämpfen müssen, ist, daß wir einen gerechten Anteil an der Mineralölabgabe erhalten, die eine geteilte Bundesabgabe ist und daß wir zu einer nicht mit einer so großen Sonderabgabe für den Bund allein belasteten Stammsteuer für die Länder kommen, also einen Teil dieser Bundes-Sonderabgabe praktisch in die Stammsteuer umsetzen. Damit können wir einen Erfolg erzielen. (Beifall bei SPO und WdU.)

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Das Kapitel 6 eröffnet immer den Wunschreden die Tore, nur kann diese Wünsche der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier nicht erfüllen und er sieht sich immer in Verteidigung gedrängt, weil ein jeder das größte Stück haben will. Wenn der Herr Abgeordnete Hafner sich darüber beklagt, daß die Obersteiermark zu gut dotiert sei und die Oststeiermark zu schlecht (Abg. Scherer: „Das hat er nicht gesagt!“) so ist dazu nur zu sagen, die Wünsche sind ja alle berechtigt und die Straßen haben in der Kriegs- und Nachkriegszeit alle sehr gelitten. Dazu kommt noch die immer mehr zunehmende Verkehrsdichte. Wenn der Herr Abgeordnete Wegart als Berichterstatter uns mitteilt, daß die motorisierten Fahrzeuge sich vervielfacht haben, so wäre es sehr interessant, zu erfahren, welche Fahrzeuge sich am meisten vermehrt haben.

Im allgemeinen hat sich der Verkehr um das Vierfache vermehrt, die PKW um das Dreifache, die Autobusse um das Dreifache, die Lastkraftwagen um das Vierfache, die Lastkraftwagen mit Anhänger um das 20fache und die Traktoren sogar um das 200fache. Wenn man die Traktoren betrachtet, was ersieht man daraus? Wer fährt denn mit dem Traktor? Wir begrüßen es, weil ja die Landwirtschaft wegen der Landflucht einen Ersatz braucht. Die Spezialfahrzeuge, wie z. B. Feuerwehr, Rettungswagen usw. haben sich vermehrt um das Zweifache. Die Motorräder, denen so viel nachgeredet wird in Bezug auf Luxus und Lebensstandard, haben sich natürlich auch vervielfacht. (Landesrat Priirsch: „Wir wünschen, daß Sie möglichst rasch zu einem Auto kommen.“) (Heiterkeit!) Das wäre also ein Spiegelbild der Verkehrsdichte.

Daß dieser Verkehrsdichte unsere Straßen nicht entsprechen, ist klar. An der Umfahrung Kapfenberg wird gearbeitet. Es ist dies ein Millionenpro-

jekt. Es ist weiters die Straße in Bruck zu verlegen; ein Gordischer Knoten ist Leoben, der auch nicht durch einen Schwerthieb zu zerteilen ist und auch wieder Millionen beansprucht. Die Wünsche sind überall berechtigt. Es ist nur notwendig, daß man im Verkehrs-Ausschuß einmal einen Generalplan erstellt, wonach die Straßen übernommen werden von den Gemeinden durch das Land und durch den Bund vom Land. Wirklich brennende Projekte müssen darin erfaßt werden und auf eine bestimmte Zeit, je nach den finanziellen Möglichkeiten verteilt werden. So mancher Antrag auf Straßenübernahme wird nur aus rein optischen Gründen eingebracht, ohne nach realen Tatsachen zu fragen, ob dem auch Rechnung getragen werden kann. Wieso kommt das? Jeder Abgeordnete hat das Bedürfnis, durch einen Antrag in der Zeitung aufzuscheinen, damit man daheim sagt, die meisten Anträge stammten von ihm. (Gelächter.) Ich möchte einmal wissen, wenn man alle Anträge überprüft, wieviele von ersten Anträgen da noch übrig bleiben.

Ich möchte aber nicht vergessen auf einige Wünsche, die als Anträge im Schoß der Landesregierung ruhen und von denen wir gerne einmal hören würden, ob sie doch einmal behandelt und herangeholt werden. Straßen, die eine Verkehrsfrequenz aufweisen, die schon lange über das Niveau einer Gemeindestraße hinausgeht. Es sind aber auch Straßen dabei, die den Bund angehen, wie z. B. die Prebichl-Straße. (Zwischenruf Dr. K a a n : „Der Herr Dr. Illig hat das schon lange versprochen!“) Ich möchte den Herrn Landeshauptmann Udier bitten, der Sache Nachdruck zu verleihen dadurch, daß er dem Herrn Dr. Illig zu verstehen gibt, von Versprechen haben wir nichts, denn die Straße ist schon in einem solchen Zustand, daß schon sehr schwere Unfälle entstanden sind. Und es zeichnet sich noch immer nichts ab, wann es endlich dazu kommt. In unserer zweiten Landeshymne kommt eine Strophe vor, in der es heißt: „Wer die Gegend kennt, wo man s' Eisen brennt.“ Und warum soll man dieses Gebiet vernachlässigen!? Das wäre einmal das eine.

Es gibt aber noch andere Verkehrswege, die da hineinfallen. Wie z. B. die Triebner Straße auf den Hohen Tauern, die im Jahre 1938 durch Hochwasser zerstört worden ist und seither ein Verkehrshindernis ersten Ranges darstellt, da von Trieben bis Radstadt auf einer Strecke von 70 km kein Übergang ins Murtal ist. Es wäre daher dringend an der Zeit, etwas zu tun. Die Triebener-Seite wird jetzt verlegt, die bis 31 Prozent Steigung hat, dafür läßt man die Straße auf der Tauern-Seite verfallen. Wer da hinauffährt, wird die Schlaglöcher zu spüren bekommen. Gut! Wenn einer spazieren fährt, dann muß er das auf sich nehmen. Aber den Menschen, die dort oben daheim sind, oder wenn von dort einer mit der Rettung ins Krankenhaus geführt werden muß, für den kann diese Fahrt den Rest bedeuten. Es ist höchste Zeit, daß sie gemacht wird.

In Unzmarkt hat man die Bundesstraße verlegt, und die Straße durch den Ort hat der Bund abgestoßen, aber das Land will sie nicht übernehmen. Die Gemeinde Unzmarkt muß also die Straße erhalten, noch dazu mit einer Holzbrücke, die auch

schon schlecht und alt ist. Dazu kommt, daß die Unzmarkter Gemeinde schwach an Steuerkraft ist, es sitzt zwar der reiche Fürst Schwarzenberg dort mit seinem Sägewerk, aber das ist ein landwirtschaftlicher Betrieb, daher ist die Gemeinde in Bezug auf die Steuerkraft schwach. Ich möchte ersuchen, daß man diese Straße wirklich nicht der Gemeinde Unzmarkt oder Frauenberg überläßt, denn das würde zu weit gehen.

Nun möchte ich noch den Herrn Landeshauptmann Udier fragen: „Wie steht die Sache mit dem Rattenbergbach?“ Er war jahrelang im Programm aufgeteilt, mit 250.000 vom Bund, 150.000 vom Land und 100.000 von den Interessenten, den Gemeinden. Jetzt auf einmal ist er nicht mehr drinnen. Es ist aber bekannt, daß der Bund Nachtragsmittel zuschießt, so daß das doch gemacht werden könnte. Wie schaut es wirklich aus dort? Der Ort liegt am Ende eines Grabens, und der Bach bringt viel Geschiebe mit, so daß durch das ganze Dorf jetzt schon ein Wall geht, die Bauernhöfe, die früher eben lagen, liegen heute schon tiefer. Bei einem kleinen Regen stehen die Tiere dieser Bauern bis zum Bauch im Wasser. Aber es trifft auch die Arbeiter, die dort wohnen und motorisierte Fahrzeuge besitzen. Wie kommen die dazu, wenn sie zu ihrer Schicht fahren, daß ihre Fahrzeuge, nur weil sie am Rattenbergbach wohnen, einem größeren Verschleiß unterliegen wie wo anders. Und immer hieß es, die Straße wird erst hergerichtet, wenn der Bach gerichtet ist. Ich möchte daher noch einmal bitten, daß dieses Projekt aufgenommen und begonnen wird. Es ist schon ein uraltes Übel, vielleicht sind die Bauern sogar selbst schuld daran, denn man wollte das ja schon seinerzeit einmal machen, als der Herr Landesfinanzreferent Horvatek noch dort oben Bürgermeister war. Aber die Bauern sind damals immer mit der Alpine gegangen und haben alles, was Geld kostet, abgelehnt. Und heute macht man der sozialistischen Gemeinde den Vorwurf. Ich möchte noch einmal dringend bitten, diesen Leuten zu helfen.

Ein anderes Kapitel, das Jahr und Tag die Gemüter des Oberlandes bewegt, ist die Glattjochstraße. Es ist die brennende Frage im Oberland, was wird gebaut, die Glattjoch- oder die Sölkerpaßstraße? Ich habe vom Anfang an eine eindeutige Meinung gehabt. (Zwischenruf: „Ich beweise, daß Sie sie nicht gehabt haben!“) Der Sölkerpaß bildet den Übergang vom oberen Ennstal in das obere Murtal, von Gröbming über St. Nikolai, Schöder ins obere Murtal. Die Orte Murau und Schladming leben nicht von diesem Übergang in Nord-Süd-Richtung, sondern vom Durchzugsverkehr in der Ost-West-Richtung nach Salzburg, Tirol. Im Bereiche von St. Nikolai—Schöder leben 9000 Einwohner, im Bereiche Donnersbach—Oberwölz ungefähr 18.000, so daß aus rein wirtschaftlichen Gründen alles für die Glattjochstraße spricht. Außerdem ist die Glattjochstraße nicht etwas neues. Dieses Gebiet war schon zur Römerzeit besiedelt und es bestanden schon damals Handelsbeziehungen mit Italien. Der Weg über das Glattjoch war um einen Tagmarsch kürzer als der über den Sölkerpaß. Man hat damals aus diesem Grunde den Übergang über das Glattjoch benützt. Irdning, Donnersbach und

Oberwölz spielten zur Zeit des Slavenreiches eine bedeutende Rolle. Oberwölz war um 1305 eine Stadt mit 2000 Einwohnern und damals vor 500 Jahren fast so groß wie Graz. Vor 100 Jahren wurde dieser Ort durch die Führung der Eisenbahnlinie wirtschaftlich abgeschnitten, da er nun in einer Sackgasse liegt. Heute, wo die Straßen wieder als Hauptverkehrsadern große Bedeutung haben, nehmen die Orte, die an der Straße liegen, einen wirtschaftlichen Aufschwung; nur Oberwölz bleibt vorläufig noch in einer Sackgasse. Kommerzialrat Zettl hat als Bürgermeister von Donnersbach schon im August des Jahres 1933 die Glattjochstraße aus dem Dornröschenschlaf erweckt mit dem Spatenstich für die Bezirksstraße Donnersbach—Donnersbachwald. Mit einem Volksfest und Festzug hat man damals die Geburtsstunde der Glattjochstraße gefeiert. Nach zwei Jahren brach dann die Wirtschaftskrise herein, dann der zweite Weltkrieg; dem Projekt wurde damals nur eine strategische Bedeutung beigemessen. Mit dem entchwundenen Sieg wurde auch das vergessen und das Glattjochprojekt fallen gelassen. Nachdem in den letzten Jahren der Verkehr entsprechend dichter geworden ist, erschien die Wiederaufnahme dieser Nord-Süd-Verbindung wieder bedeutungsvoller. Es hat sich ein Interessentenkomitee gebildet, das auch Anträge an die Bundesregierung gerichtet hat. Vor 2 Jahren fand im Ennstal die Hauptversammlung des Verbandes statt, an der auch Bundesminister Dr. Illig teilgenommen und dem Interessentenverband volle Unterstützung zugesichert hat. Die Vorarbeiten wurden in Angriff genommen, Luftaufnahmen hergestellt, technische und wirtschaftliche Unterlagen gesammelt. Bei der Hauptversammlung im Jahre 1954, die ebenfalls im Ennstal stattfand, wurde dem Verband die Unterstützung aller Parteien zugesichert. Die Ennstaler und der Interessentenverband waren so schlau, daß sie die Reden auf einem Tonband aufgenommen haben, damit die Herren nicht die Möglichkeit haben, etwas in Abrede zu stellen oder anders auszulegen. Inzwischen hat Bundesminister Dr. Illig mit einem Kostenaufwand von S 300.000.— die Vermessungen in diesem Gebiete durchführen lassen. Ich habe daher, nachdem sich von der Landesseite her nichts gerührt hat, in einer Sitzung vor der vorjährigen Budgetdebatte bezüglich der Glattjochstraße eine Anfrage gerichtet, die nur unbefriedigend beantwortet wurde. Ich habe dann in der vorjährigen Budgetdebatte dazu Stellung genommen und dort hören müssen, daß mich dabei nichts interessiert und ich nur einen Wahlschlager brauche. Das ist durch das Protokoll festgehalten. Man hat das Ganze als marktschreierisches Tun hingestellt, als ginge es hier um die Priorität, da die Bevölkerung dort oben doch darauf schaut, wer redet und etwas macht, und wer redet und nichts macht. Um die Priorität brauchen Sie sich nicht sorgen. Uns geht es nicht darum, Schaumschlägerei zu betreiben, wie dies Abg. Dr. Rainer gesagt hat, sondern darum, in dieses Notstandsgebiet Arbeit hineinzutragen, in dieses Gebiet, wo die Arbeitslosen erst im Mai Arbeit finden und im August schon wieder aus der Arbeit kommen. Vielleicht glauben Sie, daß ich kein Verständnis habe für diese rein bäuerlichen Gebiete, vielleicht haben Sie auch Angst,

wenn ich darüber spreche, weil Sie sich immer anmaßen, allein die ländliche Bevölkerung zu vertreten. Das Wahlergebnis zeigt, daß dies heute nicht mehr der Fall ist.

Wenn auch viele Gründe eindeutig für die Glattjochstraße sprechen, so ist damit nicht gesagt, daß die Sölkerpaßstraße ohne Bedeutung wäre. Die Kammer für Land- und Forstwirtschaft hat den Sölker-Weg als Forstaufschließungsstraße gebaut, im nächsten Jahr soll die Scheitelstrecke fertiggestellt werden; es scheint, als ob man der Glattjochstraße damit dem Rang ablaufen wollte. (Landeshauptmann K r a i n e r : „Also alle zwei!“)

Am 11. September 1955 fand die diesjährige Hauptversammlung des Interessentenverbandes in Scheifling statt. Am Tage zuvor war eine Verbandsleitersitzung; an dieser haben Präsident Scheer und auch Abg. Ertl teilgenommen, welcher die Grüße des Herrn Landeshauptmannes überbrachte, der sich wegen dienstlicher Verhinderung entschuldigen ließ. Man erfuhr, daß sich der Herr Landeshauptmann für die vollste Unterstützung dieses Projektes ausgesprochen habe. In der Verbandsleitersitzung und in der Hauptversammlung wurden sehr schöne Briefe von ÖVP-Mandataren verlesen, die sich hundertprozentig zu diesem Projekt bekannt haben, falls sie nicht schon früher für dieses eingetreten waren.

Es sind Briefe, darunter ein ganzes Bündel vom Wegart (Allgemeine Heiterkeit), der erklärt hat, wo immer er sitzt und steht, werde er dieses Projekt unterstützen. Dann ist da ein Schreiben vom Herrn Parteiobmann Dr. Gorbach, gerichtet an ihn vom Herrn Minister Dr. Illig. Und darinnen steht: „Ein Hindernis für die Projektierung wird wohl auch darin bestehen, daß sich bisher die Landesregierung weder für die Glattjoch- noch für die Sölkerpaßstraße entschieden hat.“ Das ist ein Vorwurf, der nicht aus meinem Munde kommt, sondern aus dem Munde eines Ihrer eigenen Parteigewaltigen. Dann ist hier ein anderer, der heftig polemisiert hat gegen die Straße, er klagt hier über die Kosten von 80 bis 120 Millionen. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter muß vorsichtiger sein, er hat gesagt 150 Millionen, und Dr. Rainer hat gar gesagt 200 Millionen. Inzwischen hat Dr. Rainer, wenn auch postwendend, einen Canossagang über das Glattjoch angetreten, und er ist nun auch dafür. Er erhielt eine Einladung zur Hauptversammlung des Interessentenverbandes zum Bau der Glattjochstraße, er kam aber nicht, sondern entschuldigte sich mit dienstlicher Verhinderung, schrieb aber, „ich bin gerne bereit, Ihre Bewegung und Ihre Arbeit, soweit es in meiner Macht steht, zu unterstützen“. Er hat sich also bekehrt. Aber ich mache ihm trotzdem keinen Vorwurf.

Vorher nun noch ein paar Briefe. Da ist einer vom Herrn Sekretär Graf, einer vom Herrn Bundeskanzler, einer vom Präsidenten des Nationalrates, von verschiedenen Nationalräten, vom Präsidenten der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, einer vom Präsidenten der Landwirtschaftskammer Niederösterreich und Wien. Es waren einmal 30.000 Personen, die im eigenen Wirkungsbereich — und heute sind es schon an die 200.000 Personen —

ihr Interesse für dieses Projekt bekunden. Und nachdem in dieser Versammlung so viel Unterstützung herangetragen wurde, ist man dann herangegangen und hat eine EntschlieÙung verfaÙt und diese EntschlieÙung, der sogenannte Scheiflinger BeschluÙ lautet: „Die Jahreshauptversammlung des Interessentenverbandes für den Bau der Glattjochstraße hat am Sonntag, den 11. September 1955, in Scheifling einstimmig folgenden BeschluÙ gefaÙt: Die Hauptversammlung des Glattjochverbandes er sucht die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages aller Fraktionen, einen Antrag einzubringen, der lautet: 1. Es ist der Wunsch der heutigen Versammlung, daß eine Verbindungsstraße zwischen dem mittleren Ennstal und dem Murtal projektiert wird. Nachdem, wie bekannt ist, bereits zwei Projekte hiezu vorliegen, wird die Landesregierung er sucht, ehestens zu entscheiden, welcher StraÙenzug nach geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgebaut werden soll, um die unerläÙlich gewordene Verbindung vom Norden nach Süden, zwischen dem Enns- und dem Murtal, auf dem kürzesten Weg herzustellen. 2. Nach der zu erwartenden Entscheidung für das Glattjochprojekt fordert das Komitee mit allem Nachdruck, beim zuständigen Bundesminister vorstellig zu werden, um zu erreichen, daß nach Fertigstellung des generellen Projektes für das Budget 1957 die ersten erforderlichen Ansätze eingebaut werden, damit mit den Vorarbeiten ehestens begonnen werden kann.“ Das war die einstimmige Meinung aller Parteien. Nationalrat Pötsch und Direktor Lakitz haben das befürwortet und die Textierung umgearbeitet, und Wonne und GrieÙschmarren war auf allen Seiten, jeder dachte, jetzt kommt der Umbruch, jetzt wird die Not ein Ende haben.

Ich habe damals darauf hingewiesen auf den Ernst der Lage, und genau so, wie ich Peter Rosegger zitieren darf mit seinem Jakob dem Letzten, wo er auch das Bauernelend schildert, hab ich es geschildert, nachdem ich diese Widersprüche sah. Dasselbe Bestreben hatten wir in der Klubobmännerkonferenz, um dort einen gemeinsamen Antrag durchzubringen, aber der ist dort nicht durchgegangen, das ist verschoben worden. Nun haben wir, die sozialistische Fraktion, einen eigenen Antrag eingebracht (Landesrat Prirsch: „Kostet nichts und macht sich gut.“), der dasselbe beinhaltet, unterstützt vom VdU, der auch zu seinem Wort steht, so wie wir. (Zwischenruf: Brav, brav!) Daraufhin ist im verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß bei einer anderen Debatte im Zusammenhang mit der Übernahme von LandesstraÙen durch den Bund wieder ein gemeinsamer Antrag verfaÙt worden. Die Mitglieder der ÖVP haben dem zugestimmt, auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier und alle waren damit einverstanden. Neue Hoffnung erschien am Horizont. Aber interessant, jetzt auf einmal hört man in der Budgetdebatte durch den Herrn Abg. Stöfler, nur unter der Bedingung, daß zuerst das und das und das gemacht wird, stimmen sie diesem Antrag zu. Man weiß jetzt nicht mehr, ist man ein Mandel oder ein Weibel. (Landesrat Prirsch: „Das müssen Sie selbst entscheiden!“) (Allgemeine Heiterkeit.) Und wenn ich schon einmal Jakob den Letzten zitiert habe, dann muß ich schon

noch einmal Peter Rosegger zitieren, nämlich seine Geschichte über den Regenschirm, hier bezogen auf das Verhalten der ÖVP, wo es heißt einmal: „Nimm ihn mit, laß ihn da!“

Wie dem aber auch sei, wir als Sozialisten werden nach wie vor ein Projekt vertreten, das produktiv ist und Arbeit schafft, werden aber trotzdem nicht gegen die Sölk sein, sondern auch dieses Projekt unterstützen, weil all diese Arbeiten, insbesondere der StraÙenbau lohnintensiv und produktiv sind und man kann dort oben, wie auch aus der Stellungnahme des Arbeitsamtes Liezen hervorgeht, sehr gut die produktive Arbeitslosenfürsorge einsetzen. Die SPÖ wird immer für Arbeitsbeschaffung eintreten und für produktive Projekte und uns wundert nur, daß die ÖVP dieses Gebiet so stiefmütterlich behandelt. Aus Überheblichkeit oder Anmaßung, das Monopol für die Landbevölkerung gepachtet zu haben. Daß es anmaßend und überheblich ist, dieses Vorgehen, beweist unser Einbruch ins Dorf. Wenn die ÖVP in den sauren Apfel beiÙt, wenn sie unserer Forderung nachträglich dennoch zustimmt, dann nur dann, weil sie nicht anders kann.

Das sozialistische Gedankengut ist in weiteste Volkskreise in Stadt und Land eingedrungen, man kann es nicht mehr aufhalten, darum stimmt auch die ÖVP vielem zu und versucht nun, dieses fortschrittliche Gedankengut auch auf ihre Fahnen zu heften. Aber das Volk ist hellhörig geworden und lernte unterscheiden zwischen Wort und Tat. Das beweisen die hinter uns liegenden Wahlen. Das Volk hat gewählt den sozialistischen Fortschritt, die Sicherheit des Arbeitsplatzes und ein sorgenfreies Alter zum Wohle der Heimat, zum Wohle Österreichs. (Lebhafter Beifall bei SPÖ).

Abg. **Bammer**: Im Zusammenhang mit den Beratungen der Gruppe 6 hat die ÖVP einen Antrag auf Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 eingebracht. Abg. Hegenbarth hat schon in bewegter Form die Argumente vorgetragen, die für die Einbringung dieses Antrages maßgebend waren. Lassen Sie mich, bevor ich zu diesem Antrag selbst Stellung nehme, einiges über die Ereignisse seit Inkrafttreten des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 sagen.

Die Abgeordneten, die dem Wohnbauförderungsbeirat angehören, der auf Grund des Landesgesetzes errichtet wurde, können nur sagen, daß die Schwierigkeiten, die sich ursprünglich der Schaffung dieses Landesgesetzes entgegenstellten, sehr nachteilig auf die Arbeit bzw. auf das Anlaufen der Arbeit im Beirat selbst gewirkt haben. Es wurde noch sehr lange, nachdem der Beirat konstituiert war, um gewisse Förderungsrichtlinien und Förderungsgrundsätze gerungen. Bemerkenswert ist, daß, wenn auch alle Mitglieder des Beirates sich auf eine einheitliche Auffassung in einer speziellen Frage geeinigt haben, dieser Auffassung dann nicht immer die Zustimmung des zuständigen Referenten, des Herrn Landesrat Prirsch, zuteil wurde. Die Regierung hat die Beiratsbeschlüsse nur in sehr sparsamem Ausmaß erfahren. Wir wissen schon, daß die Errichtung des Beirates, der im Bundesgesetz zwingend

vorgesehen ist, beim zuständigen Referenten keine reine Freude ausgelöst hat. Die Bundesgesetze müssen beachtet werden und man kommt darüber nicht mit der einfachen Formulierung hinweg, die Sozialisten wollen die Wohnbauförderung verpolitizieren. Die Formulierung, die Abg. Stöffler gebracht hat, ist zu abgeschmackt, um wirken zu können. (Zwischenruf: „Aber wahr!“) Denn Sie haben sich in der Zwischenzeit durch unsere Tätigkeit im Beirat selbst, Herr Abg. Stöffler, vom Gegenteil überzeugen können. Ich möchte aber die negative Einstellung des Referenten zur Errichtung des Beirates, der als beratende Körperschaft die Förderungsanträge zu begutachten hat, mit dem Artikel in der „Tagespost“ vom 4. Mai 1955 beweisen. „Wohnbauförderungsbeirat gestern konstituiert.“ „Heute Dienstag, hat die seinerzeit verschobene konstituierende Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates stattgefunden. Als Vorsitzender wurde Dr. Hans Benkö gewählt (Stadtrat WdU). Man erklärt dazu von zuständiger Seite, daß diese Wahl eine bewußte Verpolitizierung der Wohnbauförderung darstellt.“ Am Schluß dieses Artikels heißt es: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Referat der Steiermärkischen Landesregierung und Landesrat Prirsch in völlig korrekter Weise und unbeeinflusst von parteipolitischen Erwägungen und objektiv dieses Referat all die Jahre hindurch geführt hat. Offenbar hat dieser Zustand den Sozialisten, welche gewohnt sind, in den von ihnen beherrschten Gemeinden selbstherrlich nach dem Parteibuch Wohnungen zu vergeben, nicht ins Konzept gepaßt.“ Dann steht noch, daß nach wie vor Referent für die Angelegenheit der staatlichen Wohnbauförderung Landesrat Prirsch ist; daß der Wohnbauförderungsbeirat lediglich durch Beschlüsse, für welche die Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, d. h., daß bei allen Beschlüssen die Zustimmung der ÖVP-Beiratsmitglieder erforderlich ist, die Förderungsanträge begutachtet. Bei der Beschlußfassung und Formulierung des Landesgesetzes über die Schaffung des Wohnbauförderungsbeirates wurde von den Sozialisten vorgeschlagen, diese Zweidrittelmehrheit in das Gesetz hineinzunehmen, um wirklich jede einseitige Verpolitizierung zu verhindern. Sie wissen, daß das Stimmenverhältnis im Beirat dasselbe wie im Landtag ist, und weder die ÖVP noch die SPO allein ein Gesetz beschließen oder durchsetzen kann. Das ist unsere Antwort auf den Artikel: „Die Sozialisten wollen die Wohnbauförderung verpolitizieren.“

Wir haben alljährlich bei Gruppe 6 von Herrn LR. Prirsch einen schönen Rechenschaftsbericht gehört, der immer wieder mit der Formulierung schließt: Es wurde bei der Vergabung der Darlehen nur nach sozialen Grundsätzen vorgegangen. Auf Grund unserer bisherigen Tätigkeit und der fast einjährigen Erfahrung sind wir zur Ansicht gekommen, daß Landesrat Prirsch ein gedanklicher Irrtum unterlaufen sein muß. Er scheint uns manchmal das Wort „sozial“ mit „antisozialistisch“ verwechselt zu haben.

Auf Grund der Geschäftsordnung haben die Mitglieder des Wohnbauförderungsbeirates nur zur vorgelegten Tagesordnung Stellung zu nehmen, ja oder nein, wobei für das Ja eine Zweidrittelmehr-

heit erforderlich ist. Nachdem diese Arbeit im Beirat einigermaßen angelaufen ist, können wir nunmehr auf mehrere Sitzungen zurückblicken, in denen über die Begutachtung von Förderungsanträgen einzelner Siedler Beschluß gefaßt werden konnte. Wir wissen, und auch der Öffentlichkeit ist es durch die Presse bekannt geworden, daß seit Ausgabe der Antragsformulare beim Landes-Wohn- und Siedlungsamt rund 2.500 Ansuchen von Einzelwerbern eingelangt sind. Zahlreiche Ansuchen konnten noch nicht vorgelegt werden, weil es den Antragstellern in der Zwischenzeit noch nicht möglich war, sich alle Unterlagen zu beschaffen. Vielleicht haben sich auch einige Förderungswerber davon abschrecken lassen, nachdem bekannt wurde, wie viele Anträge bereits eingereicht und wie viele davon voraussichtlich im Jahr aufrecht erledigt werden können. Nach den Verzeichnissen, die der Beirat vom Referat erhalten hat, haben rund 660 Einzelwerber im Jahre 1954 mit dem Bau begonnen; wir haben uns auch die Mühe genommen und festgestellt, wie sieht die Familienstruktur dieser Darlehenswerber aus? Dazu muß gesagt werden, daß bei diesen Ziffern in den Listen des Referates nicht allzugroße Genauigkeit erwartet werden kann.

Mehr als vier Kinder sind bei 55 Darlehenswerbern, die im Jahr 1954 begonnen haben. Zwei oder drei Kinder sind bei 233 Darlehenswerbern, ein Kind oder gar keines bei 372. Von den bis jetzt genannten Einzelwerbern sind nicht einmal 20 Prozent der Familien berücksichtigt worden, die mehr als vier Kinder zählen, also wurde bei der Vorlage der Tagesordnung durchaus nicht in so einem Ausmaß nach familienpolitischen Grundsätzen gehandelt, wie man hier im Hohen Haus gerade von Seite der dieses Referat verwaltenden Partei immer gern darstellt.

Aber die Frage, wer die Wohnbauförderung verpolitiziert, möchte ich doch mit einigen Beispielen belegen. Es mutet doch sonderbar an, wenn aus einer kleinen Gemeinde zwei Einzelwerber in gegenseitiger handwerklicher Hilfe sich je ein Eigenheim bauen, die gleichen Familienverhältnisse besitzen, und Berufe haben, die sich gegenseitig ergänzen. Beide bringen zugleich einen Antrag ein, mit den gleichen Unterlagen und der Sitzung des Beirates wird nur ein Antrag vorgelegt. Wenn man dann den Dingen genau nachgeht, stellt man fest, daß der Antrag des der ÖVP angehörigen Werbers bevorzugt wird, weil der zuständige Bezirksamann des AAB sich dafür eingesetzt hat. (Landesrat Prirsch: „Das ist lediglich eine Behauptung.“) Dies wurde von ihm selbst bestätigt. Und der zweite Darlehenswerber gehört der SPO an. Es wird also in diesem Referat der Sozialist benachteiligt. So sieht die Verpolitizierung des Referates aus. Es war für uns auch sehr sonderbar, festzustellen, daß die Darlehensanträge aus obersteirischen Industriebezirken überhaupt am Anfang kaum nennenswert vorgelegt wurden, während die Mittel für die Ost-, Mittel- und Weststeiermark sehr bald aufgebraucht wurden, weil der zuständige Referent einen Großteil der Mittel vorweg genommen und den Beirat ausgeschaltet hat.

Nun zum Antrag der ÖVP, der die Abänderung des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 zum Inhalt

hat. Und zwar rein sachlich. Der Antrag sieht vor, daß bei Punkt a) die Bestimmungen für Einzel-Wohnungs- und Siedlungswerber abzuändern wären. Abg. Hegenbarth hat darauf hingewiesen, daß eine Überprüfung des Rechnungshofes in Leoben ergeben hat, daß die Ansuchen in einem hohen Prozentsatz bereits überholt sind, weil die Betroffenen gestorben, verzogen sind usw. Herr Abg. Hegenbarth, Ihnen dürfte bei der Errechnung dieser Ziffern ein Irrtum unterlaufen sein. Die Ziffern, die das Wohnbauförderungsgesetz des Bundes vorsieht, stützen sich nicht auf die Erhebungen der Gemeinden und der Wohnungsämter, sondern sind das Ergebnis einer genauen Errechnung des statistischen Zentralamtes in Wien, auf Grund der Personalstandsaufnahmen des Jahres 1951. (LH. Krainer: „Sie decken sich aber zufällig genau mit den Ziffern der großen Gemeinden!“) Dann ist das nur ein Plus der Verwaltung in den großen Gemeinden, weil sie gewissenhafte Aufzeichnungen geführt haben. Ich glaube aber nicht, daß eine Erhebung des Wohnungsfehlbestandes bei den Gemeinden echte Ziffern ergeben würde. Ich glaube, das erwartet sich nicht einmal der zuständige Referent Landesrat Prirsch, denn er weiß, daß jede Gemeinde bemüht ist, ihren Wohnungsfehlbestand so hoch anzugeben wie nur möglich, damit sie mehr Mittel bekommt. Es ist möglich, daß in der Praxis die Gesamtziffern steigen, das ändert aber nichts an dem prozentuellen Anteil der einzelnen Gemeinden, da dieser ja für die Aufteilung der Mittel maßgeblich ist. Wir glauben daher nicht, daß die Erhebungen bei den Gemeinden ein wirklich richtiges Ziffernmateriale für die Aufteilung der Mittel innerhalb der Steiermark ergeben.

Und nun zu Punkt b) dieses Antrages. Er sieht vor, daß die Aufteilung der Bundesmittel auf die Länder nach dem Bevölkerungsschlüssel vorgenommen werden soll. Ich habe mich damit beschäftigt, weil ich der Meinung bin, man muß sich das ausrechnen, bevor man einen Antrag stellt, wie sich das verhält. Und man muß sich fragen, kommt für das Land in der Praxis etwas dabei heraus? Ich war vom Ergebnis überrascht. Ich kann mir vorstellen, daß man damit spekuliert hat, durch die Abänderung dieses Gesetzes dem roten Wien eines auszuwischen, wenn man von Wien Mittel abzieht für Länder, die mehr ländlichen Charakter haben und die dadurch mehr Mittel bekommen. Das wäre wenigstens eine Begründung gewesen. Denn man sieht ja, Wien baut 5.000 bis 8.000 Wohnungen im Jahr und könnte man der Auffassung sein, daß die übrigen Länder auch einen größeren Anteil davon brauchen könnten. Das Ergebnis dieser Durchrechnung, die wir gemacht haben, bestätigt diese Auffassung aber gar nicht. Es würde diese Aufteilung nach dem Bevölkerungsschlüssel die Gemeinde Wien rund $3\frac{1}{2}$ Millionen Schilling, es würde das Land Oberösterreich 3,7 Millionen, das Land Salzburg über 2,9 Millionen, also fast 3 Millionen kosten. Nun könnte man glauben, da muß also die Steiermark davon profitieren. Aber man kommt zu keinem nennenswerten Ergebnis. Es macht nämlich nicht einmal 500.000 Schilling aus, die die Steiermark dadurch mehr bekommen würde. Und nun teilen sie die 500.000 Schilling noch durch 4! Was

sie dann auf dem Gemeindefaktor damit anfangen können, das können Sie sich ausrechnen. Aber es ist ja nicht Aufgabe unseres Landtages, eine Gesetzesänderung zu beantragen, die nur einem einzigen Land zugute kommt, nämlich Niederösterreich. Denn dieses Land würde durch diesen Antrag über 8 Millionen profitieren. Und es ist wirklich nicht Aufgabe unseres Steiermärkischen Landtages, die Kassen für Niederösterreich aus dem Feuer zu holen. Für uns erscheint der Antrag daher nicht vertretbar, denn wir können es uns nicht leisten, uns den Unmut einer ganzen Reihe anderer Bundesländervertretungen zugunsten Niederösterreichs zuzuziehen, obwohl wir selbst keinen Profit daraus ziehen können.

Und nun zum dritten Absatz dieses Antrages, daß bei Einzelsiedlungen die Bestimmung, daß die Förderungsmittel nur für noch nicht begonnene Bauten zu geben sind, wegzufallen hat. Hiezu hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Horvatek schon einiges gesagt, aber es hat der Herr Abgeordnete Hegenbarth so dafür Stellung genommen, daß ich glaube, auch noch etwas sagen zu müssen. Es ist bekannt, daß mehr als $2\frac{1}{2}$ tausend Anträge von Einzelwerbern vorliegen und eine Reihe von Antragsformularen noch draußen ist und daß davon vielleicht 700 abgezogen werden können, die schon im Jahr 1954 begonnen haben. Würde diese Bestimmung, daß mit dem Baubeginn zu warten ist, bis der Bescheid über die Zuteilung der Mittel vorliegt, aus dem Gesetz herausgenommen werden, so könnte das in der Theorie bedeuten, daß nahezu 2.000 Vorhaben begonnen werden und nun überlegen wir uns einmal, wann bei den vorhandenen Mitteln, die nicht einmal in dem Ausmaß eintreffen, als wir dies für 1955 erwartet haben, sondern immer mit Kürzungen von fast 25 Prozent, wann da die ersten Katastrophenfälle in der Praxis eintreten. Denn, daß wir für die Förderung von 2.000 Einzelsiedlern bei einem vorhandenen Betrag von 12 bis 13 Millionen im Jahr für diesen Sektor sehr lange brauchen werden, wenn wir jedem 50.000 geben, das läßt sich leicht mit Bleistift und Papier ausrechnen. Und es würden dadurch viele Notfälle entstehen, die Leute werden kommen und sagen, „ich brauche Geld, ich bin nun so weit, ich muß weiterarbeiten, sonst verfällt mir der Rohbau.“ Es werden Notkreie entstehen da und dort und der zuständige Referent, die Landesregierung und der Landtag, werden keine Möglichkeit haben, in dem Ausmaß zu helfen, wie es verlangt wird und sie werden nicht in der Lage sein, später die Durchsetzung dieser Aufhebung der Formulierung im Bundesgesetz auch noch vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Herr Abg. Ebner, ich glaube, daß es Aufgabe des Landtages ist, dafür Sorge zu tragen, daß nicht Familien unvorsichtigerweise in Not geraten. Wir wissen genau, daß durch die verschiedenen Zeitungsartikel sehr viel Baufreudigkeit erzeugt und aufgespeichert wurde und in der Öffentlichkeit es schon zu Unmutsäußerungen geführt hat, weil wir nur in der Lage sind, einen kleinen Bruchteil zu erledigen.

Es hat aber der Herr Abg. Hegenbarth noch eine Formulierung gebraucht, die von unserer Seite nicht

unwidersprochen bleiben darf. Er hat vor allem ein Ereignis zitiert, daß die sozialistische Fraktion unter moralischem Druck gezwungen worden wäre, einem familiär trostlos gelagerten Wohnbauförderungsfall zuzustimmen. Ich möchte das Protokoll vorlesen, um zum Sachlichen selbst zu kommen. Im Protokoll dieser Sitzung vom 2. Dezember 1955 heißt es: „Es handelt sich um einen Grenzbezirk, da muß das ganze Land einspringen. Das Ansuchen Draxler wird einstimmig vom Beirat positiv begutachtet.“ Warum war es zu gewissen Differenzen im Beirat gekommen? Sie haben festgestellt, daß wir bei Graz den Betrag von 2 Millionen Schilling ungebrauchter Darlehen haben, die ohne weiteres dazu verwendet werden könnten, in anderen Bezirken einzuspringen. Wir wissen, daß in Graz wirklich eine Wohnungsnot besteht. Ich möchte nicht darauf eingehen. Ich hatte gestern durch das Aussetzen der Landtagssitzung Gelegenheit, einer Radiosendung zuzuhören, in der sich Abg. Hofmann-Wellenhof als Sprecher mit der trostlosen Wohnungssituation in einigen Grazer Bezirken beschäftigte. Er bat dort als Weihnachtsmann um eine kleine Linderung durch Zusicherung von Spenden. Vielleicht hätte es nicht geschadet, wenn eine große Anzahl von OVP-Abgeordneten des Nationalrates diese Sendung gehört hätte! Dann glaube ich nicht, daß man die so brennende und dringende Frage der wirklichen Wohnungsnot und der Verlängerung dieses Gesetzes an ein Außenhandelsverkehrsgesetz binden kann. (LR. P r i r s c h : „Glauben Sie, die mit Bewirtschaftungsgesetzen beseitigen zu können?“) Wenn ich annehme, daß nur ein mittelmäßiger Prozentsatz dessen an Gefühl stimmt, was Abg. Hofmann-Wellenhof in dieser Sendung gesagt hat, so war ich doch tief beeindruckt, weil wir in Graz wirklich eine echte Wohnungsnot haben. Abg. Hegenbarth hat erklärt, bei Graz liegen noch 2 Millionen Schilling unverbraucht. In der Beiratssitzung ist man darauf gekommen, daß besonders dringliche Fälle des Bezirkes Graz-Umgebung auf das Konto Graz genommen werden können, wenn der Betreffende in Graz arbeitet und sich beim Wohnungsamt als Wohnungssuchender streichen läßt. Nun sind vor dieser Vereinbarung im Beirats eine Reihe von dringendsten Fällen mit 7, 8, 9 und 10 Kindern mit unserer Zustimmung auf das Grazer Konto genommen worden. Unsere Frage war vor dieser Beschlußfassung, wie hoch sich die Belastung des Anteiles von Graz auf Kosten solcher dringenden Fälle auswirkt. Daraufhin hat der zuständige Referent erklärt, er habe alles, was in anderen Bezirken nicht gedeckt ist, auf Graz verrechnet. Wir haben uns gewehrt und gesagt, wir stimmen nur den Fällen zu, die wirklich dringend und sozial gelagert sind, sind aber nicht dazu bereit, Ansuchen von Familien mit 2, 3 und 4 Kindern auf Konto Graz zu nehmen, wenn der gleiche seine Bezirks-Geldmittel durch den Herrn Landesrat bereits erhalten hat. Zuerst muß er die Mittel gerecht verteilen und dann an das gute Herz der Sozialisten appellieren. (Abg. H e g e n b a r t h : „Sie haben selbst dafür gestimmt, daß zuerst die Notfälle erledigt werden.“) Herr Abg. Hegenbarth, man kann die Tagesordnung so vorbereiten, daß von Graz

kein Ansuchen vorliegt. Wir haben die Feststellung gemacht, daß in Graz viele Ansuchen vorliegen, aber nicht bearbeitet werden (Abg. R ö s c h : „Die anderen Akten, die in der Sitzung waren, waren ja auch unvollständig.“), nicht verhandlungsreif sind und so entsteht die Einstellung, in Graz bleiben die Geldmittel ungenützt. Sie wissen und wir wissen genau, wie man eine Tagesordnung aufstellen kann.

Ich möchte nun einiges über die Verlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes sagen. Wir wissen, daß man mit einem Bewirtschaftungsgesetz keine Wohnungen bauen kann. Wir wissen aber auch, daß bei zahlreichen Abgeordneten, manchmal täglich, trostlose Wohnungsfälle vorkommen, wenn z. B. eine Frau kommt, man soll ihr helfen, sie wird in drei Tagen delogiert, 3 Kinder; ich bitte Sie, beim Grazer Gericht anzufragen, wie hoch in einem Jahr die Delogierungen in Graz sind. Herr Abg. Stöffler, wenn zu Ihnen eine Mutter kommen und sagen würde: Macht Ihr mit dem Kinde, was ihr wollt, ich und mein Mann werden uns in die Mur stürzen. Würden Sie da nicht eine andere Einstellung haben? Die Stadtgemeinde Graz hat ständig solche Fälle, sie hat schon 30 Fälle in Gasthäusern untergebracht und zahlt 30.000 Schilling für Miete in diesen Gasthäusern. Daß die Familie in den Gasthäusern auf eigene Kosten das Mittag- und Abendessen einnehmen muß, darüber ist gar nichts zu sagen. Ich fürchte nur, daß wir den Ablauf des Gesetzes nicht durchstehen werden, daß die Delogierungen noch mehr ansteigen und wir nicht wissen werden, wo wir mit diesen Delogierungen hinkommen: (Abg. P ö l z l : „Alles im Zeichen der Prosperität!“)

Sie wissen, eine kinderreiche Familie nimmt ein Villen- oder Hausbesitzer nur ungern oder überhaupt nicht, wenn er nicht durch ein Gesetz dazu verhalten werden kann, wenn er sich die Mieter selbst aussuchen kann. Da können Sie sicher sein. (Abg. S t ö f f l e r : „Aber Sie haben ja selbst dafür gestimmt! Hätten Sie, es doch verhindert!“) Herr Abg. Stöffler, Sie wissen ganz genau, daß das Gesetz nicht durch einen Beschluß aufgehoben wurde, sondern daß es nicht verlängert wird, weil die OVP nicht gewillt ist, es zu verlängern. Ein Tauschobjekt gegen das Außenhandelsverkehrsgesetz ist es nicht.

Hoher Landtag, ich möchte der ernststen Sorge Ausdruck geben, die uns nach dem Ablauf dieses Gesetzes mit Ende des Jahres bewegt. Wir wissen, daß wir mit einem solchen Gesetz nicht neue Wohnungen schaffen, aber daß es doch damit im beschränkten Ausmaß möglich war, wenigstens schwierige Fälle zu lindern. Ich frage den Herrn Abg. Hofmann-Wellenhof im Hinblick auf seine Reportage, was er dazu sagt, wenn, mit Ausnahme des beschränkten Neubaues, überhaupt keine Möglichkeit der Wohnungsbeschaffung besteht, wo diejenigen, die nicht 10.000 bis 15.000 Schilling auslegen können, mit ihrer Familie unterkommen werden? Das sind die Ursachen, warum wir sehr ernste Bedenken haben. Im übrigen wissen wir genau, daß die Schaffung neuen Wohnraumes nur davon abhängt, wie

weit es möglich sein wird, die Mittel in Zukunft für den Wohnungsbau zu erhöhen. (Lebhafter Beifall bei SPÖ.)

Abg. **Weidinger**: Ich wollte zuerst über das Wohnungs- und Siedlungsproblem nicht sprechen, nun gestatten Sie mir aber eine Beobachtung, die ich vor zwei Jahren gemacht habe. Da kam ein kleiner Schuhmachermeister zu mir mit einem Formular vom Landes-Wohnungs- und Siedlungsfonds und ersuchte mich als Bürgermeister, daß ich ihm diesen Antrag ausfülle. Auf meine Frage, woher er das Formular habe, gab er mir zur Antwort, von einem sozialistischen Abgeordneten. Es war der Herr Abg. Wernhart. Ich sagte dann: „Gehen Sie zu ihm und lassen Sie sich das Formular ausfüllen.“ Darauf sagte er: „Ich war dort, aber er hat verlangt, daß ich zur Partei gehe. (Rufe bei ÖVP: „Unerhört!“) Ich habe nachher diesen Antrag ausgefüllt und ich glaube, er fühlt sich jetzt in seinem Häuserl sehr wohl. Bitte noch ein Beispiel! Ein sozialistischer Funktionär, von dem ich kaum glaubte, daß er auf Grund seiner Parteidisziplin von der SPÖ nicht austreten wird; ist auch zu mir gekommen und ich habe ihm das Formular ausgefüllt ohne eine Bedingung zu stellen — damals wäre der Herr Landesrat Prirsch kompetent gewesen — und er fühlt sich ebenfalls in seinem Heim sehr wohl. Also werfen Sie uns nicht vor, daß nur von unserer Seite Parteipolitik betrieben wird.

Ich möchte kurz anschließen an das, was meine beiden Vorredner, Abg. Hafner und Abg. Wernhart, über unsere steirischen Straßenwünsche vorgebracht haben. Es ist uns allen klar, daß durch den ansteigenden Straßenverkehr unsere Straßen immer mehr an Bedeutung zunehmen, nicht für den Fußgeher, für unsere Kraftfahrzeuge in erster Linie. Ich habe vor kurzem versucht, auf einer sehr belebten Straße die Fußgeher zu zählen, und es hat 7 km gedauert, bis ich einem Fußgeher begegnet bin. Wir sehen, daß die Straßen immer mehr belastet und immer mehr in Anspruch genommen werden und daß wir infolge des steigenden Verkehrs mit unseren Wünschen niemals voll und ganz bestehen werden, weil hier ein gewaltiger Unterschied zwischen Verkehrsentwicklung und Straßenbau ist, und weil die zur Verfügung stehenden Mittel beschränkt sind. Es wurde auch von uns die Wechselbundesstraße besprochen, welche in einem trostlosen Zustand war, und ich möchte hier in diesem Zusammenhang danken, daß es uns gelungen ist, unter Führung des Herrn Landeshauptmannes und einiger Bürgermeister und unseres Bezirkshauptmannes vom Bezirk Hartberg beim Ministerium draußen vorzusprechen und zu erreichen, daß wenigstens das schlechte Stück der Wechselbundesstraße, und zwar das Stück zwischen Hartberg bis Friedberg, zumindest vorübergehend staubfrei und fahrbar gemacht wird. Denn der vorhergehende Straßenzustand war nicht entsprechend. Und damals wurde uns dieser Wunsch erfüllt und stattgegeben. Man hat diese Straße in ihrem ursprünglichen Zustand als vorübergehende Lösung staubfrei gemacht. Es ist selbstverständlich, daß heute diese Straße eben schon wiederum zu schmal ist. Ich möchte hier wirklich herzlich dafür danken, daß sich der Herr Landeshauptmann ver-

wendet hat. Dieses Gebiet ist auch landschaftlich sehr, sehr schön und für den Fremdenverkehr von ganz besonderer Bedeutung. Die Verbindung Wien—Graz ist hier auch wesentlich günstiger als über den Semmering und außerdem hat diese Straße internationale Bedeutung, weil sie von der Tschechoslowakei über Wien nach Italien die günstigste Verbindung darstellt. Es wurde auch über die Umfahrung von Hartberg gesprochen und der Kollege Wernhart hat festgehalten, daß es unser Wunsch wäre, so rasch als möglich die Umfahrungen Hartberg und Grafendorf durchzuführen. Was die Umfahrung Grafendorf betrifft, da muß ich als Bürgermeister sagen, daß es wohl sehr zu überlegen ist, ob nicht eine Umfahrung in Zukunft mehr Nach- als Vorteile mit sich bringt. Die Geschäftswelt steht auf dem Standpunkt, daß durch eine Umfahrung ein Ort auf die Seite gestellt wird, andererseits stehe ich selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß durch die Umfahrungen mehr Vorteile als Nachteile erwachsen. Der Verkehr wird auch nicht auf dieser Stufe bleiben, wo er heute ist, sondern er wird ansteigen, so daß man überhaupt sagen könnte, die jetzt durchgeführten Maßnahmen werden für die Zukunft für den Fremdenverkehr nicht mehr in Betracht kommen. Wenn ich hier eine Bitte vorbringen darf, dann soll es die sein, daß man diese Straßenstücke der Bundeswechselstraße, wenn nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen und die alte Trasse bliebe, ausbaut, weil man da verhältnismäßig längere Stücke ausbauen kann.

Wir wissen, das Problem des Straßenbaues wird ein immer größeres werden. Wenn der Bund nicht einmal den Wünschen entspricht, und nicht das Land, dann noch weniger die Gemeinden, die mehr als Bund und Land durch die Straßenbauten belastet sind. Wir haben statistisch festgestellt, daß wir reine Landgemeinden haben, die bis zu 35 Meter Gemeindeweg pro Kopf zu erhalten und auszubauen haben. Wir haben Gemeinden in meinem Bezirk, die 130 km Gemeindewege zu erhalten haben. Wenn Landeshauptmannstellvertreter Horvatek gesagt hat, das Land könne einen 50%igen Anteil an der sogenannten Mineralölsteuer haben, so möchte ich bitten, daß auch die Gemeinden einen Anteil davon bekommen würden. Sie werden heute keine Gemeindestraße nennen können, die nicht mit einem Kraftfahrzeug befahren wird, daher wäre es nur recht und billig, wenn auch die Gemeinden, diese kleinen, finanzarmen, schwachen Landgemeinden einen Anteil an dieser sogenannten Mineralölsteuer hätten. (1. Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Als Finanzreferent muß ich in erster Linie für das Land sorgen.“) Wir können uns bescheiden, als Bürgermeister der Gemeinden diesen Wunsch vorzubringen. (Landesrat Prirsch: „Sie lehnen also ab!“) Ich möchte also bitten, daß bei künftigen Straßenbauten, sei es Bundes- oder Landesstraßen, man die Oststeiermark nicht vergißt, in diesem Tempo wie jetzt weiterbaut und dieses Tempo vielleicht noch irgendwie steigert.

Präsident: Gemäß Vereinbarung der Obmännerkonferenz teile ich mit, daß es nicht beabsichtigt

ist, das Kapitel 6 heute noch zu beenden. Ich schließe daher die heutige Sitzung. Sie wird morgen um 9 Uhr fortgesetzt.

Schluß der Sitzung um 19 Uhr 55 Minuten.

Wiederaufnahme am 23. Dezember um 9 Uhr 15 Minuten.

Landesrat **Brunner**: Ich habe noch kurz eine Feststellung zu machen. Landeshauptmannstellvertreter Horvatek hat gestern aus der Vervielfältigung eines Protokolls der Sitzung des Landesfremdenverkehrsvereines von Steiermark in Schladming mitgeteilt, daß ich behauptet habe, das Land wäre unter Umständen gezwungen, selbst im eigenen Wirkungskreis eine Mineralölsteuer einzuführen. Nun, ich war mir voll und ganz bewußt, daß das Land auf diesem Gebiet keine Steuerhoheit hat und bin entweder schlecht verstanden worden oder es hat sich die Stenotypistin geirrt. Ich habe dasselbe erklärt wie der Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß die Mineralölsteuer eine Zwecksteuer ist, die ursprünglich 50 : 50 zwischen Bund und Ländern aufgeteilt war; durch die Zuschläge des Bundes erhält das Land nur mehr 10%. Sonst habe ich nichts gesagt und bin im übrigen der Meinung, daß sich der Bund wahrscheinlich wegen der großen Inanspruchnahme der Mittel für die Straßen nicht entschließt, den Ländern einen höheren Anteil aus dieser Mineralölsteuer zuzubilligen. Diese Richtigstellung wollte ich treffen.

Landeshauptmann **Krainer**: Im Laufe der gestrigen Budgetdebatte wurde das Glattjochprojekt vom Abg. Lackner ausführlich behandelt und so dargestellt, als habe man nun endlich erkannt und vor allem er habe erkannt, wie notwendig der Ausbau dieser Verbindung vom Ennstal ins Murtal wäre. Ich möchte dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen, daß das Projekt eines Überganges vom Ennstal ins Murtal — hiefür gibt es zwei Übergänge, den über das Glattjoch und den über den Sölkerpaß — seit Jahrzehnten von der örtlichen Bevölkerung diskutiert und gefordert wird.

Ich hatte bereits im Jahre 1949 Gelegenheit, mit dem zuständigen Referenten Dipl.-Ing. Udier und Landesbaudirektor Hazmuka an Ort und Stelle diese beiden Übergänge Glattjoch und Sölkerpaß zu besichtigen. Das Landesbauamt hat in derselben Zeit, also im Jahre 1949, durch seine Ingenieure Erhebungen durchführen lassen und ein provisorisches Projekt ausgearbeitet. Der Augenschein hat ergeben, daß der Übergang über das Glattjoch landschaftlich schöner, aber wegen der vielen Kunstbauten auch bedeutend kostspieliger ist. Die Linie von Westen nach Süden zeigt außer Zweifel über das Glattjoch die kommende zu erbauende Straße an. Die Ennstaler und Murtaler haben örtlich verschiedene Ansichten und Meinungen und es hat dazumal, als wir diese Stellen in Augenschein genommen haben, sofort eine heftige Diskussion der oberen und unteren Ennstaler, der Murauer und Oberwölzer eingesetzt. Beide waren der Meinung, ihr Projekt sei das vernünftigeres. Es war erkennbar, daß die Propaganda für die eine oder andere Straße eine unnötige Diskussion und Leidenschaft auslöste und daher war es die Meinung des Landesbaudirektors, des politischen Referenten, Landeshauptmannstellvertre-

ter Udier, und auch meine Auffassung, man soll in aller Stille dafür eintreten, daß grundsätzlich ein Übergang diese beiden Täler verbinden soll und daß ein Projekt ausgearbeitet werden soll, daß man aber in einer öffentlichen Debatte nur den einen oder anderen Teil beunruhigt, eine solche Beunruhigung aber sinnlos ist, solange nicht die notwendigen Geldmittel für den Bau einer solchen Straße, die sich auf 100 bis 160 Millionen Schilling stellen, sichergestellt sind. Es ist also nicht so, daß das Projekt erst von gestern oder vorgestern oder vor einem Jahr her stammt, sondern daß es in Wirklichkeit ein jahrealtes Projekt ist. Es ist selbstverständlich jedem Abgeordneten dieses Hauses vorbehalten, sich für das eine oder das andere Projekt einzusetzen, aber wenn das Straßenbauen so einfach wäre, wie das der Abg. Lackner zum Ausdruck gebracht hat, dann hätten wir schon längst einen Übergang vom Ennstal ins Murtal.

Er hat bemängelt, daß der Generalredner der Volkspartei Bedingungen an den Bau der Glattjochstraße geknüpft hat. Ich kann Sie versichern, diese Bedingungen waren sehr wohl überlegt. Der Herr Abg. Lackner hat gestern eine Reihe von Projekten, zum Beispiel auch die Prebichl-Straße angeführt, daß sie ausgebaut werden soll, daß die Hohentauern-Straße ausgebaut werden soll und er hat noch eine Reihe anderer Straßenbereinigungen verlangt. Ich weiß, daß vor etwa 10 Tagen der Bürgermeister der Gemeinde Hohentauern, ein Sozialist, die Abgeordneten aller Parteien zusammengerufen und dabei die Forderung aufgestellt hat — übrigens eine durchaus berechtigte Forderung — es müsse die Hohentauern-Straße in Ordnung gebracht werden. Ich möchte nun fragen, was wollen wir überhaupt? Wollen wir nur vom Straßenbau reden oder ernstlich Straßen bauen? Ich bin der Meinung, die Bevölkerung des Enns- und Murtales ist kein Spielzeug, wir dürfen den Leuten nicht etwas vormachen, das nicht zu verwirklichen ist. Wir müssen systematisch an den Ausbau unserer Straßen herangehen, weil wir nicht nach dem Eifer, mit dem einige Abgeordnete da oder dort ein Straßenprojekt vertreten, vorgehen können, sondern nur nach den für den Straßenbau zur Verfügung stehenden Geldmitteln. Im vorigen Jahr waren es 110 Millionen Schilling, die der Bund für den Ausbau der Bundesstraßen zur Verfügung gestellt hat, und dieses Geld müssen wir sehr wohlüberlegt ansetzen.

Wenn der Generalredner der OVP an den Bau der Glattjochstraße Bedingungen geknüpft hat, so deshalb, weil es unsere Überzeugung ist, daß die Straßenzüge vom Westen nach dem Süden immer an erster Stelle stehen. Als erstes käme da in Frage ein Übergang über den Pötschen bis nach Leoben und es ist ganz klar, daß eine gründliche Ordnung und ein gründlicher Ausbau dieser Straße notwendig ist. Wenn dieser Ausbau vollendet ist oder wenn beide Bauten möglich wären, dann würden wir ja gerne sägen beide. Aber es ist gar kein Zweifel, daß, wenn dieser Straßenzug vom Westen nach dem Süden in Ordnung gebracht ist, daß dann der Übergang vom Ennstal ins Murtal unser nächstes Ziel sein muß. Wir müssen inzwischen aber auch noch selbstverständlich und notwendigerweise

die Tauernstraße in Ordnung bringen, den Übergang von Trieben ins Pölsertal. Dort sind tatsächlich katastrophale Zustände, und nachdem nun in den letzten Wochen die notwendigen Sicherungsarbeiten im Zusammenhang mit der Wildbachverbauung gemacht worden sind, wird man dazu übergehen können, ohne weitere Rutschgefahr diese Straße instandzusetzen. Man soll niemandem vortäuschen, daß wir im kommenden Jahr, weil es zufällig ein Wahljahr ist, im Stande sein würden, die Straße über den Prebichl, über den Tauern, über das Glattjoch und die Straße vom Westen nach dem Süden in Ordnung zu bringen, denn das sind ja Ausgaben in der Größenordnung von 300 bis 400 Millionen Schilling und insgesamt werden uns vielleicht 120 Millionen zur Verfügung stehen. Wir dürfen uns da nichts vormachen und auch der Bevölkerung nichts vormachen. Wenn eine Oppositionspartei eine solche Forderung aufstellt, verstehe ich das, aber wenn eine Partei, die im Lande und im Bund die Verantwortung mitträgt, solche Forderungen aufstellt, dann muß man sagen, es kommt beinahe einer Entwürdigung dieses Hohen Hauses gleich, wenn man in einer solchen Art und Weise Forderungen aufstellt. (Abg. B a m m e r : „Und Abgeordneter Hegenbarth mit seiner Forderung der Gleinalpenstraße?“)

Es wurde gestern in der Debatte auch folgendes bemerkt, und zwar hat mich das irgendwie merkwürdig berührt. Es ist das erste Mal, daß von Parteienverhandlungen, die oft sehr harte aber notwendige Auseinandersetzungen bringen, Ergebnisse oder einzelne Erscheinungen hier in diesem Hohen Hause zur Kenntnis gebracht worden sind. Wenn man glaubt, daß man einen solchen Weg einschlagen muß, dann glaube ich, daß das die Zusammenarbeit außerordentlich erschweren würde, und das würde bestimmt nicht dem Interesse des Landes dienen.

Ich möchte auch noch einen Zwischenruf von gestern richtigstellen. Es hat der Herr Abgeordnete Bammer erklärt, daß die Wohnungszahlen in Leoben und die Erhebungen, die der Rechnungshof angestellt hat, nicht stimmen. Er hat versucht, zu erläutern, wie eine solche Diskrepanz zustande gekommen ist. Ich habe einen Zwischenruf gemacht, der gelaftet hat, „die Zahlen des statistischen Amtes seien auf das Haar gleich mit denen, die die Gemeinden angegeben haben“. Ich möchte festhalten, daß hier nicht die Zahlen gemeint waren, die beim Wohnungs- und Siedlungsamt aufscheinen, sondern die, die beim statistischen Amt aufscheinen. Scheinbar haben Sie die Zahlen von Leoben, die der Rechnungshof errechnet hat, und die des statistischen Amtes, die nicht gleich sind. Das war das, was ich mit meinem Zwischenruf festhalten wollte.

Ich bitte also, wir werden immer gemeinsam, und alle, die hier im Hause vertreten sind, mit Ausnahme des Herrn Abgeordneten Pölzl vielleicht, immer bereit sein, sowohl auf dem Straßensektor, wie auch auf allen übrigen Sektoren unsere Pflicht zu erfüllen. Wir sollen aber bei unseren Plänen das, was wir für notwendig und richtig im Interesse unseres Landes halten, uns sehr gewissenhaft zu-

rechtlegen und uns nicht hinreißen lassen, nur deshalb, weil ein Wahljahr kommt, die Bevölkerung zu täuschen. (Beifall bei OVP.)

Abg. Dr. Rainer: Hoher Landtag! Die Äußerung des Herrn Abg. Hofmann, in welcher er gestern dem Gewerbetreibenden bzw. dem Angehörigen des Wirtschaftsbundes in Feldbach ein unsoziales Verhalten vorgeworfen hat, veranlaßt mich, hiezu etwas zu sagen. Es konnte leicht der Eindruck entstehen, daß es nur in Kreisen der Gewerbetreibenden oder Wirtschaftsbundmitglieder solche Menschen gibt. Es paßt mit einer Äußerung des Abg. R ö s c h zusammen, der zum Abg. H e g e n b a r t h erklärte: „Es tut mir leid, wir werden uns in Zukunft nicht mehr sehen. Nachdem Sie diese Äußerungen abgegeben haben, wird der Wirtschaftsbund Sie sicher nicht mehr im Rahmen der OVP. aufstellen.“ (Abg. R ö s c h : „Sie haben schlecht geträumt.“) Abgeordneter Hegenbarth hat uns das erzählt. Es könnte leicht der Eindruck entstehen, daß auf der einen Seite die Sozialen und Anständigen sind, auf der anderen Seite aber die, die Geld haben und unsozial sind.

Ich will ein Beispiel anführen, das sich bei uns in Liezen zugetragen hat, das immerhin ein gewisses unsoziales Verhalten zeigt. Ich will daran nicht die Vermutung knüpfen, daß alle, die in derselben Funktion sind, so sind. In Liezen war seit 1946 ein Leiter des Arbeitsamtes, er war jahrelang Obmann der SPO, hatte als Alleinstehender eine Vierzimmerwohnung. Von 1951 bis 1953 war er nicht in Liezen tätig, sondern in Mürzzuschlag und trotzdem hat er sich nicht dazu bereit erklärt, ein Zimmer oder zwei in Untermiete abzugeben. (Hört, hört! Rufe bei der OVP.) Der Zweite hat in Liezen eine große Wohnung. Er ist heute noch verantwortlicher Mitarbeiter der Ortsgruppe. (Zwischenrufe bei SPO: „Bei euch vielleicht, bei uns nicht mehr!“) Es hat lange gebraucht, bis es so weit war. Das ist der eine Fall. Mitglied ist er noch, auch Leiter des Arbeitsamtes. (Abg. T a u r e r : „Kontrollieren Sie unsere Mitgliederlisten?“) Selbstverständlich (Heiterkeit), das ist nicht verboten, wir sind gut informiert, wer bei Ihnen Mitglied ist oder nicht. Nun der zweite Fall! Liezen hatte 1938 2300 Einwohner, heute sind es 5000. Die Wohnungsnot ist daher selbstverständlich. Daß es Leute gibt, die Jahre und fast Jahrzehnte auf eine Wohnung warten, ist verständlich. Als nun vor einigen Jahren der neue Bezirkssekretär nach Liezen kam, ist schon die Wohnung bereit gestanden, bevor er seinen Dienst angetreten hat. Er ist heute noch Bezirkssekretär. (Abg. W u r m : „Könnten Sie mir die Adresse des Bezirkssekretärs in Liezen angeben?“) Er ist Parteisekretär. (Abg. B a m m e r : In welchem Jahr ist er hingekommen?“) In Liezen wurde von Landesrat Matzner das neue Gebäude der Arbeiterkammer eingeweiht (Landesrat Fritz M a t z n e r : „Diese Würde kommt mir nicht zu“) oder feierlich eröffnet worden, Herr Landesrat, Wenn man sich das Kammeramtsgebäude der gewerblichen Wirtschaft anschaut, müßte man zum Schlusse kommen, daß auf der einen Seite mehr Geld vorhanden ist als auf der andern. Es ist für uns eine große Beruhigung, daß der Bezirkssekretär der SPO in entspre-

chend schönen Räumen untergebracht ist, er wird ja von den sauer verdienten Groschen der Arbeiter bezahlt. (Gegenrufe bei SPO.)

Noch ein Wort an Herrn Abg. Lackner. Der Landeshauptmann hat schon seine Stellungnahme abgegeben, ich möchte aber noch einmal feststellen, daß für die Gemeinden des Donnersbachtals in den letzten Jahren viel geschehen ist, es ist ein Notstandsgebiet, weil Bergbauern dort sind. Wenn Sie etwas Zusätzliches machen wollen, dann setzen Sie in Ihrer Fraktion durch, daß im Laufe der Budgetdebatte unter Gruppe 7 ein entsprechend höherer Betrag für landwirtschaftliche Förderungsmaßnahmen ausgeworfen wird. Das ist das erste, was zu tun wäre. (Beifall bei OVP.)

Abg. **Lackner**: Hohes Haus! Ich bin genötigt, noch einmal kurz dazu Stellung zu nehmen. Die Rede des Herrn Landeshauptmannes hat den Eindruck erweckt, als wenn ich so irgendein Projekt herausgegriffen hätte. Ich habe aber, wie aus dem Protokoll hervorgeht, genau korrekt die Entwicklung dieses Projektes geschildert und habe erklärt, daß schon 1933, als ich es mir nicht träumen ließ, daß ich in diesem Hohen Hause sitzen werde, der Bürgermeister von Donnersbach, Kommerzialrat Zettl, das Projekt aufgegriffen hat. Ich habe nie darauf Anspruch genommen, daß ich der Erfinder des Projektes sei oder der alleinige Initiator. Ich habe lediglich erklärt, unsere Fraktion stehe, zu diesem Projekt. Aber es wird mir der Vorwurf gemacht, daß man die Bevölkerung in Unruhe versetzt, um einen Wahlschlag anzubringen. Ich muß das auf das entschiedenste zurückweisen. Lange, bevor ich dazu gesprochen habe, hat es große Versammlungen gegeben, wo nicht ich dort vertreten war, sondern die Vertreter der OVP. Lassen Sie sich die Tonbänder der Interessenvertretung der Glattjochstraße vorführen. Sie werden Ihre Stimmen hören. (Landeshauptmann **Krainger**: „Ich zahle Ihnen etwas, wenn Sie meine Stimme aus dem Tonband hören.“) Ich erkläre, daß bei der Hauptversammlung Abgeordneter Ertl und Nationalrat Pötsch anwesend waren. Wenn man mir hier den Vorwurf macht, Spielball zu treiben mit der Bevölkerung, so war das ein Bumerang, das heißt, man hat viel an Unterstützungen usw. versprochen und hier im Hohen Hause, wo es nur darum geht, einen Beschluß zu fassen und an die Landesregierung heranzutreten, redet man anders. Das ist Spielballtreiben! Wenn ich dort sage, ich werde die Sache nach Möglichkeit unterstützen, muß ich auch hier dasselbe tun. Ich muß noch einmal den Brief des Herrn Bundesministers Dr. Illig an den Landeshauptmann von Steiermark vorlesen, da heißt es ausdrücklich: „Sehr verehrter Herr Hofrat! Im Sinne unserer seinerzeitigen Vorsprache, betr. die Verwirklichung des Glattjochstraßenprojektes, habe ich bei Herrn Minister Dr. Illig, der der Angelegenheit freundlich gegenübersteht, interveniert, und von ihm unter dem 23. Dezember 1954 folgende Mitteilung erhalten: „Auf Dein Schreiben vom 16. November 1954 möchte ich vorerst feststellen, daß ich bereits zum Projekt der Glattjochstraße wesentlich beigetragen habe dadurch, daß ich durch mein Ministerium unter Aufwand namhafter Mittel

die Flugaufnahmen durchführen ließ. Die Unterstützung des Projektes aus Bundesmitteln ist jedoch erst möglich, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hiezu geschaffen werden, das heißt, dieser Straßenzug im Bundesstraßengesetz als Bundesstraße angeführt ist. Ein Hindernis für die Projektierung wird wohl auch darin bestehen, daß sich bisher die Landesregierung weder für die Glattjoch- noch für die Sölkpaßstraße entschieden hat. Daraus resultiert wohl auch, daß die Steiermärkische Landesregierung bisher nichts zur Verwirklichung der Projekte beigetragen hat. Den Beitrag zur Projektierung durch Flugaufnahmen hat das Handelsministerium geleistet. Trotz allem will ich hoffen, daß sich ihr Straßenprojekt günstig entwickelt. Die Zeit wird sicher auch ihre Absichten unterstützen.“ Dieser letzte Satz ist auch der, den ich schon gestern verlesen habe. Ich möchte dazu betonen, ich stehe mitten in einem Betrieb und weiß daher, was Planung ist und was für ein Arbeitspensum da zu bewältigen ist, bevor man so etwas in Angriff nehmen kann. Aber dazu ist zu sagen, hier handelt es sich ja nur darum, daß sich die Steiermärkische Landesregierung endlich einmal entscheidet, um sonst nichts geht es ja hier. Da hat nun das Bundesministerium ein Projekt ausgearbeitet, das kostet 300.000 S. Wenn die Bevölkerung nun erfährt, daß das entschieden ist, dann kann sie sich auch entsprechend vorbereiten in Bezug auf den Fremdenverkehr und sie wird Investitionen tätigen und wird beginnen, etwas zu machen. Zur Zeit hat die Bevölkerung da oben ja gar nichts. Es ist nicht einmal möglich, eine heimische Industrie auszubauen. Wenn man aber hergeht und das nun mir in die Schuhe schiebt, so brauche ich nur auf die Briefe verweisen, die ich habe, wo man sich auch für das Projekt eingesetzt hat. Und nun zu den sachlichen Auseinandersetzungen.

Der Herr Landeshauptmann sagt, es sei zu kostspielig. Das ist nicht wahr. Die Fachleute sagen ganz etwas anderes. Ich möchte dazu nur die Stellungnahme des Arbeitsamtes Liezen anführen oder Herr Landeshauptmann, wollen Sie den Erbauer der Großglocknerstraße, Herrn Hofrat Wallack, der eine Größe für Österreich ist, vielleicht auch als Fachmann bezweifeln? Er hat diese Strecke zweimal schon begangen und sich ganz entschieden für das Glattjoch ausgesprochen. Ich habe da auch eingangs erwähnt, wir würden auch die Sölktastraße begrüßen (LR. **Prirsch**: „Grundsätzlich alle zwei!“), weil sie auch der Bevölkerung dienlich sein würde.

Es heißt hier in der Stellungnahme des Arbeitsamtes Liezen konkret: (LH. **Krainger**: „Das sind die Fachleute!“) „Bei den Stellen des Landes und des Bundes müssen Schritte unternommen werden, das das Vorhaben aus dem Stadium der theoretischen Projektierung in das der praktischen Planung gebracht wird. Das Vorhaben müßte in einen zehnjährigen Arbeitsbeschaffungsplan des Landes und des Bundes aufgenommen und zeitlich vorgereicht werden. Schon für diesen Winter könnten die ersten Arbeiten, unterstützt aus Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge, zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit eingesetzt werden (Zwischenruf bei

OVP.: „Dort oben in 2000 Meter Höhe!“) Die Planung des Gesamtprojektes müßte auf einer absehbaren Realisierung des Baues aufbauen“. Bitte, Herr Landeshauptmann, ich stelle Ihnen die fachlichen Gutachten zur Verfügung, die alle dafür stimmen. Aber ich kann es mir nicht gefallen lassen, daß man mich nachträglich als den hinstellt, der Unruhe in das Ganze hineinträgt und etwas verspricht, was Ihre Vertreter schon vorher versprochen haben. Ich weiß, daß verschiedene andere Stimmen in ihren Reihen laut werden, aber ich möchte erinnern, daß der Minister Dr. Illig der ist, der auch als Förderer der Autobahn erklärt hat, wenn sie bis Wien fertig wird, werde sie über Graz bis Italien gebaut werden. Wir begrüßen auch dies, weil Straßenbauten ja immer lohn- und arbeitsintensive Unternehmen sind, aber ich frage Sie umsomehr, werden Sie den ganzen Verkehr durch dieses Gebiet leiten, und was ist dann mit dem Oberland los? Sind Sie für die Sache nicht auch zuständig, Herr Landeshauptmann? Es ist dies ja kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit wegen der fortschreitenden Verkehrsdichte.

Im übrigen: Prebichl und Triebnerpaß, das habe ich ja alles angeführt, das sind Probleme, die in ihrer Größenordnung auch berücksichtigt werden müssen. Aber ich habe nichts unterlassen. (Zwischenruf: „Ja eben!“) (Gelächter) (Abg. A f r i t s c h : „Immer das geistlose Lachen bei ernstesten Dingen!“) Eines habe ich unterlassen, ich hätte auch die Möglichkeit dazu gehabt, die Rede des Abgeordneten Dr. Rainer zu verlesen vor den Bürgermeistern in Scheifling. Der Herr Präsident Scheer und der Herr Kollege Ertl werden mir bestätigen, daß ich es in einer Form gemacht habe, die mehr als tolerant war (LH. K r a i n e r : „Wir wissen ja, was Sie in Versammlungen gesagt haben!“), und da muß man sich trotzdem unterschieben lassen, daß man die Bevölkerung unruhig macht. Ich muß ehrlich sagen, ich finde es sehr eigenartig, wenn man zu den Bürgermeistern hinausgeht, ihnen Honig um den Mund schmiert und hinter verschlossenen Türen weiß man dann von nichts. Das ist der Schluß dieser Sache.

Wir werden aber auch in Zukunft nicht ruhen und dieses Projekt doch noch seiner Verwirklichung zuführen. Daß das nicht von heute auf morgen geht, weiß ich ja. Trotz alledem werden wir es uns als Sozialisten niemals gefallen lassen, daß man uns wegen dieser Methoden der ÖVP die Entwürdigung des Hauses vorwirft. Trotzdem werden wir aber für diese Gruppe stimmen, weil sie, wie gesagt arbeits- und lohnintensiv ist und beiträgt zur Hebung des Wohlstandes und zur Beseitigung der Verkehrshindernisse in Steiermark. (Beifall bei SPO.)

Abg. Ertl: Hohes Haus! Nachdem ich im Zusammenhang mit dem Glattjoch schon einige Male zitiert wurde, finde ich es notwendig, auch dazu Stellung zu nehmen. Ich habe die Einladung zu dieser Hauptversammlung der Glattjoch-Proponenten in Scheifling auch bekommen und habe sofort die erste Gelegenheit benutzt, um den Herrn Landeshauptman zu fragen, wie er sich zu dieser Sache

stellt. Er hat mir darauf geantwortet, sobald die wirtschaftliche Überprüfung gegeben erscheint und die finanziellen Verhältnisse annähernd gesichert sind, wird man selbstverständlich wohlwollend auch dieses Projekt in Angriff nehmen. Ich wurde in Scheifling bei dieser Versammlung gefragt und habe, wie auch der Herr Präsident Scheer bezeugen kann, bei dieser Gelegenheit diese Stellungnahme des Herrn Landeshauptmannes wiedergegeben. Es wurden dann verschiedene Debatten abgeführt und der Herr Präsident Scheer hat dann den Vorschlag gemacht, einen gemeinsamen Antrag im Landtag einzubringen. Ich habe meine Zustimmung hiezu vorbehaltlich der Zustimmung meines Klubs gegeben. Ich habe gesagt, ich werde bei nächster Gelegenheit meinen Kollegen die Angelegenheit vortragen, und kann daher nur vorbehaltlich der Genehmigung meines Klubs meine Zustimmung geben.

Meine Damen und Herren! Vorigen Samstag war ich zu einer Besprechung nach Trieben eingeladen und da habe ich den Eindruck gehabt, daß das mehr oder weniger eine sozialistische Angelegenheit ist, weil die Mehrheit der Anwesenden Sozialisten waren. Es waren einige Herren dort, da hat der Herr Bürgermeister Hofbauer gesagt, es ist dringend notwendig, so rasch als möglich Abhilfe zu schaffen, unsere Feuerwehr ist täglich unterwegs, weil an jedem Tag ein Unglück war, es muß diese Straße entsprechend der Frequenz und Beanspruchung hergerichtet werden, weil wir sonst in Schwierigkeiten kommen. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß vor dem Glattjochstraßenprojekt die Tauernstraße in Ordnung zu bringen ist. Was ist vordringlicher und was ist wichtiger? Vor allem war es wichtig, die Tauernstraße herzurichten.

Ich möchte noch kurz auf die Ausführungen des Herrn Abg. Lackner kommen und es offen und ehrlich sagen, ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß hier wirklich ein bißchen Politikum dahintersteckt. Wenn man hinausgeht in das Gebiet und will den armen Bergbauern helfen, damit sie ihre Lebensverhältnisse verbessern können, so muß ich sagen, daß diese Möglichkeit längst gegeben ist. Es ist aber tieftraurig, wenn man die Lebenshaltung dieser Bergbauern heute betrachtet, so ist sie in keinem Vergleich zur Lebenshaltung anderer Berufsgruppen. Man spricht viel von einem Kultur- und Sozialstaat, aber wenn man die Lebenshaltung dieser Bauern betrachtet, muß ich offen sagen, sie stellt eine Kulturschande für Österreich dar. Von früh bis spät müssen sie arbeiten und schaffen. Der Generalredner der SPO. hat in seiner Generalrede ausdrücklich betont, wenn die Sozialisten von der Landwirtschaft sprechen, kämen nur die Arbeitsmenschen für sie in Betracht. Das hat Abgeordneter Taurer gesagt. Wir sind ausgesprochene Bergbauern und die Bitte der Bergbauern, ihre Existenz zu erleichtern, wird von Ihrer Seite nicht gehört. Eine Erhöhung des Milchpreises würde in erster Linie ihre Existenz verbessern und erleichtern. (Abg. T a u r e r : „Für die Produzenten ja, aber nicht für die Großhändler!“) Ihr Betriebsobmann aus dem Oberlande hat sich stets bemüht gefunden, bei der Bezirkshauptmannschaft von Judenburg vorzusprechen und zu warnen. (Abg. St ö f f-

ler: „Kommt zu uns, dann geht es Euch besser, das heißt, daß Sie dann etwas übrig hätten für die Bauern, wenn sie ein rotes Parteibüchel in der Hand haben. Das haben Sie in der Generaldebatte doch erklärt!“ (Abg. Wurm: „Die Bergbauern haben keine Marktleistung, er arbeitet praktisch nur für seine Familie!“) (Abg. Stöffler: „Weil der sozialistische Parteisekretär sagt: Werdet rot, dann geht es Euch besser!“) (Verschiedene Zwischenrufe. — Lärm. — Präsident mahnt zur Ruhe.) Ich muß noch einmal ausführen, daß gerade der Betriebsratsobmann der Obersteiermark sich bemüht gefunden hat, beim Bezirkshauptmann vorzusprechen und zu warnen: „Wenn der Milchpreis um einige Groschen teurer wird, dann werdet Ihr etwas erleben!“

Abg. Wurm hat gesagt, die Bergbauern haben keine Marktleistung. Darf ich Ihnen beweisen, daß der Milchhof in Graz eine Anlieferung von 78.000 Liter Milch täglich hat, der Mitgliederstand der Lieferanten beträgt 7000, die durchschnittliche Anlieferung 12 Liter. Sind das nicht Kleinbauern, die mit 1, 2, 3 Kühen die entsprechende Marktleistung an den Tag legen? Soll man diesen armen Teufeln nicht helfen? So schaut die Hilfe der Sozialisten für die Bergbauern aus! Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß hinter diesen großen Straßenforderungen, wo jeder Vernünftige sagen muß, das können wir auf einmal nicht machen, (1. LH.-Stellvertreter Horvatek: „Wer erklärt denn, daß es auf einmal geschehen soll?“) ein Politikum steckt. (Beifall bei ÖVP.)

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Udier: Hoher Landtag! Es war bisher üblich, daß ich zu Beginn dieser Gruppe einen Überblick über den Umfang der Bautätigkeit im Lande gegeben habe. Diesmal habe ich es unterlassen, weil ich vernommen habe, daß Wünsche da und dort vorhanden sind und es für mich interessant ist, zu hören, welche Wünsche auftauchen, um dazu Stellung zu nehmen.

Wenn ich zum Straßenproblem ein paar Worte verlieren will, so darf ich vorerst auf die hier im Hohen Hause vorgebrachten Wünsche eingehen und sagen, Sie haben selbst dargetan, daß wir im ganzen Lande feststellen müssen, daß es notwendig wäre, mehr Straßen zu bauen, die Straßen besser zu richten und da und dort Verbesserungen und Neuerungen anzubringen. Der eine spricht für die Oststeiermark, der zweite für die Weststeiermark, der dritte für die Obersteiermark, obwohl wir wissen, daß in ganz Steiermark ein großes Straßennetz vorhanden ist, das wir bemüht sind dem Verkehr anzupassen. Leider sind die Mittel nicht in dem Ausmaße vorhanden, als es zweckmäßig und notwendig wäre. Wir hören immer wieder in der Budgetdebatte, daß der gute Wille da ist, Gelder für den Straßenbau bereitzustellen. Wir müssen uns — und ich als Baureferent habe es gelernt, mich zu bescheiden — der Lage des Budgets anpassen. Wie wir einleitend gehört haben, bewirkt das enorme Anwachsen des Motorverkehrs, die steigende Zahl der Motorfahrzeuge auch eine erhöhte Belastung der Straßen. Geschwindigkeit und Tonnage bilden einen weiteren wesentlichen Faktor bei

der Erhaltung der Straßen. Wir dürfen nicht übersehen, daß wir vereint trachten müssen, noch und noch Mittel zur Verfügung zu stellen, um dem Straßenbau gerecht zu werden und den Anforderungen, die hier gestellt werden, nachzukommen. Es sind hohe Beträge und jeder, der ein wenig mit Politik zu tun hat, wird erschrecken, wie es am Lande passiert, wenn man einem Wunsch gleich die Ziffer entgegenhält, die die Erfüllung des Wunsches kostet.

Wir alle wissen, daß hier zu wenig oder nicht ausreichend genug geschieht. Wenn im vergangenen Jahre die durch das Landesbauamt verbaute Summe im Lande Steiermark 423 Millionen Schilling ausmachte und zwar um 20 Prozent mehr als im Jahre 1954 und davon 192 Millionen Schilling für Straßen und 23 Millionen Schilling für Brücken, die auch noch zum Verkehr dazugehören, verbraucht wurden, so sehen wir, daß die Summe der Gelder, die aufgewendet wird, eine beachtliche ist. Über diese kommen wir nicht hinweg und jeder, der eine Verantwortung trägt, soll sich diese Ziffern vor Augen halten, wenn er draußen bereit ist, etwas zu versprechen, was nicht zu halten ist.

Ich zähle nicht zu jenen, die als Phantasten Straßen bauen da und dort und genau wissen, daß das Geld dafür nicht zur Verfügung steht. Die Möglichkeiten, oder besser gesagt die Notwendigkeiten, die wir feststellen, müssen ja immer wieder eingeschränkt werden, weil die Mittel nicht vorhanden sind. Und daher müssen wir uns auch bei der Äußerung von Wünschen ein wenig bescheiden. Und wenn dann in großzügigster Form zum Ausbau der Bundesstraßen, über den wir doch in den letzten Jahren nicht klagen können — denn der Bund hat ja 110 Millionen allein im vergangenen Jahr aufgewendet —, Mittel zur Verfügung gestellt werden, dann können wir nicht in einem Atemzug verlangen, daß die Prebichl- und die Triebner-Straße gebaut wird und, weil ja noch zwei Wünsche da sind, auch gleich verlangen, daß die Glattjoch- und die Sölkstraße gebaut werden soll. Was gemacht werden soll, das wissen wir ja alle. Aber wie es möglich ist, das muß man auch ein wenig dabei beachten.

Wir haben uns ja schon im Jahre 1949 ohne viel Geschrei mit dieser Frage an Ort und Stelle befaßt, es liegt aber vielleicht das Wesentliche darin, daß man sich die Dinge zuerst einmal ansieht, um dann zu überlegen, was möglich ist und was nicht. Als zum Glattjoch gestern und heute so viel gesprochen wurde, da habe ich mir gedacht, es wäre besser, wenn man für jedes Wort eine Fuhre Schotter bekäme, denn dann hätten wir die Kosten bald beisammen. (1. Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Dann würden aber Ihre Abgeordneten den meisten Schotter beibringen müssen!“) Es ist jedenfalls bezeichnend, festzustellen, daß man bei all diesen Aktionen, die da und dort stattgefunden haben, den Straßenreferenten nie dabei gehabt hat. Weil ich mich nicht solchen Phantastereien hingebe und genau weiß, was möglich ist und was nicht. Weil ich auf realem Boden stehe. Wenn man sagt, es hat sich ja nur darum gehandelt, festzustellen, wofür man sich entscheiden soll, so ist das nicht wesentlich. Wenn man einmal genau weiß, wie

lange es dauert, dann ist das das Wesentlichste und Wichtigste bei einem Projekt.

Wir müssen uns fragen, wie lange werden wir noch die Umfahrung von Leoben vermeiden können und wie lange wird es noch dauern, bis wir durch den Verkehr gezwungen werden, das Palten- und Liesing-Tal in Ordnung zu bringen. Ich will Ihnen gerne die Millionenzahlen nennen, wenn Sie sie sich nicht selbst vorstellen können. So ist es nicht, daß man nur glauben und wünschen braucht und wenn dann ein Privatmann draußen etwas herumposaunt und etwas unterstützt, daß sich dem gleich alle Abgeordneten anschließen müssen, nur damit man vor den Wahlen nicht hinter den anderen zurückzustehen braucht. So geht das nicht. (Abg. Pölzl: „Das heißt, Sie arbeiten mit verteilten Rollen!“) Und wenn dann die Fachleute noch so klug sind und schon das ganze Arbeitsprogramm aufstellen, so muß ich doch bescheiden feststellen, daß der verehrte Herr Amtsleiter des Arbeitsamtes Liezen vor allem Fachmann auf dem Arbeitslosengebiet ist. Er kann nur sagen, es ist das eine Sache, bei der man die produktive Arbeitslosenfürsorge einsetzen kann, aber er wird uns nicht sagen können, wo man die Schillinge hernimmt, die man dafür aufwenden muß. Und nun zu der Frage, daß der eine sagt, das kostet 110 Millionen, der andere 160 bzw. 200 Millionen. Wenn man weiß, daß diese Straße 45 km vielfach durch ein Gebiet führt, in dem überhaupt noch keine Straße vorhanden ist und man weiß, was 1 km kostet, dann weiß ich auch bald, was die ganze Straße kostet. Für den Ausbau der Wechselbundesstraße zwischen Kaindorf und Kippling, das waren $2\frac{1}{2}$ km, brauchten wir $7\frac{1}{2}$ Millionen, wenn Sie das multiplizieren mit 45, und dabei bedenken, daß ein Großteil davon über Gebirge geht, dann kann man sich leicht vorstellen, was das kostet. Es ist sinnlos über eine Sache schon früher so viel zu reden, bevor man sie noch realisieren kann. Wir haben jetzt wichtigere Aufgaben in der Steiermark zu lösen, die wir vielleicht auch lösen können, wenn wir uns zusammennehmen mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Ich darf aber, um das Problem des Glattjochs abzuschließen, sagen, daß das für mich nie ein Problem war, dazu geeignet nur zum Fenster hinauszureden, weil ich die Dinge viel realer sehe. (Abg. Lackner: „Aber Ihre Abgeordneten in der Versammlung!“) Ich habe voriges Jahr deutlich davon gesprochen und heuer genau so. (Abgeordneter Lackner: „Die Ziffern, die Sie gesagt haben, stimmen ja nicht!“) Sie müssen das ja wissen! Aber Sie können ja von mir aus mit dem Meterstab nachmessen, wenn Sie wollen, aber dann werden Sie die gleichen Ziffern bekommen, die mir zur Verfügung stehen.

Ich habe Ihnen schon die Ziffern genannt, die wir über das Bauamt zum Verbauen gebracht haben. Nun möchte ich Ihnen eine Ziffer sagen, für die Mittel, die wir im Jahr 1956 brauchen. Die im Bau befindlichen Stellen der Bundesstraßen brauchen im nächsten Jahr allein 90 Millionen Schilling zum Fertigbauen. Rechnen Sie sich aus, wieviel noch neu dazukommen wird, immer unter der Voraussetzung, daß der Rahmen der gleiche ist wie heuer. So schauen die Dinge also in Wirk-

lichkeit aus. Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, was schon alles geschehen ist, weil Sie das alles schon gehört haben und alles mitbeschlossen haben. Ich kann mir daher viele Worte ersparen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß die nächstgrößte Sparte des Bausektors der Hochbau ausmacht und daß wir hier vom Bund im vorigen Jahr auch einen beachtlichen Beitrag zur Verfügung gehabt haben, nämlich 53.5 Millionen für Bundeshochbauten, das waren 10 Prozent der gesamten Bausumme, die hier zum Verbauen gekommen ist. Wir könnten davon vielleicht einen Teil auf die Straße umlegen, aber trotzdem würde das nicht ausschlaggebend sein, da auch die Hochbauten für uns wichtig sind, zum Beispiel Schulbauten, Hochschulen, verschiedene Amtsgebäude, Finanz, Gericht u. ä. m. Auch der Landeshochbau hat eine hohe Summe verschlungen, nämlich fast 38 Millionen Schilling. Sie sehen aus dem Ganzen, daß man die Mittel, die für den Bausektor zur Verfügung gestellt werden und die sehr hoch sind, durch richtige Lenkung und Leitung zweckdienlich verteilen und daß man an jenen Aufgaben festhalten muß, die vornehmlich nach uns rufen.

Es ist für mich bedauerlich feststellen zu müssen, daß wir die Mittel, die wir als Beihilfe nach dem Wasserbauförderungsgesetz für Wasserleitungen eingesetzt haben, nicht erhalten konnten, weil wir Abstriche zulassen mußten auch auf dem Gebiet der Wasserversorgung. Es bleibt in der Steiermark noch viel zu tun übrig, wenngleich wir sagen können, daß man in den letzten zehn Jahren in der Steiermark nicht untätig war und schon viel auf diesem Gebiete geschehen ist. Wir haben 135 Gemeinden mit einer allgemeinen Wasserversorgung beteilen können, dank der Leistungen auch der Gemeinden selbst. Und wenn da und dort auf dem Gebiet des Wasserleitungsbaues Schwierigkeiten auftauchen, die scheinbar am Amte liegen, dann möchte ich dazu sagen, daß wir gerecht sein und erkennen müssen, daß es nicht immer leicht ist, die drei Interessengruppen zusammenzubringen. Es handelt sich dabei nämlich darum, daß zuerst einmal das Projekt genehmigt wird vom Bund, bevor er die Mittel dazu gibt, dann noch vom Land und schließlich, daß auch die Interessenten selbst die Mittel aufbringen, die sie aufbringen müssen, um so einen Wasserleitungsbau durchzuführen. Auch hier ist in den vergangenen Jahren viel geschehen und wenn wir dem die genügende Aufmerksamkeit schenken wollen, wird in Zukunft noch manches geschehen können.

Ich darf zur Post „Wasserbau“ sagen, daß wir viel zu wenig Mittel zur Verfügung haben, um die Aufgaben, die an uns herangetragen werden, erfüllen zu können, weil man immer im Sommer durch die Hochwasserschäden neue Bauten dazubekommt. Der Rattenbergerbach ist deshalb nur in dem Plan nicht aufgeschienen, weil wir Mittel nicht zur Verfügung stellen können. Unter den 30 Projekten ist ein einziges, das zwei Millionen Schilling kostet, das Rattenbergerbachprojekt würde über drei Millionen Schilling brauchen, der Landesbeitrag würde rund 600.000 S ausmachen. Es ist bei dem Gesamtbetrag nicht möglich, so einen großen Brok-

ken so ohne weiteres zu schlucken. Ich bin aber überzeugt, daß dieser Bach in das Programm zur gegebenen Zeit seine Aufnahme wird finden können.

Damit glaube ich, einen ganz kurzen Überblick gegeben zu haben. Es bleibt mir noch festzustellen, daß weder die Verhandlungen im Finanz-Ausschuß noch die Vorverhandlungen dazu führen konnten, daß das Personal nach den Forderungen, die vom Landesbauamte dringend gestellt wurden, bewilligt werden konnte trotz der großen Arbeitsvermehrung. Wenn die Millionen, die da über die öffentliche Hand gehen, durch das Amt fließen, zu verteilen sind, steht natürlich Arbeit damit in Verbindung und wenn die von Jahr zu Jahr ansteigt und wenn die mit dem gleichen Personal bewältigt werden muß, ist das ein unmenschliches Verlangen. Voriges Jahr schon hatte ich Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, daß wir berücksichtigen, daß die dort Tätigen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften gearbeitet haben. Das vergangene Jahr hat neuerdings neue Arbeitssummen gebracht. Ich mußte zur Kenntnis nehmen, daß die Vertreter des Landtages einer Personalvermehrung nicht ihre Zustimmung geben konnten. Ich füge das nur deshalb an, weil ich nicht versäumen möchte, den Beamten des Landesbauamtes für ihre Arbeit und Tätigkeit bei wesentlich höheren Belastungen herzlichen Dank zu sagen und der Hoffnung Ausdruck geben möchte, daß auch die Aufgaben, die uns 1956 gestellt werden, zur Zufriedenheit des Landes und der hier Verantwortlichen bewältigt werden können. (Beifall bei OVP.)

Abg. Hofbauer: Hohes Haus! Ich fühle mich veranlaßt, zum Glattjochstraßenprojekt Stellung zu nehmen, weil hier die Worte gefallen sind, die Oppositionsparteien dürften so etwas nicht tun, denn ein Wahljahr steht vor der Tür. Meine Damen und Herren, ich habe mich mit der Glattjochstraße schon befaßt, als sich Abg. Lackner noch nicht mit dem Problem beschäftigt hat. In allen Versammlungen hat irgendein Vertreter der OVP. gesprochen, ob diese Versammlung nun in Oberwölz war, wo auch Landesrat Stephan teilnahm oder in Bad Aussee oder in Scheifling, wo Abg. Ertl dabei war. Sie können nicht behaupten, daß ich mich mit Gewalt in den Vordergrund gedrängt habe. Ich habe gesagt, daß es sich mindestens um ein 100-Millionen-Projekt handle und nicht um eine Angelegenheit, die von heute auf morgen gelöst werden kann. Was wurde in Scheifling schon gesprochen? Es wurde nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß die Parteien... Der Herr Hofrat Mylius hat gesagt, er habe nichts einzuwenden, wenn Abgeordneter Pölzl von der Kommunistischen Partei miteingeschaltet wird (LR. Priirsch: „Der geht nicht aufs Glatteis!“), das hat Herr Hofrat Mylius gesagt, ich war dabei — es wurde nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß Hofrat Mylius, der sich um dieses Projekt bemüht hat, die moralische Unterstützung vom Lande erhält, daß ein gemeinsamer Antrag von allen Parteien eingebracht und dem Bunde zugemittelt wird. Ich war noch zu jung, als die Großglocknerstraße gebaut wurde, die ist

auch nicht von heute auf morgen herausgestampft worden, es hat auch jahrelang gebraucht.

Das ist auch so ein Problem, wenn man in einem Atemzug die Prebichl- und die Tauernstraße nennt und diese beiden Straßen, die schon bestehen, so herrichtet, daß sie dem Fremdenverkehr in unserem Lande dienen. (LH.-Stellv. Dipl.-Ing. U d i e r: „Der Abg. Lackner hat die Straßen in einem Atemzuge genannt.“) Das wird bewußt irgendwie verdreht. Landeshauptmannstellvertreter Udier hat gesagt, wir jagen Phantasien nach. (LH.-Stellv. Diplom-Ingenieur U d i e r: „Ich habe jene als Phantasten bezeichnet, die sich damit befassen!“) Ich kann Ihnen das Eine sagen, falls wir jüngeren Abgeordneten uns mit den finanziellen Problemen des Landes nicht auseinandersetzen können, so wird das unser Landesfinanzreferent tun in einer so eindringlichen Weise, daß es nur wünschenswert wäre, wenn sich Ihre Kollegen auch so eindringlich und mit so hohem Verantwortungsbewußtsein auf die Landesfinanzen ausrichten würden. Ich muß das sagen, weil Sie uns Phantasten nennen. Zuerst ausgerechnet Abg. Lackner, vielleicht komme dann ich an die Reihe. Dann ist auch Bundesminister Dr. Illig ein Phantast, dann sind auch Gorbach, Pötsch Phantasten. Meine Damen und Herren, ich muß das Wort Phantast zurückweisen, dort geht es um etwas anderes, Sie müßten bei diesen Versammlungen dabei sein und sehen, mit welcher Intensität sich die Bürgermeister für dieses Projekt einsetzen, Sie sollten hören, daß in Oberwölz die Geschäftsleute und auch sonst niemand etwas richten und bauen will und damit ausdrücken, daß sie keine Zukunft mehr haben. Ich hätte die Möglichkeit gehabt, das politisch an meinem Sitz ausführen zu können und habe verzichtet, mit einem solchen Projekt eine politische Färgerei zu begehen. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß ein Projekt nicht von heute auf morgen aus dem Boden gestampft werden kann, daß es aber Pflicht sein muß, es heute oder morgen zu erledigen. (Beifall bei SPO.)

LR. Priirsch: Hohes Haus! Lassen Sie mich die Straßenbauwünsche, insofern sie von meinem sehr geehrten Herrn Vorrednern besonders hinsichtlich der Oststeiermark geäußert wurden, zweimal unterstreichen. Wir haben ja nicht solche Millionenprojekte, wie sie heute hier geäußert wurden, die ja sicherlich notwendig und zweckmäßig und begrüßenswert wären, sondern wir haben einige kleine, ich möchte fast sagen bescheidene Straßenzüge und ich möchte auch mit Freude und Genugtuung feststellen, daß, wenn auch langsam, doch immerhin gewisse Fortschritte in den letzten Jahren gemacht worden sind. Ich darf aber auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die begonnenen Straßenbauten auch im nächsten Jahr eine Fortsetzung finden werden. Wenn ich mir gestatte, Sie besonders auf einige Straßenzüge aufmerksam zu machen, die noch nicht genannt worden sind, so ist das vor allem einmal das Straßenstück Ilz—Großhartmannsdorf. Es hat große Befriedigung und Begeisterung ausgelöst, daß das Straßenstück Großwilfersdorf—Großsteinbach in Angriff genommen wurde. Und ich glaube, wir werden das begonnene

Werk auch hinsichtlich der Straße nach Stein vollenden müssen und wenn es gelingt in absehbarer Zeit auch das Straßenstück Bierbaum—Burgau—Neudau—Wechselstraße fertigzumachen, dann wird das eine sehr schöne und zweckentsprechende Maßnahme sein. Ich weiß, daß auch im Bezirk Feldbach einige dringende Wünsche vorhanden sind.

Der moderne Verkehr, die Motorisierung, läßt auch in den Landgebieten den Wunsch nach Staubfreimachung der Straßen immer stärker hervortreten. Es muß auch betont werden, daß vor allem jene Landwirte und Besitzer, die auf nicht staubfrei gemachten Straßen mit Rindern ihr Fuhrwerk verrichten, in eine äußerst schwierige Lage kommen, da der Autoverkehr die noch nicht asphaltierten Straßen ihres Belages entblößt und dann der scharfe Schotter vor allem nach einem stärkeren Regen für Rindergespänne fast unbenützbarmacht. Es sind dies ernste Schwierigkeiten, die oft nicht voll berücksichtigt werden können, weil einfach zur Erhaltung dieser Straßen die nötigen Mittel nicht vorhanden sind und andererseits Maßnahmen auf diesen Straßen ohne feste Decke auch nur von sehr kurzer Dauer wirken. Ich möchte bitten, daß das Landesstraßenbauamt vor allem auch auf diese Kleinbesitzer Rücksicht nimmt, für die es eine Existenzfrage ist, ob sie diese Straßen mit ihren Rindergespännen benützen können oder nicht. Ich möchte bitten, daß man auf diese kleinen Besitzer Rücksicht nimmt und unter Umständen wenigstens versucht, mit einer Walzung abzuhefen. Ich weiß, und das habe ich in den letzten Jahren mehrmals beobachten können, daß der gute Wille immer vorhanden war, daß aber leider die Möglichkeiten und vor allem auch die Straßenbaumaschinen nicht in dem Maße da sind, um diese Übelstände immer sofort abstellen zu können.

Hohes Haus! Es ist meine Aufgabe, mich nun mit dem Wohnungsproblem und mit der Wohnbauförderung zu befassen. Einige der Herren von Rechts und Links waren schon so freundlich, mir sehr wesentliche Dinge vorwegzunehmen. Ich muß in aller Deutlichkeit aber jene Meinungen, daß hier aus parteipolitischen Gründen Maßnahmen getroffen wurden oder nicht getroffen wurden, entschieden zurückweisen. Es war immer seit Beginn des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 meine ernste Sorge in dieser heiklen Frage, die für den einzelnen Menschen und für die einzelne Familie oft so entscheidend ist, von vornherein Ordnung und Ruhe hineinzubringen. Wenn mir das nicht gelungen ist und wenn wohlgemeinte und wohldurchdachte Absichten oft durch Mehrheitsbeschlüsse zerstört wurden, dann muß ich den Hohen Landtag bitten, daß auch bei der Besprechung dieses Problems, dieses umfangreichen und schwierigen Problems zu beachten. Ich muß Sie aber auch bitten, mir zu gestatten, daß ich meinen Bericht, der ein realer Bericht der Zahlen ist, vorlese, weil ich hoffe, daß er so kürzer ist und weil ich weiß, daß man mir dann weder etwas abstreiten kann und außerdem, wenn es notwendig ist, falsche Meinungen leichter richtigzustellen sind. Ich weiß, daß der Herr Landesrat Stephan und auch der Herr Landeshauptmann Horvatek durch den Zwischenruf die freie Rede bzw. das Lesen als eine gewisse Qualifikation für die

geistige Regsamkeit und Tüchtigkeit eines Redners auffassen, ich lese also auf die Gefahr hin, daß ich hier eine schlechte Note erhalte. Ich bekenne mich zur Vorlesung auch deshalb, weil ich gehört habe, daß man selbst an den größten Städten der Wissenschaft zu einem hohen Prozentsatz sich zum Vorlesen entschließt. (Abg. Scheer: „Nach der Geschäftsordnung ist das Vorlesen nur den Landesregierungsmitgliedern vorbehalten!“) Ich kenne die Geschäftsordnung auch, sonst hätte ich um diese hohe Gnade gar nicht gebeten. (1. LH.-Stellv. Horvatek: „Um sein Recht soll man nie bitten!“) Vielleicht haben Sie recht. Zum siebenten Male ist es meine Aufgabe, dem Hohen Landtag einen Bericht über die Wohnbauförderung des Landes im abgelaufenen Jahr zu geben. Während sich diese Berichte bisher auf die Möglichkeiten des im Jahre 1949 geschaffenen Landeswohnbauförderungsfonds beschränkten, habe ich heuer erstmalig auch für die Maßnahmen zu berichten, die auf Grund des vom Nationalrat im Herbst vorigen Jahres verabschiedeten Wohnbauförderungsgesetzes 1954 getroffen wurden.

Ich muß dazu bemerken, daß ich darüber keinen Jahresbericht geben kann, da die dem Lande zufließenden Bundesbeiträge vierteljährlich im nachhinein flüssig gestellt werden und das letzte Viertel für 1955 erst im Jänner des kommenden Jahres in unseren Besitz kommen wird, so daß ich Ihnen also noch keine abschließende Ziffer vorlegen kann.

Ich möchte zunächst über die Tätigkeit des Landesfonds berichten. Das Land hat so wie im Jahr 1954 auch im Berichtsjahr 30 Millionen Schilling für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt. Doch mußte ein erheblicher Teil für die Maßnahmen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 abgezweigt werden, da die Bundesländer ja bekanntlich verpflichtet sind, zu den Bundesbeiträgen 50 Prozent aus Landesmitteln beizutragen.

Da wir anlässlich der Erstellung des Voranschlages mit einem Bundesbeitrag von 34 Millionen rechneten, mußten 17 Millionen an Landesmitteln zur Verfügung gestellt werden. Der dem Landesfonds zur Verfügung stehende Betrag verringert sich dadurch auf 13 Millionen. Dieser Betrag erfuhr auf Grund der vom Landtag beschlossenen Kreditkürzung für Förderungsmaßnahmen eine weitere Verringerung um 10 Prozent. Es ergeben sich daher für den Landeswohnbauförderungsfonds folgende Eingänge: Restbetrag aus dem Jahre 1954 2,342.000 Schilling (ich runde die Ziffern ab), Landesbeitrag für das Jahr 1955 11,700.000 S, Eingänge aus dem Kapitaltilgungs- und Zinsendienst 3,522.000 S, durch Verzichte und Streichungen wieder frei gewordene Förderungsbeiträge 976.000 S. Zu dem verhältnismäßig hohen Restbetrag aus dem Jahre 1954 möchte ich bemerken, daß die Annuitätzahlungen für Dezember erst im Jänner bekannt wurden, so daß hierüber erst im kommenden Jahr verfügt werden kann. Außerdem sind im Restbetrag 750.000 S enthalten, die für das Bauvorhaben „Unterpremstätten“ der Siedlungsgenossenschaft „Heimat Österreich“ zwar vorgesehen, aber noch nicht von der Landesregierung bewilligt worden sind.

Zu Beginn des Jahres lagen dem Landeswohnungs- und Siedlungsfonds 984 Anträge vor, davon 935 Anträge sogenannter natürlicher Personen, 49 Anträge von Gemeinden und gemeinnützigen Bauvereinigungen. Von diesen Anträgen konnten 557 einer positiven Erledigung zugeführt werden und zwar 554 Anträge natürlicher Personen, 1 Antrag einer Gemeinde und 2 Anträge von Bauvereinigungen. Außerdem konnten 59 Anträge auf Nachtragsdarlehen aufrecht erledigt werden. Von den nicht positiv erledigten Anträgen wurden 13 abgelehnt, 67 Anträge wurden zurückgezogen und bei 84 Anträgen mußte die Bearbeitung eingestellt werden, da die Bewerber trotz Aufforderung keine Nachricht gegeben haben. 118 Anträge wurden von der Landes-Hypothekenanstalt zur Förderung aus der ERP-Aktion übernommen. Es hat sich unser Bemühen, Anträge im Wege der Landeshypothekenanstalt erledigen zu lassen, reichlich gelohnt. Ich möchte hier als zuständiger Referent der Landeshypothekenanstalt meinen Dank aussprechen. Derzeit sind noch 99 Anträge natürlicher Personen unerledigt, von denen jedoch zu sagen ist, daß es sich hiebei ausschließlich um Restfälle aus dem Vorjahr handelt, die infolge von Finanzierungsmängeln nicht bewilligt werden konnten.

Bekanntlich wurden im Jahre 1955 keine Anträge an den Landes-Wohnbauförderungsfonds entgegengenommen, da ohnehin Anträge nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 eingebracht werden konnten und auch heute noch eingebracht werden können.

Im einzelnen wurde folgende Förderung bewilligt: 553 Darlehen mit zusammen rund 14,5 Millionen, 49 Nachtragsdarlehen mit zusammen 1,140.000 Schilling, 37 Baukostenzuschüsse mit zusammen 172.000 S und 5 Nachtragszuschüsse mit zusammen 27.000 S, insgesamt 15,833.000 S. Außerdem wurden noch Zinszuschüsse zu Darlehen der Landeshypothekenanstalt und anderer Kreditinstitute im Gesamtbetrag von 371.000 S gewährt, und schließlich die Ausfallsbürgschaft für das Darlehen einer Kreditanstalt im Betrag von 77.000 S übernommen. Bemerken möchte ich auch, daß dem Land an Personal- und Sachaufwandskosten ein Betrag von 360.524 S ersetzt werden mußte. Das Land ist hier leider Gottes auf dem Kostendeckungsprinzip hinsichtlich der Landeswohnbauförderung bestanden. (Abg. R ö s c h : „Steht ja auch im Gesetz!“) Am 30. November 1955 stand somit dem Fonds zur Vergabung noch ein Betrag von 2,238.000 S zur Verfügung.

Es dürfte auch interessieren, was von den bewilligten Beträgen tatsächlich zur Auszahlung gelangt ist. Im Berichtsjahr ergingen 173 Anordnungen mit 2629 Einzelanweisungen und einer Gesamtsumme von 18,676.000 S. Die Gewerbliche Wirtschaft, aber auch der Arbeitsmarkt im Land Steiermark wurden durch die Tätigkeit des Landeswohnbauförderungsfonds sicherlich im günstigsten Sinne beeinflusst.

Mit den angegebenen Darlehen und Zuschüssen wurden gefördert: 433 Wohnungen in Einfamilienhäusern, 124 Wohnungen in Zweifamilienhäusern, 6 Wohnungen in Dreifamilienhäusern, 77 Wohnungen in Miethäusern, 76 Wohnungen und 4 Einzel-

zimmer durch Um-, Auf- und Zubauten, wie es im Gesetze vorgesehen ist. Insgesamt wurden so aus Mitteln des Landeswohnbauförderungsfonds 716 Wohnungen und 4 Einzelzimmer gefördert. Die Gesamtbaukosten für diese Wohnungen sind mit rund 71 Millionen anzusetzen. Zum Vergleich möchte ich erwähnen, daß im Jahre 1954 aus Mitteln des Landeswohnbauförderungsfonds 2334 Wohnungen gefördert wurden. Dadurch, daß heuer auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 dem Landeswohnbauförderungsfonds nur ein Teilbetrag zur Verfügung gestanden ist, hat sich die Zahl der geförderten Wohnungen nicht, wie man annimmt, erhöht, sondern leider Gottes wesentlich verringert. Von den geförderten Wohnungen entfallen 642 auf natürliche Personen, 19 Wohnungen auf Gemeinden und 59 Wohnungen auf Bauvereinigungen.

Die den natürlichen Personen bewilligten Darlehen und Nachtragsdarlehen betragen zusammen 15,833.000 S, die durchschnittlichen Baukosten pro Wohnung betragen 98.700 Schilling gegenüber 95.600 S im Vorjahr, also im Jahr 1954. Die durchschnittliche Förderungssumme ist mit 22.200 S anzunehmen und hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Es kommt dadurch deutlich zum Ausdruck, daß die Eigenleistungen der Bewerber, vor allem der Einzelbewerber und der sogenannten natürlichen Personen in einem außerordentlich hohem Ausmaß erbracht wurden.

Was die Aufteilung der Mittel auf die Bezirke betrifft, so steht diesmal der Bezirk Graz-Umgebung mit 67 Anträgen und einer Darlehenssumme von 2,368.000 S an der Spitze. Dann folgt Weiz mit 72 Anträgen und Bruck mit 49 Anträgen. Dann die Stadt Graz selbst mit 44 bewilligten Anträgen. Daß diesmal die Landeshauptstadt selbst erst an vierter Stelle aufscheint, ist darauf zurückzuführen, daß ein Großteil der Grazer Anträge im Vorjahr erledigt wurde, da ja, wie bereits erwähnt, vom Landesfonds neue Anträge nicht entgegengenommen wurden. Was die Berufsschichtung oder Aufgliederung der Fondshilfeempfänger anbelangt, ergibt sich folgendes: Arbeiter 57,4 Prozent, öffentliche Angestellte 9,1 Prozent, Privatangestellte 8,2 Prozent, Rentner oder Pensionisten 7 Prozent, freie Berufe 13 Prozent und Landwirte 5,1 Prozent. Der Anteil der Arbeiter hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 7 Prozent erhöht, während fast alle anderen Berufsgruppen eine Abnahme erfahren haben. Insgesamt sind 82 Prozent der Förderungsmittel Lohn- und Gehaltsempfängern zugeflossen, gegenüber 80 Prozent im Vorjahr.

Wie ich bereits erwähnt habe, wurden in diesem Jahr keine neuen Anträge entgegengenommen. Hingegen hat die Landesregierung im Oktober beschlossen, solche Anträge nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954, die zwar den Bestimmungen des Landesfonds nicht, aber denen des Bundesgesetzes entsprechen, auf den Landesfonds zu übernehmen. Da es sich hiebei um mehrere hundert Anträge handelt, ist mit allergrößter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Rest der Fondsmittel sowie die im nächsten Jahr zur Verfügung stehenden Mittel hierfür verbraucht werden, so daß es nicht zweckmäßig wäre, im kommenden Jahr wieder Anträge an den Landesfonds entgegenzunehmen.

Ich möchte nun zu den auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 bisher getroffenen Maßnahmen sprechen. Auf Grund dieses Gesetzes fließen dem Land 15,65 Prozent der Bundesbeiträge zu, die ihrerseits aus dem Zuschlag zur Lohn- oder Einkommensteuer kommen. Das Land hat zu diesem Betrag 50 Prozent aus eigenen Mitteln zuzusteuern. Nach den uns zugekommenen amtlichen Mitteilungen wurde der diesjährige Bundesbeitrag mit 34 Millionen, der Landesbeitrag daher mit 17 Millionen, die gesamten Förderungsmittel daher mit 51 Millionen veranschlagt, wie ich bereits erwähnte. Leider haben die Überweisungen für die hinter uns liegenden drei Viertel des Berichtsjahres gezeigt, daß wir weit weniger erhalten als wir annehmen. Der Bund hat für diesen Zeitraum 16,467.000 S überwiesen, während nach dem Vorschlag und den uns bekanntgegebenen Ziffern wir 25,5 Millionen erwarten konnten. Da uns für das letzte Viertel noch ein Betrag von 7,5 Millionen in Aussicht gestellt worden ist, hoffentlich ist das diesmal richtig, so können wir für dieses Jahr mit einem Bundesbeitrag von rund 24 Millionen, einschließlich des 50prozentigen Landesbeitrages sind das dann 36 Millionen, rechnen. Das sind um 15 Millionen, oder um 30 Prozent weniger als ursprünglich eingesetzt und erwartet wurde.

Bekanntlich sind die Förderungsmittel folgend zu verwenden: Ein Viertel für den Ersatz von Barackenwohnungen, ein Viertel für Bauvorhaben der Gemeinden, ein Viertel für Bauvorhaben der gemeinnützigen Bauvereinigungen, und ein Viertel für Bauvorhaben natürlicher und solcher juristischer Personen, die nicht Gemeinden oder Bauvereinigungen sind, also für diese sogenannten Einzelwerber. Mittel für den Barackenersatzbau können nur Gemeinden oder gemeinnützige Bauvereinigungen erhalten, Bisher wurden bewilligt:

1. Für den Bau von Barackenersatzwohnungen 5 Anträge von Gemeinden, womit die Errichtung von 7 Wohnhäusern mit 85 Wohnungen ermöglicht wurde.

Hiefür wurden Darlehen im Betrage von 6,115.000 S bewilligt. An gemeinnützige Bauvereinigungen wurden 4 Anträge bewilligt, womit die Errichtung von 50 Eigenheimen und 8 Wohnhäusern mit 43 Kleinwohnungen, insgesamt 93 Kleinwohnungen, ermöglicht wurde. Hiefür wurde ein Darlehen von 720.000 S und Annuitätzuschüsse von jährlich 137.490 S, ferner Ausfallsbürgschaften für Hypothekendarlehen von 310.000 S bewilligt. Insgesamt wurden für den Bau von Barackenersatzwohnungen gegeben: An Darlehen 10,835.000 S, an jährlichen Annuitätzuschüssen 137.490 S, das sind bei einer 25jährigen Laufzeit 2,749.000 S. Da die Annuitätzuschüsse erst nach Fertigstellung der Wohnungen bezahlt werden, belasten sie die diesjährigen Mittel nicht. Da wir infolge der geringeren Einnahmen aus Bundesmitteln nur mehr einen Betrag von etwa 9 Millionen Schilling für jeden Sektor rechnen können, haben wir hier eine Überschreitung von etwa 1,835.000 S zu verzeichnen, die zu Lasten des Jahres 1956 geschrieben werden mußte. Von diesen Mitteln für Barackenersatzwohnungen erhält die Landeshauptstadt Graz 35 Prozent, die Obersteiermark

58 Prozent, West-, Mittel- und Oststeiermark 7 Prozent. Die Nutzfläche der geförderten Wohnungen bewegt sich zwischen 31 und 85 Quadratmeter. Rund 3 Prozent der Wohnungen bestehen aus Zimmer und Küche, 88 Prozent aus 2 Zimmern und Küche und der Rest aus 3-Zimmer-Wohnungen.

2. Auf dem Gemeindefektor wurden 18 Anträge bewilligt und Darlehen in Höhe von 12,083.000 S und ein Annuitätzuschuß im Betrage von 81.000 S, das sind in 25 Jahren eine Gesamtbelastung von 2,025.000 S, gewährt. Damit wurde der Bau von 154 Kleinwohnungen und 9 Geschäftsräumen in 22 Wohnhäusern ermöglicht; zum großen Teil handelt es sich um mehrgeschossige Wohnhäuser. Die durchschnittlichen Baukosten betragen pro Wohnung 101.000 S. Die Gesamtbaukosten der 154 Wohnungen sind mit 16.300.000 S anzunehmen. Das Ausmaß der Förderung beträgt unter Berücksichtigung der Gesamtlaufzeit der Annuitätzuschüsse 82 Prozent der Baukosten und ergibt eine durchschnittliche Förderung von 83.400 S je Wohnung. Die Größe der Wohnungen schwankt zwischen 30 und 85 Quadratmeter, davon entfallen 4 Prozent auf Wohnungen mit einem Zimmer, Küche und Nebenräumen, 85 Prozent auf Wohnungen mit 2 Zimmern, 11 Prozent auf Wohnungen mit 3 Zimmern. Die monatliche Belastung ohne Betriebskosten beträgt mindestens S 2,20 pro Quadratmeter und höchstens S 4,40 pro Quadratmeter im Durchschnitt also S 3,40 pro Quadratmeter Wohnfläche. Die Mittel sind wie folgt aufgeteilt: Stadtgemeinde Graz 34 Prozent, Obersteiermark 38 Prozent, Oststeiermark 15 Prozent, Mittel-, West- und Südsteiermark 13 Prozent.

Angesichts der Verringerung der Bundesbeiträge ergibt sich ohne die in diesem Jahre anfallenden Annuitätzuschüsse eine Überschreitung von etwa 3 Millionen, die ebenfalls das Jahr 1956 belasten.

3. Für gemeinnützige Bauvereinigungen wurden 13 Anträge bewilligt und damit die Errichtung von 225 Wohnungen in 40 Objekten ermöglicht. Auch hier handelt es sich zum großen Teil um Wohnungen in mehrgeschossigen Häusern. Bewilligt wurden Darlehen in Höhe von 9,433.000 S, Baukostenzuschüsse im Betrage von 381.000 S und Annuitätzuschüsse in Höhe von jährlich 525.000 S, insgesamt also 10,506.000 S. Außerdem wurden Ausfallsbürgschaften für Hypothekendarlehen in Höhe von 3,672.000 S gegeben. Die Gesamtbaukosten dieser Wohnungen sind mit 24,624.000 S anzusetzen. Die Gesamtförderung unter Berücksichtigung der 25jährigen Laufzeit der Annuitätzuschüsse beträgt 20,320.000 S oder 82,5 Prozent der Gesamtbaukosten. Die durchschnittliche Förderung je Wohnung beträgt 93.000 S, die monatliche Belastung je Quadratmeter Wohnfläche schwankt zwischen S 3'80 und S 4'70.

Die Mittel werden wie folgt aufgeteilt: Landeshauptstadt Graz 79 Prozent, Obersteiermark 17 Prozent, Oststeiermark 2 Prozent, Mittel-, West- und Südsteiermark 2 Prozent. Auch auf diesem Sektor wurden Überschreitungen der diesjährigen Mittel um 800.000 S bewilligt.

4. Ich komme nun zur Förderung der privaten Antragsteller, oder, um mit den Worten des Gesetzes zu sprechen, der natürlichen Personen. Auf

diesem Sektor sind auch die Anträge juristischer Personen zu fördern, die nicht Gemeinden oder gemeinnützige Bauvereinigungen sind. Es wurden 143 Anträge bewilligt und damit der Bau von 150 Wohnungen gefördert. Ich stelle dabei fest, daß es sich ausschließlich um Eigenheime handelt. Hiefür wurden Darlehen in Höhe von 6,137.000 S bewilligt, außerdem auch Ausfallsbürgschaften für Hypothekendarlehen im Betrage von 190.000 S übernommen. Die Gesamtbaukosten dieser 150 Wohneinheiten sind mit 18,524.000 S anzusetzen. Die Förderung beträgt daher 33 Prozent der Baukosten. Die durchschnittlichen Baukosten je Wohneinheit betragen 123.000 S, das durchschnittliche Darlehen 41.000 S.

Was die berufsmäßige Aufgliederung dieser privaten Antragsteller betrifft, ergibt sich, daß 52 Prozent Arbeiter sind, 37 Prozent öffentliche und Privatangestellte sowie Rentner, 11 Prozent freie Berufe einschließlich der Landwirtschaft. Das Bild ist ungefähr dasselbe wie beim Landeswohnbauförderungsfonds, nur daß die durchschnittliche Förderungssumme wesentlich höher liegt. Da die Mittel noch nicht zur Gänze vergeben wurden, gelangen noch 3,000.000 S zur Vergabung; eine bezirksweise Aufteilung dieser Beträge kann noch nicht gegeben werden, da Sie sonst kein richtiges Bild erhalten.

Zusammenfassend möchte ich über das Ergebnis der Förderung im abgelaufenen Jahr, eigentlich war es nur ein halbes Jahr, folgendes sagen: Der Gesetzgeber hat erstmalig in Österreich beim Sozialen Wohnungsbau die Förderung von Mittelwohnungen zugelassen, worunter Wohnungen von 90 bis 130 Quadratmeter Wohnfläche zu verstehen sind. Man hat dabei an die bessere Wohnversorgung der kinderreichen Familien gedacht; wir müssen feststellen, daß sich in den heuer geförderten Wohnungsbauten der Gemeinden und Genossenschaften keine einzige Mittelwohnung befindet und auch unter den neuerledigten Anträgen sich kaum eine solche Mittelwohnung befindet. Der Grund hiefür ist klar: Einerseits die hohe Belastung einer Wohnung mit 100 Quadratmeter Wohnfläche, die einen Mietzins von 450 S erfordert, andererseits die geringen zur Verfügung stehenden Mittel. Jede Gemeinde wird, wenn sie nur eine Million erhält, damit lieber 10 Wohnungen, als nur 5 oder 6 errichten.

Bemerken möchte ich auch, daß die Projekte mancher Gemeinden und auch einiger Genossenschaften Mängel sowohl der inneren und auch der äußeren Gestaltung nach aufweisen wie zum Beispiel unzweckmäßige Raumeinteilung, schablonenhafte Außenfassaden, weshalb der Planung besonders große Sorgfalt zugewendet werden soll. Es gibt genügend gute Architekten, sofern solche im eigenen Baubüro nicht vorhanden sind und gute Bautechniker des Landeswohnungs- und Siedlungsfonds, die gerne bereit sind, bei der Bauberatung mitzuwirken, sofern sie rechtzeitig darum gefragt werden. Wenn die Pläne einmal vorliegen, ist es schon schwierig und vor allem auch mit Kosten verbunden, noch etwas abzuändern.

Nun noch ein besonderes Problem, weil es das schwierigste darstellt. Das ist die große Zahl der unerledigt gebliebenen Anträge. Auf dem Sektor

Barackenersatzwohnungen haben wir 54 unerledigte Anträge, betreffend den Bau von 1300 Wohnungen. Hiefür sind an Darlehen auf diesem einen Sektor 100 Millionen Schilling und an jährlichen Annuitätzuschüssen 600.000 S beantragt. Bei Gemeinden sind 69 Anträge unerledigt. Sie betreffen den Bau von 1375 Wohnungen. Beantragt sind Darlehen von 109 Millionen, Baukostenzuschüsse von 600.000 Schilling und jährliche Annuitätzuschüsse von 100.000 Schilling. Bei den Bauvereinigungen sind 54 Anträge übrig geblieben, betreffend den Bau von 1.427 Wohnungen. Hiefür sind beantragt Darlehen von 78 Millionen, Baukostenzuschüsse von 5 Millionen und jährliche Annuitätzuschüsse von 2,8 Millionen. Ein besonderes Sorgenkind sind die Anträge der natürlichen Personen. Hier sind 2.200 Anträge unerledigt — das war mit Stichtag Ende November — und es werden inzwischen wieder einige dazugekommen sein. Wenn man durchschnittlich eine Förderung von 50.000 S zugrunde legt, so ergibt sich auch hier ein Bedarf von weit über 100 Millionen. Beim Amte befinden sich außerdem 13 Anträge von Personengemeinschaften bzw. juristischen Personen, betreffend den Bau von 26 Wohnhäusern mit 586 Klein- und Mittelwohnungen, fast alle in Graz. Diese Anträge entfallen ebenfalls auf das Viertel der natürlichen Personen. Die Anträge sehen durchwegs eine 90prozentige Förderung vor, der Bedarf ist daher mit mindestens 100.000 S pro Wohnung angenommen worden, liegt aber noch höher, da es sich hier größtenteils um größere Wohnungen handelt. Der Darlehensbedarf wäre hier mit mindestens 60 Millionen oder wenn sie durch Annuitätzuschüsse finanziert würden, mit jährlich rund 4 Millionen anzunehmen. Wir haben somit insgesamt unerledigte Anträge für den Bau von fast 7.000 Wohnungen bzw. Eigenheimen, wofür an Darlehen und anteiligen Baukostenzuschüssen etwa 400 Millionen Schilling und an jährlichen Annuitätzuschüssen etwa $7\frac{1}{2}$ Millionen erforderlich wären. Da wir für das Jahr 1956 mit insgesamt Mitteln von 45 Millionen rechnen, so bedeutet dies, daß wir zehn Jahre brauchen, um die vorliegenden Anträge einer Bewilligung zuzuführen. Es laufen jedoch immer wieder neue Anträge ein, weshalb es notwendig erscheint, zumindest für natürliche Personen eine Antragsperre zu erlassen, wie ich dies schon einmal, leider ohne es durchzubringen, beantragt habe. Ich weiß nicht, welchen Sinn es hat, Anträge entgegenzunehmen, die erst in mehreren, ja in vielen Jahren Aussicht auf Bewilligung haben. Das wird den Leuten im Amt zwar gesagt, doch lassen sich viele nicht davon überzeugen, daß eine so und so lange Wartezeit auf Grund der Sachlage leider Gottes notwendig ist. In diesem Zusammenhang möchte ich bemerken, daß die Landesregierung angesichts der riesigen Zahl von Einzelanträgen beschlossen hat, den Darlehenshöchstsatz in der Regel mit 50.000 S festzusetzen, eine Maßnahme, die ich bei der Ausgabe der Formulare schon beantragt habe, die aber leider damals keine Mehrheit finden konnte. Von diesen 50.000 S wird bei kinderreichen Familien oder in Katastrophenfällen eine Ausnahme von dieser Regel gemacht. Wenn wir rechtzeitig diese Inflation an Formularen eingeschränkt hätten, hätten wir

weniger Anträge erhalten und sehr viel unnötige Verwaltungsarbeit erspart. Ich kann es z. B. einem Antragsteller aus der Obersteiermark nicht verübeln, der vor kurzem bei mir im Amt war und erklärte, er betrachte sich an der Nase herumgeführt, denn er habe auf Grund des Gesetzes einen Antrag auf ein höheres Darlehen gestellt und könne nun mit 50.000 S nicht bauen, so daß er die bedeutenden Kosten für die Planung usw. umsonst aufgewendet habe. Ich muß auch bemerken, daß durch diese Unterlassung oder durch dieses Nichtdurchsetzen eines gesunden Grundsatzes vor allem auf dem Bauplatzsektor eine wesentliche Verschlechterung eingetreten ist. Es wird auch so sein, daß manche dieser Einzelwerber sich Bauplätze in der großen Hoffnung gekauft haben, die sie nun nicht benützen können, und die dadurch auch anderen Bauwerbern, sowohl den Gemeinden als auch den Privaten verloren gehen, weil sie schon gebunden sind.

Das Gesetz bestimmt weiter, daß mit dem Bau vor schriftlicher Zusicherung der Förderung nicht begonnen werden darf. Auch das bedeutet den privaten Bauwerbern gegenüber vielfach eine Härte, da sie gehindert sind, die vorhandenen Eigenmittel zu verbauen, während sie andererseits mehrere Jahre auf eine Bewilligung warten müssen.

Schließlich möchte ich noch auf die heikelste Frage in diesem Zusammenhang zu sprechen kommen, nämlich auf den sogenannten Wohnungsfehlbestand. Das Gesetz bestimmt, daß bei der Verteilung der Mittel — der Barackenersatz ausgenommen — auf das Verhältnis des Wohnungsfehlbestandes der Gemeinden zum Wohnungsfehlbestand des ganzen Landes Rücksicht zu nehmen ist. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde, wie ich glaube, einvernehmlich der Bezirksmaßstab zugrunde gelegt. Das Gesetz sieht natürlich den Gemeindefmaßstab vor. Diese Bestimmung wird man hinsichtlich von Bauten der Gemeinden und Bauvereinigungen im Laufe der Jahre einhalten können, d. h., wenn die ganze Gestaltung eine elastische ist. Aber bei den Anträgen der natürlichen Personen, also beim Bau von Eigenheimen, bedeutet dies, daß die Mittel völlig ungleich verteilt werden sollen.

Der Wohnungsfehlbestand, der anlässlich der Wohnungszählung 1951 errechnet wurde, enthält ohne Zweifel sicherlich zahlreiche und gewichtige Mängel. Wer wird sich z. B. in einer kleinen Gemeinde als Wohnungssuchender melden? Er wußte und weiß ja, daß dies zwecklos ist; denn anforderbare Wohnungen gibt es nicht. In den Städten ist das wesentlich anders. Aber abgesehen davon ist der Wohnungsfehlbestand mit dem Bauwillen und den Baumöglichkeiten, vor allem auf dem Sektor der Einzelwerber, in keiner Weise identisch. Beim Bau eines Eigenhauses kommt es auf die Entschlußkraft, auf die Opferbereitschaft des Einzelnen an, sich selbst ein Heim zu schaffen. Dies soll man nach meiner Auffassung — mein Vorwurf richtet sich an den Bundesgesetzgeber — fördern und nicht hindern. Wir haben beim Landeswohnbauförderungsfonds bisher auf diesen Umstand Bedacht genommen und im Jahre 1954 beispielsweise im Bezirk Weiz 120 Anträge mit 3,2 Millionen bewilligt, was 9,5% der Förderungsmittel des Landeswohnbauförderungsfonds für dieses Jahr ausmacht. Im Bezirk

Deutschlandsberg wurden 107 Anträge mit 2,7 Millionen S bewilligt, das sind 8% der Förderungsmittel, in Feldbach 97 Anträge mit 2,6 Millionen S — ich bedaure, daß der Abg. Hofmann nicht da ist — oder 7,73 % der Förderungsmittel und schließlich Leoben: 52 Anträge mit 1,700.000.— S, d. s. 5,06% der Mittel.

Wie sieht es nun bei der neuen Wohnbauförderung aus? Der Bezirk Weiz, der aus den Mitteln des Landeswohnbauförderungsfonds 120 Anträge aufrecht erledigt erhielt, hat nun 8 Anträge bewilligt erhalten auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 mit zusammen S 350.000.—; dabei wurden aber die nach dem Wohnungsfehlbestand zustehenden Mittel bereits um S 150.000.— überschritten. Dieser Bezirk, aus dem immer die meisten Anträge eingebracht wurden, soll nur mehr 2,2% der Förderungsmittel erhalten. Er wird also auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 nicht mehr 120 Anträge aufrecht erledigt erhalten können, sondern nur mehr 3 oder 4. Es liegen aber aus diesem Bezirk Weiz beim Wohnbauförderungsfonds 220 Anträge auf. Für den Bezirk Weiz ergibt sich demnach auf Grund des unmöglichen Gesetzes eine Wartezeit von 25 Jahren, ganz abgesehen, daß gestern und heute noch weitere Anträge aus diesem Bezirk eingereicht werden.

Nicht anders ist es, Herr Abg. Schabes, im Bezirk Deutschlandsberg. Hier wurden nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 9 Anträge mit 378.000 S bewilligt, wobei die Überschreitung bereits 140.000.— Schilling betrug, denn dieser Bezirk hat nur einen Anteil von 2,6%. Aus dem Bezirk Deutschlandsberg haben wir 190 unerledigte Anträge, so daß es bei der Quote, die dem Bezirk zugeteilt ist, auch 20 Jahre dauert, bis der letzte Förderungswerber drankommt. Ich denke da an Ihre bewegte Klage, Herr Abg. Schabes; hier wird es notwendig sein, daß auch Sie in Ihrem Kreise dafür eintreten, daß dieses unmögliche Wohnbauförderungsgesetz einer entsprechenden Novellierung unterzogen wird. Aber am ärgsten ist es in Feldbach. Diesem Bezirk kommt 1% der Förderungsmittel zu. Mit 2 Anträgen ist dieser Anteil erschöpft; 190 Anträge liegen vor. Hier geht es glücklich auf 80 Jahre aus, aber trotzdem müssen wir noch immer Anträge entgegennehmen, auch aus Feldbach. Demgegenüber stehen dem Bezirk Leoben 1 Million für 110 Anträge, dem Bezirk Graz-Stadt 3,8 Millionen für 228 Anträge zur Verfügung. Wenn wir diese Ziffern gegenüberstellen, ergibt sich bei Anwendung dieser Bestimmungen und unter Zugrundelegung der in diesem Jahr zur Verfügung stehenden Mittel, daß pro Antrag zur Verfügung stehen, und zwar auf dem Sektor der Einzelwerber: Stadt Graz, 15.000.— S, Leoben 9.000.— S, Deutschlandsberg 2.000.— S, Weiz 1.600.— S, Feldbach sage und schreibe 500.— S je Antrag. (Zwischenruf: „Das reicht gerade für 2 Türschnallen!“)

Der Hinweis auf die verschieden große Wohnungsnot scheint nur bedingt stichhältig, da niemand behaupten kann, daß die Wohnungsnot in der einen Stadtgemeinde gegenüber einer andere 20mal größer ist. Niemand kann behaupten, daß der Wohnungsfehlbestand in Weiz 20mal geringer ist als in

Leoben. Ich kann mir vorstellen, daß wir bei den großen Sparten der Gemeinde- und gemeinnützigen Bauvorhaben die Städte, die Bedarf an Wohnhäusern und nicht so sehr an Eigenheimen haben, daß wir diese hier berücksichtigen.

Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß es jemand in diesem Hohen Haus, der das Volk wirklich vertritt, wird durchhalten können, daß der Bezirk Feldbach erst in 80 Jahren aus dem Wohnbauförderungsfonds seine letzten Ansuchen aufrecht erledigt erhält. Denn bei den Einzelwerbern hängt es beim Bau von Eigenheimen wohl in erster Linie von der eigenen Entschlußkraft, dem Einsatzwillen und den eigenen Mitteln, aber manchmal wohl auch von einer gewissen Opferbereitschaft ab, ob der Bau zustandekommt oder nicht. Und praktisch, meine Damen und Herren, glaube ich, daß es keine Volksvertretung wird verantworten können, daß derjenige, der gewillt ist, Mehrleistungen zu erbringen, noch bestraft wird für diesen guten Willen und für seine Opferbereitschaft auf Grund dieses unmöglichen Gesetzes. (Rbfe: „Sehr richtig!“)

Ich darf Sie deshalb um Einsicht bitten, nicht im Interesse meiner Partei oder im Interesse meiner Person (LR. Fritz Matzner: „Na, Partei vielleicht, Person nicht!“) — wie es ja auch schon gesagt worden ist — daß eine Novellierung des Gesetzes notwendig ist und daß auch Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, dieser Notwendigkeit der Landgebiete, der Landstädte Rechnung tragen und mitwirken, daß man dieses Gesetz novelliert, damit auch die Familie, die wirklich Opfer bringt, ob nun in Feldbach oder anderswo, nicht 80 Jahre auf die Zuteilung eines Darlehens warten muß. Ja, ich gehe sogar so weit daß ich der ernstesten Auffassung und Meinung bin, hier den Hohen Landtag ersuchen zu dürfen und vor allem die Mitglieder des Beirates, daß man Härten, die als unmenschlich empfunden werden, auf dem Gebiet der Einzelwerber und Einzelsiedler auch vor der Novellierung des Gesetzes schon nach Möglichkeit meidet. (Abg. B a m m e r: „Haben wir schon gemacht!“) Es mag sein, daß da irgendein Beiratsmitglied Bedenken bekommt. Wir sind ja selbst der Auffassung, daß gewisse Dinge unvermeidbar und mit dem Gesetz unvereinbar sind, aber ich sage noch einmal, ich glaube, daß hier eine gewisse Elastizität notwendig ist und ich bin der Meinung, daß man den Menschen in der Steiermark offen sagen muß, daß wir auf Jahre hinaus mit Anträgen versorgt sind und daß leider Gottes, da die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, das Einbringen neuer Anträge zwecklos ist. Ich sage das auch im Interesse aller jener, die die Tage, Wochen und Monate zählen, bis sie zu einer Wohnung kommen, denn alle diese mangelnde Entschlußkraft würde nur dazu führen, daß die Verwaltung und die Übersichtlichkeit, die immer und überall gefordert wird, darunter wesentlich leidet und erschwert wird.

Hoher Landtag! Die Leistungen des Landeswohnungs- und Siedlungsfonds haben Sie in diesem Hohen Haus mehrmals schon lobend anerkannt, ebenso die Objektivität und Tüchtigkeit der damit beschäftigten Kräfte, wenn auch der Herr Abgeordnete Bammer sich hier heute bemüßigt fühlt

hat, gewisse Zweifel wachzurufen. Ich muß indessen sagen, die Belastung dieses Amtes unter den gegebenen Verhältnissen, sowohl räumlich als auch persönlich, ist eine große und es wird kaum ein anderes Amt in der Landesregierung geben, bei dem schon in den Gängen draußen die Parteien, die Siedlungswerber warten und es wird selten ein Amt geben, in dem die Beamten auf eine so harte Nervenzerreißprobe gestellt werden. Viele andere können sich an der Leistung und der Arbeit der Kräfte des Wohnungs- und Siedlungsamtes ein Beispiel nehmen. Ich möchte bitten, daß Sie im Interesse der Siedlungswerber, im Interesse einer gedeihlichen Arbeit — und es wird nicht leicht sein, die Dinge einigermaßen in Ordnung zu halten — meinen Bitten zustimmen und sie unterstützen. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, im nächsten Jahr zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit zu kommen. Ich kann nicht glauben, daß Sie diesen Notwendigkeiten, diesen Tatsachen von Ihrer Seite nicht auch Rechnung tragen werden.

Abschließend möchte ich noch einmal sagen, daß, wie ich glaube, referatsmäßig gesehen, diese Arbeit mit Parteipolitik nichts zu tun hat. Danach haben wir auch nie gefragt und wir können die Beurteilung der Arbeit auf dem Sektor der Wohnbauförderung ruhigen Gewissens der steirischen Bevölkerung überlassen, sie kennt uns seit sechs Jahren, sie weiß, daß wir auf diesem Gebiet saubere und ordentliche Arbeit zum Segen unserer Steiermark geleistet haben. (Sehr lebhafter Beifall.)

Abg. **Strohmayer**: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es langsam Zeit wird, neben dem Wohnungsbau auch an die Erhaltung des Wohnungsbestandes zu denken. Ich bin der Meinung, daß wir in Zukunft auch diesem Problem unser Augenmerk werden zuwenden müssen. Ich spreche da weniger von den Häusern in der Stadt, sondern mehr von jenen in der Umgebung. Ich denke an meinen Heimatgau Eggenberg (Heiterkeit): Da gibt es ein Haus, gleich gegenüber meiner früheren Wohnung, das ist ausgesprochen im Zerfall begriffen. Man weiß schon nicht mehr, wie man ungefährdet daran vorbeigehen soll. Die Parteien und die Hausbesitzerin bringen das Geld nicht auf, das notwendig wäre, um dieses Haus renovieren zu können. Ich frage, ist es bei der heutigen Wohnungsnot nicht eine Sünde, so ein Haus einfach dem Verfall preiszugeben? Ich weiß, daß es unklug ist, gerade vor einer Wahl über dieses Thema zu sprechen. Es ist aber notwendig und wir dürfen uns da nicht hinter einer falschen Maske verstecken. Diese kleinen Hausbesitzer sind heute bedeutend ärmer als jemand, der einen gesicherten Verdienst hat. Sie möchten die Häuser ja oft gerne los werden, um wenigstens eine Rente zu bekommen. Sie sind ja oft selbst aus dem Arbeiterstand und haben das Gefühl, daß in diesem Land alle Lasten nur den kleinen Hausbesitzern und der Landwirtschaft auferlegt werden. Die heutige soziale Grundlage kann von Ihnen nur gehalten werden, indem Sie diesen beiden Ständen immer wieder Opfer auferlegen. Hier aber muß nun geholfen werden. Nicht den Hausbesitzern zuliebe, sondern den Parteien, die dort wohnen. In der Mehrzahl sind es arme

Rentner, die niemals die Mittel aufbringen, die Häuser instand zu setzen. Ich ersuche Herrn Landesrat Prirsch, seine Aufmerksamkeit auch einmal diesen Dingen ernstlich zuzuwenden.

Abg. Pölzl: Hoher Landtag! Landesrat Prirsch ist wahrscheinlich der Meinung, daß er eine glanzvolle Wahlrede gehalten hat. Ich glaube, daß seine Rede eine glanzvolle Oppositionsrede gewesen ist, eine Oppositionsrede gegen seine eigene Partei, gegen eine Regierung, in der seine Partei die Mehrheit stellt, gegen den Gesetzgeber, der in erster Linie für dieses Wohnbauförderungsgesetz verantwortlich ist, das er so scharf kritisiert hat. Er hat uns auf eindrucksvolle Weise durch seinen Bericht klar gemacht, daß das, was sich gegenwärtig Wohnbauförderung in Österreich nennt, an einen Betrug heranreicht. Denn was ist es anderes, wenn man Tausende von Wohnungslosen in der Illusion wiegt, daß sie durch die gegenwärtige Wohnbauförderung zu Wohnungen kommen werden, um dann aus dem Bericht des Herrn Landesrates zu erfahren, daß auf Grund der eingebrachten Ansuchen in kurzer Zeit ein Hundertjahrplan notwendig werden wird, um auch nur die Ansuchen zu befriedigen, die schon eingereicht wurden. (Abg. Dr. Pittermann: „Wir machen es noch immer besser als Ihre Paradieserzeuger!“) Warten Sie, Sie kommen auch noch dran. (Heiterkeit.) Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die Wohnungslosen oder Wohnungsansuchenden, die sich auf diese Art der Wohnbauförderung verlegen, ein gewisses Kapital haben müssen und diese Art der Wohnbauförderung für jene, von denen Sie in bewegten Worten schon tagelang reden, für die kinderreichen Familien, für die Ärmsten der Armen, für die ausgesprochenen Notstandsfälle überhaupt nicht in Betracht kommt.

Ein empörenderes Dokument als diesen Bericht, den der Herr Landesrat Prirsch im Zusammenhang mit der Frage der Wohnraumbeschaffung gebracht hat, kann es wohl kaum geben. Herr Landesrat, wir sind Ihnen für diesen Bericht sehr dankbar; dieser Bericht hat voll und ganz aufgezeigt, daß mit den gegenwärtigen Methoden der Wohnbauförderung in Österreich das Wohnungsproblem für die große Zahl der Wohnungssuchenden nicht gelöst werden kann. Wer aber hat sich immer wieder an die Spitze gestellt im Kampf gegen den Mieterschutz, wer hat das Wohnungsanforderungsgesetz so lange verstümmelt, bis es überhaupt keine Handhabe mehr gegeben hat, um freiwerdende Wohnungen anzufordern? Hier in den Landtag zu gehen und so zu tun, als ob man nicht schuld daran wäre, ist die Höhe der Demagogie. (Zwischenrufe, Lärm.) (Abg. Stöffler: „Demagogie? Das ist doch unglaublich!“) So etwas habe ich in meinem Leben noch niemals erlebt, so etwas hätte ich Ihnen, obwohl ich mir über Ihre Partei und ihre Methoden keine Illusion mache, nicht zugetraut.

Meine Herren, es ist kein Zweifel, daß gerade die ÖVP. den sozialen Wohnungsbau praktisch abgeschrieben hat. Es kommt dies auch in den Ausführungen des Herrn Landesrates klar zum Ausdruck. Wen möchte das Gesetz am liebsten fördern, wem soll die Möglichkeit gegeben werden, zu

bauen? Er sagt es immer wieder in aller Deutlichkeit: Vor allem jene, die in der Lage sind, zunächst einmal nach seinen eigenen Ausführungen mindestens die Hälfte der Baukosten aufzubringen. Um dazuzahlen zu können, muß man etwas haben und man hat nur etwas übrig für den, der etwas hat. Wir würden sehr notwendig eine einheitliche Stellungnahme zur Lösung des Wohnungsproblems in Österreich brauchen. Herr Landeshauptmann hat hier eine Bemerkung gemacht, die nicht sehr ansprechend ist. Ich glaube, daß es auch für eine christliche Weltanschauung ein Gebot ersten Ranges wäre, in erster Linie die ganzen Kräfte unseres Landes darauf zu konzentrieren, daß jedem Menschen in unserem Lande ein Dach über dem Kopf gesichert wird. Aber sehen Sie, meine Herren, Sie mögen sich noch so sehr brüsten, was Sie alles geleistet haben, so lange wir Hunderttausende von Wohnungslosen haben, so lange haben Sie keinen Grund, in selbstgefälliger Art über all das zu reden, was schon geleistet ist.

Wie sieht es bei einem anderen großen Problem, das heute zur Sprache gekommen ist, beim Straßenbau, aus? Bei der Erörterung der Erneuerung des Schauspielhauses ist es mir klar geworden, daß sich weder Land noch Gemeinde genügend darum kümmern, daß Bundesmittel für die Erneuerung des Schauspielhauses freigemacht werden. Auch bei der Frage des Straßenbaues muß ich ähnliches feststellen. Ich erinnere mich sehr gut, wie hier in diesem Hause Landesrat Dr. Illig die Frage der Glattjochstraße in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt hat. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wollen Sie sagen, daß Herr Landesrat Dr. Illig ein Illusionist, ein Phantast ist, der nicht weiß, was er will und vorschlägt? Es ist schon höchst sonderbar: ÖVP-Mandatäre, Bürgermeister aus den betreffenden Gebieten gehen zu Besprechungen, um eine Frage wie den Bau der Glattjochstraße zu erörtern. Wahrscheinlich war auch der Referent der Landesregierung eingeladen, aber er ist ein Gescheiter, er geht nicht hin; er sagt: Redet, was ihr wollt! Dort ist die Bevölkerung, dort wollen verschiedene Mandatäre guten Wind machen für die ÖVP. Er kommt dann in den Landtag: Ich bin der zuständige Referent des Bauamtes, ich weiß, welche Mittel zur Verfügung stehen, mögen die Narren verlangen, was sie wollen, ich werde sie zu Paaren treiben.

Ich glaube, wenn aus der Diskussion, die heute hier abgeführt wurde, wenigstens das kleine Resultat herauskommen würde, daß man endlich das macht, was der Herr Nationalrat Dr. Gorbach in seinem Schreiben anführt, daß nämlich die Landesregierung und der Landtag sich schlüssig werden, was von der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Verbindung Ennstal—Murtal eigentlich geschehen soll, daß ein konkreter Vorschlag einmal ausgearbeitet wird und dieser der Bundesregierung überwiesen wird, dann könnte man schon froh sein. Aber ich fürchte, es kommt nicht einmal das dabei heraus. Es besteht nur ein Bedürfnis, hier Wahlreden zu halten, und zwar auf die primitivste Art und Weise (Abg. Stöffler: „Primitiver als Sie kann man nicht reden!“), ohne bereit zu sein, die

Probleme, die zur Debatte stehen, auch einer Lösung zuzuführen.

Meine Damen und Herren! Mit einem Hundertjahrplan werden Sie mir nicht imponieren. Sie erinnern sich so gut, was ich seinerzeit zur Glattjochstraße gesagt habe, aber ich hoffe, daß sie diese Bundesstraße über das Glattjoch nie zu Kriegszwecken benützen werden, das ist meine Meinung auch heute und dazu stehe ich heute so wie gestern und auch morgen. Sehen Sie, Herr Abg. Stöffler, ich begreife ja, daß Sie böse werden. Ich verstehe vollkommen, was Sie nun seit Tagen hier aufführen. Es ist nichts anderes, als eine armselige Maske, die Sie ja zur Schau tragen, weil sie genau spüren, daß das, was Sie sagen, zu dem, was Sie tun, einen kolossalen Widerspruch darstellt und Sie schreien deswegen gegen alles, was ich sage, weil Sie fürchten, daß das Volk auf diesen Widerspruch draufkommt. (Die letzten Worte waren andauernd von Zwischenrufen und Lärm begleitet, sodaß der Redner zeitweise unverständlich wurde.)

Abg. Präs. **Scheer**: Meine Damen und Herren! Die Glattjochangelegenheit darf von meiner Seite nicht unbeantwortet bleiben. Ich habe mir die Vorwürfe, die sich die ÖVP und SPO gestern und heute gegenseitig gemacht haben, mit einer gewissen Befriedigung angehört. Es ist klar, wenn man hier sitzt und sich etwas anhört so als Unbefangener zwischen zwei Blöcken, dann kann man sich bestimmt ein richtigeres Bild machen, als wenn man auf einer der Regierungsbänke sitzt.

Nun kann ich genau feststellen und schildern, wie der Vorgang bei der Versammlung über die Glattjochstraße war und was sich dort abgespielt hat, weil ich als obersteirischer Abgeordneter in Scheifling bei dieser großen Versammlung anwesend war, als die Interessenvertreter alle diese Fragen dort aufgerollt haben. (Abg. Pölzl: „Sie waren einer von den Phantasten!“) Ich bin einer der Funktionäre, jawohl! Ich bedauere, daß der Kollege Ertl von der ÖVP, der damals auch dabei war, augenblicklich nicht hier ist und ich ihn nicht gleich als Zeugen zur Hand habe. Es wäre nicht schlecht, ihn herbeizuholen, damit er das bezeugen kann, was ich jetzt hier vorbringen will.

In der großen Generalversammlung erfolgte eine klare Darlegung, wo sich die Herren schlüssig darüber wurden, was am nächsten Tag in der öffentlichen Versammlung vor sich gehen sollte. Bei dieser Besprechung waren sämtliche Bürgermeister anwesend, dann der Herr Abg. Ertl, der Herr Abgeordnete Lackner von der SPO und ich von unserem Lager. Dort hat der Herr Abg. Lackner recht heftige Angriffe gegen den Abg. Dr. Rainer gestartet, weil er voriges Jahr anlässlich der Budget-Debatte das Glattjoch-Projekt hier im Hause angegriffen hatte und der Herr Abg. Lackner hat aus dem Protokoll die bezügliche Stelle aus der Rede des Herrn Abg. Dr. Rainer zitiert. (Abg. Rainer: „Wurde das also vorgelesen?“) Ja, er hat es vorgelesen. Darüber war in diesem Kreis großes Befremden, da man es ja ganz anders wußte, als man es nun von Herrn Lackner aufgedeckt sah, daß also ein prominenter Vertreter der Obersteiermark und ÖVP-Ob-

mann von Liezen und Abgeordneter, also Dr. Rainer, eine derart konkrete und klare Stellungnahme gegen dieses Glattjoch bezogen hat. Dem Abgeordneten Ertl war das sichtlich peinlich und er versuchte auszugleichen, indem er sagte, es wäre ein Unsinn, daß man aus dieser Sache so ein Politikum mache. Mit einem Wort, die ganze Angelegenheit war ihm peinlich.

Es ist nun zugegangen wie bei einem Sturm im Wasserglase ähnlich wie hier im Landtag, da sich alle in den Haaren gelegen sind. Ich habe dann vorgeschlagen, um aus dieser Sache so halbwegs herauszukommen, daß wir sagen, es gibt da weder eine SPO- noch eine ÖVP- noch ein VdU-Straße, wir wollen alle, daß sie gebaut wird und es gehe nur so, daß die Sache gemeinsam gemacht und an das Volk herangetragen wird und an die Stellen, die diese Straße letztlich bauen sollen, das sind die Stellen in der Landesregierung und in der Bundesregierung. Schön! Der Herr Abg. Ertl hat versprochen, er werde diesen meinen Vorschlag bestimmt in seiner Fraktion durchsetzen und er werde das seine tun, einen solchen gemeinsamen Antrag durchzusetzen. Er war also der Meinung, daß das zu machen wäre. Lackner hat auch erklärt, daß es möglich sein werde, seinen Klub dahin zu bringen, einen gemeinsamen Antrag zu machen, ich habe das von meinem Klub selbstverständlich auch behauptet und so ging der Weg weiter. Aber, meine Damen und Herren, wer nun glauben würde, daß es jetzt wirklich gegangen wäre, der irrt. Als wir nach den Sommerferien zusammenkamen zur ersten Fühlungnahme, war von dieser Meinung der ÖVP, daß die Glattjochstraße gebaut werden soll, nichts mehr vorhanden. Und nur durch einen einmaligen Witz, durch einen Proporz-Witz ist in einem anderen Ausschuß, wo nicht die großen Bonzen der ÖVP anwesend waren (LH. Krainer: „Es steht Ihnen sehr gut an, als Landtagsabgeordneter von Bonzen zu reden!“), sondern nur die kleinen Abgeordneten, von denen der Herr Landeshauptmann so gerne spricht, in einem Vorschlag etwas übersehen worden und so ging der Antrag dann ganz leicht durch. (LR. Pirsich: „Sie gehören zu den Oberbonzen des VdU!“) Ich gehöre nicht dazu! (LR. Pirsich: „Unterschätzen Sie sich nicht!“) (Gelächter.) Es ist der Witz passiert, daß in diesem kleinen Ausschuß nur eine kleine Änderung eingefügt wurde. Es hieß, wir wollen einen Übergang vom Ennstal ins Murtal und da wurde dazugefügt „über das Glattjoch“ und dann ist das einstimmig durchgegangen und damit war das erste Mal eine gemeinsame Meinung aller drei im Ausschuß vertretenen Parteien vorhanden, welche besagte, daß wir das Glattjoch-Projekt als eine Landesmeinung hinstellen.

So ist es zu dieser Äußerung gekommen, zu der sich der Generalberichterstatter der ÖVP, Abgeordneter Stöffler, hat bekennen müssen. Durch diese kleine Ausschußangelegenheit ist festgelegt gewesen, daß der Steiermärkische Landtag den Übergang über das Glattjoch wünscht.

Ich hoffe, daß diese Meinung nicht dazu beiträgt, daß von hinten herum nach oben diese offizielle Meinung des Steiermärkischen Landtages inoffiziell bei anderen Regierungsstellen des Bundes abgebogen wird. Wir wollen lieber miteinander gemein-

sam versuchen, diesen auf irgendeine Art herbeigeführten Beschluß durchzuführen und wir hoffen, daß diese wunderbare Straße doch einmal entstehen wird. Das ist der Wunsch meiner Fraktion. Ich habe nunmehr festgestellt, wie der Hergang, betreffend die Glattjochstraße, entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten war. (Beifall bei der WdU.)

Landeshauptmann Krainer: Hoher Landtag! Es ist noch einmal notwendig, zum Glattjoch etwas zu sagen. Ich glaube dem Herrn Abg. Lackner, daß er innerlich bewegt diese Glattjochstraße als Ideal ansieht, das erreicht werden muß. Präsident Scheer ist auch dabei, wir freuen uns darüber, daß Sie auch dabei sind. Wir haben das Problem allerdings vor sechs Jahren ernstlich studiert und überdacht. (Abg. Pölzl: „Und ad acta gelegt!“) Sie haben uns angeklagt, weil wir Güterwege bauen. Sie haben erklärt, wir bauen strategische Straßen. (Abgeordneter Pölzl: „Weisen Sie mir das im Protokoll nach!“) Das kann ich dem Hohen Landtag zur Kenntnis bringen, wir haben uns um die Finanzierung bemüht und zwar ernstlich bemüht. Wir haben Jahr für Jahr diese Frage wiederum angeschnitten. Doch es muß nicht heute, auch morgen noch nicht sein. Es ist noch nicht zu einer ernsten Planung und auch noch nicht zum Beginn einer Durchführung gekommen. Voraussetzung ist, daß wir ein Gesetz beschließen. Sie werden doch nicht behaupten können, daß das Land diese Straße bauen kann. Um diese Klarstellung geht es ja, es ist die Kompetenz nicht gegeben, der Bund muß ein Gesetz beschließen, daß er diese Straße baut und dann wird der Bau erst ins Rollen kommen.

Ich muß jetzt, weil so Schindluder getrieben wird, noch eines sagen: Wir haben Straßensperren und Hindernisse, wir haben Straßen an Orten der Industrie, wir haben Städte, wo ein Fußgänger überhaupt nicht mehr existieren kann, weil er keinen Augenblick sicher ist, von einem Auto oder einem Motorrad umgerannt zu werden. Und Sie phantasieren von einem neuen Projekt! Sorgen Sie dafür, daß unsere Fußgänger eine Sicherheit bekommen und bauen wir Radfahrwege und Steige! (Abg. Taurer: „Und Sie mit den Autobahnen?“) Das ist auch eine Autobahn, die Sie so fanatisch verlangen.

So kann man die Dinge nicht behandeln, so leidet die Würde dieses Hohen Hauses. Die jungen Menschen glauben uns nicht, wenn wir eine solche Spiegelfechterei betreiben. Das ist kein Politikum, deshalb wird kein SPO- oder ÖVP- oder VdU-Mann mehr gewählt. Das ist notwendig, das ist eine wirtschaftliche Angelegenheit, die man doch nicht zu einem Sport machen und damit den Landtag stundenlang aufhalten kann. Man muß in dieser Frage mit System vorgehen, das muß überlegt, geplant sein. Wenn ein Herr Hofrat Zeit hat in seiner Pension, sich um solche Dinge zu kümmern, das ist ja dankenswert, ebenso wenn sich auch viele Abgeordnete interessieren. Der Ernst erfordert aber, daß über diese Bemühungen hinaus und über diese Forderung die Bevölkerung und die Bürgermeister neuerlich ernstlich überlegen: Was kann man und was kann man nicht?

Bei dem Zustande unserer Straßen, bei den Gefahren auf unseren Straßen kann ich nicht sagen,

das alles sieht man nicht, ich sehe nur eine neue Straße. Es wäre mir viel lieber, wenn die alten Straßen in Ordnung wären! Wenn schon Glattjoch, werden die Bewohner weiter oben im Tal schimpfen und die herunter zufrieden sein. Es wurde dieser Streit vollkommen unnötig vom Zaune gebrochen durch die Behauptung, die Achse kann nur Pötschenpaß—Glattjoch—Oberwölz sein.

Sie verbrämen das mit der Hilfe für die dortigen Bauern! Da haben wir schon lange diese Güterwege gebaut (Rufe: „Sehr richtig!“ bei ÖVP.), bevor Sie an diese Straße gedacht haben, damit unsere Fuhrwerke und unsere Holzkäufer einen Weg sowohl nach Donnersbachwald als auch in den Schöttlgraben, wie er heißt, haben. Noch etwas: Als wir die Straße nach Donnersbachwald übernommen haben, welche Schwierigkeiten hat es da gegeben! Lesen Sie nach, welche Bedingungen von diesen armen Gebirgsbauerngemeinden von Ihrer Seite verlangt wurden und jetzt müssen Sie kommen, um den armen Gebirgsbauern von Donnersbachwald zu helfen. (LR. Prirsch: „Jawohl, jawohl!“) Ich überlasse es der Meinung und dem Urteil der hier Anwesenden, welchen Ausdruck für solche Äußerungen man sich zurechtlegen will. Bei unserer finanziellen Lage fallen vielleicht zufällig 100 oder 150 Millionen Schilling herunter! Solange nicht wichtigere Verkehrshindernisse beseitigt sind, werden wir immer fordern, daß die Kosten hiefür den Vorrang erfahren, bevor eine neue Straße gebaut wird. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter, Herr Abg. Wegart hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Wegart:** Hohes Haus! Ich stelle den Antrag, die Gruppe 6 mit den Ihnen vorliegenden Anträgen zum Beschlusse zu erheben.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe in der vom Herrn Berichterstatter vorgelegten Form zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Die Gruppe 6 ist angenommen.

Die Obmännerkonferenz hat vorgeschlagen, nachdem keine Aussicht besteht, die Verhandlungen für den Landesvoranschlag heute abschließen zu können, die Verhandlungen um 1 Uhr zu unterbrechen. Ich unterbreche die Sitzung und nehme sie Donnerstag, den 29. Dezember, wieder auf.

Ich wünsche den Mitgliedern des Landtages und der Landesregierung recht frohe und segensreiche Weihnachten.

Die Sitzung wird um 12 Uhr unterbrochen.

Wiederaufnahme der Sitzung am 29. Dezember 1955 um 9.05 Uhr.

Präsident: Hoher Landtag! Ich nehme die am vergangenen Freitag unterbrochene Landtagssitzung wieder auf und begrüße alle Erschienenen.

Bevor wir die Spezialdebatte zum Landesvoranschlag fortsetzen, möchte ich heute eines Mannes gedenken, der in der Ersten Republik viele Jahre

dem Steiermärkischen Landtag und auch der Steiermärkischen Landesregierung als Mitglied angehört hat. Es war dies der ehemalige Landesrat, Pfarrer Leopold Zenz. Er wird heute in Leibnitz zu Grabe getragen. (Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.)

Leopold Zenz hat vom November 1920 bis Dezember 1933, demnach 13 Jahre, ununterbrochen dem Steiermärkischen Landtag als Abgeordneter angehört. Er war auch viele Jahre Mitglied des Landeskultur- und des volkswirtschaftlichen Ausschusses. Am 25. November 1926 wurde er zum Landesrat gewählt. Diese Funktion bekleidete er mehr als sieben Jahre. Ihm waren vor allem die Belange der Landwirtschaft anvertraut. Er führte aber auch eine zeitlang das Personalreferat. Mit 15. Dezember 1933 legte er sein Mandat als Landtagsabgeordneter und seine Funktion als Landesrat zurück, um sich von diesem Zeitpunkte ab ganz seinem hohen priesterlichen Beruf widmen zu können. In der Landtagssitzung am 16. Dezember 1933 wurde ihm der Dank und die Anerkennung für sein Wirken im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung ausgesprochen. Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen, daß Sie sich zum Zeichen des Gedenkens von den Sitzen erhoben haben.

Hoher Landtag! Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, möchte ich des Umstandes gedenken, daß es gestern zehn Jahre waren, daß hier im Steiermärkischen Landtag die erste Landesregierung in der Nachkriegszeit in demokratischer Wahl gewählt wurde.

Entschuldigt von der heutigen Sitzung hat sich Landeshauptmann Krainer.

Wir haben in der Sitzung am vergangenen Freitag die Beratungen über die Gruppe 6 des Landesvoranschlages abgeschlossen und kommen daher jetzt zur Gruppe 7:

„Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.“

Berichterstatter ist Abg. Ertl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Ertl: Die Gruppe 7 bringt den Mitgliedern des Hohen Hauses die Sorgen der steirischen Bauernschaft und der steirischen Landwirtschaft zu Gehör. Ich stelle einleitend fest, daß sich die steirische Bauernschaft der großen Aufgabe voll und ganz bewußt war und keine Mühe und keine Arbeit scheut, um aus der heimischen Scholle die größten Erträge für die Versorgung der Bevölkerung aufzubringen. Dies geschah unter den schwierigsten Verhältnissen. Wir dürfen nicht vergessen, daß mit dem Jahre 1910 mehr als die Hälfte der Unselbständigen von der Landwirtschaft abgewandert sind und die steirische Bauernschaft vor die große Aufgabe gestellt wurde, diese Ersatzkräfte durch Mechanisierung und Motorisierung in ihren Betrieben auszugleichen, alles unter den denkbar schwersten Verhältnissen. Die steirische Bauernschaft kennt keinen Achtstundentag, kennt

keinen Sonntag und Feiertag in ihren Betrieben, sie ist unermüdlich am Werk, um, wie schon betont, dem Boden den höchsten Ertrag abzugewinnen.

Auch der Finanzausschuß hat sich eingehend mit der Gruppe 7 befaßt und ich darf hier zwei neue Festsetzungen erwähnen. Vom Finanzausschuß wurde die Aufnahme von Krediten bis zur Gesamthöhe von zehn Millionen Schilling für den Ankauf auslaufender Bauernhöfe zum Zwecke der Schaffung lebensfähiger bäuerlicher Familienbetriebe, sowie die Ausfallsbürgschaft zu übernehmen und Zinsenbeihilfen in der Höhe von 6 v. H. zu gewähren.

Wir haben leider auch bei der steirischen Bauernschaft die Wahrnehmung gemacht, daß viele bäuerliche Betriebe durch das Absterben des Betriebsführers führerlos geworden sind und daß hier die Möglichkeit gegeben ist, Bauernsöhnen oder landwirtschaftlichen Arbeitern oder Pächtern die Möglichkeit zu geben, mit finanzieller Unterstützung selbst Bauer zu werden.

Die zweite Post ist der Zinsendienst für Darlehen zur Mechanisierung landwirtschaftlicher Betriebe im Ausmaße von 200.000 S. Der Finanzausschuß hat hier einstimmig beschlossen, für Kredite bis zur Gesamthöhe von fünf Millionen Schilling zur Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen zwecks Förderung der Mechanisierung in der Landwirtschaft die Ausfallsbürgschaft zu übernehmen und Zinsenbeihilfen in der Höhe von 6 v. H. zu gewähren. Die Mechanisierung in der Landwirtschaft hat ihre Fortschritte gemacht. Im Jahre 1939 hatten wir in der steiermärkischen Bauernschaft 1074 Traktoren im Einsatz und im Jahre 1955 wurde die Zahl von 50.000 bereits überschritten. Melkmaschinen waren im Jahre 1939 überhaupt noch keine vorhanden und im heurigen Jahr haben wir 9000 Melkmaschinen in der Landwirtschaft im Einsatz.

Ich betone, daß sich der Finanzausschuß eingehend auch mit der Gruppe 7 befaßt hat und daß die Einnahmen für das Jahr 1955 mit 3.900.000 S und die Ausgaben im Betrage von 49.318.800 S für das kommende Jahr 1956 festgelegt wurden. Die Bauernschaft kann mit Stolz feststellen, daß die Kredite, die der Landtag für die Förderungsmaßnahmen der steirischen Landwirtschaft für das heurige Jahr festgelegt hat, wirklich nutzbringend angewendet wurden und daß wir mit Zuversicht rechnen können, daß sich auch die Beträge, die der heutige Landtag beschließt, für das Wohl der Landwirtschaft und der ganzen Bevölkerung nutzbringend auswirken werden.

Ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, die im Finanzausschuß festgelegten Beträge für das neue Budget ebenfalls zu genehmigen.

Präsident Wallner: Hoher Landtag! Verehrte Damen und Herren! Wenn ich mich zum Kapitel 7 wie alljährlich zum Worte melde, so möchte ich zunächst feststellen, daß die Behandlung dieses Kapitels in diesem Jahr im Finanzausschuß sich wesentlich von den vorherigen unterschieden hat. Während uns bisher im Finanzausschuß immer Vorhaltungen gemacht wurden, daß vor allem jene Mittel, die über die Kammer für Land- und Forstwirt-

schaft zur Verteilung kamen, nach politischen Gesichtspunkten verwendet werden, oder daß eine mangelnde Kontrolle über diese Mittel herrscht, so war es in dieser Hinsicht heuer auffallend still. Man hätte meinen können, daß die Sozialistische Partei sich bereits überzeugen ließ davon, daß die Dinge tatsächlich in Ordnung gehen. Ich bin aber mehr der Meinung, daß das eine gewisse Taktik war und man sein Pulver nicht zu früh verschießen wollte. Ich bin deshalb der Meinung, daß es doch notwendig ist, hier über diese Fragen zu sprechen.

Ich bitte eingangs schon um Entschuldigung, wenn ich mich nicht genau an die einzelnen Titel halte, sondern mehr über allgemeine Fragen spreche. Das ist eine Übung, die ich auch den übrigen Abgeordneten bei der Behandlung der einzelnen Gruppen zugestanden habe.

Es ist sicher Aufgabe des Landes, Landwirtschaftsförderung zu betreiben und deshalb muß es uns auch im Landtag interessieren, wie sich diese Förderung auswirkt und wie es überhaupt um die Landwirtschaft steht. Es ist für uns vor allem eine große Sorge und eine traurige Tatsache, daß die Menschen, die in der Landwirtschaft tätig sind, in den letzten Jahren und auch heute noch ständig sich bemühen, in andere Berufe abzuwandern und andere Berufe zu ergreifen. Das zeigt anschaulich folgende Rechnung: Am 8. August 1950 waren in der Steiermark in der Landwirtschaft 49.042 Versicherte, am 8. August 1955, also fünf Jahre später, nur mehr 43.211. Der Stand hat also um 6000 abgenommen. Wenn wir nur die rein bäuerlichen Betriebe nehmen und die Forstwirtschaft gar nicht berücksichtigen, dann stehen die Verhältnisse noch schlechter.

Am 8. August 1950 hatten wir in den bäuerlichen Betrieben der steirischen Landwirtschaft 33.883 Versicherte, am 8. August 1955 24.426 Versicherte. Die Anzahl der in der Landwirtschaftskrankenkasse Versicherten hat in dieser Zeit um rund 9000, das ist ein Drittel, abgenommen. Wenn wir bedenken, daß in dieser Zeit die Kontrolle über die Versicherten nur zugenommen hat, ist der echte Abgang noch größer. Überlegt man noch, daß die Kinder unserer Bauern meist nicht krankensichert sind und der Abzug vom Lande auch auf diesem Sektor sehr stark war, so kann man ermessen, wie sich die Lage der Landwirtschaft bezüglich der Arbeitskräfte verschlechtert hat.

Wo liegen hier die Ursachen? Man hört allgemein, daß wir in einer sehr starken Konjunktur leben, alles vollbeschäftigt ist und niemand zu klagen hat. Für die Lage in der Landwirtschaft werden verschiedene Ursachen angeführt. Hat die Landwirtschaft bisher das ihre dazu beigetragen durch den Anschluß an eine fortschrittliche Mechanisierung und Technisierung und dergleichen oder ist es wahr, was hier gesagt wurde, daß uns ein zu geringer Anteil zukommt von den Nahrungsprodukten, die wir dem Konsum zur Verfügung stellen, weil die Spannen zu hoch sind, oder ist es so, daß man der Landwirtschaft nicht jene Preise zugesteht, die notwendig sind, um gleichen Schritt halten zu können? Jeder Abgeordnete, der die Dinge kennt, muß zugeben, daß wir uns in den

letzten zehn Jahren ganz besonders angestrengt haben, den Fortschritt zu verbreitern, die Technisierung in Gang zu bringen, in Bildung und Aufklärung ein Höchstmaß zu leisten, so daß man nicht sagen kann, wir hätten in dieser Richtung nicht alles getan. Die Produktionsziffern, die wir aufweisen, zeigen, daß die Verteilung der Mittel und der gesamte Einsatz in der Landwirtschaftsförderung absolut richtig vonstatten gegangen ist.

Es wird sehr oft behauptet, daß es nur an der Spanne liege. Als Vertreter der Landwirtschaft sage ich: Wir wollen nicht decken, was tatsächlich Unrecht ist. Sicherlich könnten auf einzelnen Gebieten die Spannungen niedriger sein, aber in letzter Linie bei den Agrarprodukten! Vor Monaten wurde die Frage des Milchpreises in die Öffentlichkeit gebracht, wir haben sie dem Innenminister wohl belegt mit den Kostenberechnungen vorgelegt. Da es notwendig ist, der Landwirtschaft einen kostendeckenden Milchpreis zu geben, haben wir einen Produktionspreis von 2 S anstatt S 1.60 vorgeschlagen. Es wird nun hier behauptet, in der Spanne läge die Möglichkeit, dem Produzenten einen Milchpreis zu geben. Das ist unmöglich, das weiß jeder, der die Dinge nur einigermaßen kennt. Im Jahre 1951 wurde im Zuge des 5. Lohn- und Preisabkommens die Frage der Spanne geregelt. In der Milchfondskommission sitzen neben Bauern und Vertretern der gewerblichen Wirtschaft auch der Gewerkschaftsbund, und es wurden nicht die schlechtesten Vertreter in die Kommission entsendet; Staatssekretär Korb gehört dieser Kommission an, in der um jeden Groschen gefeilscht wird. Wir haben seit dem Jahre 1951 eine Vielfalt von Preiserhöhungen auf uns nehmen müssen. In den Molkeereien sind die Arbeitslöhne, der Betriebsaufwand, die Ausgaben für die verschiedenen Betriebsmittel bedeutend gestiegen, so daß im Vorjahre ein Zuschuß zur Deckung des Abganges im Milchausgleichsfonds erforderlich war. Hier ist es unmöglich, einen Ausgleich zu finden. Es bleibt nichts übrig, als den Preis zu erstellen, wie er tatsächlich richtig ist. Wir bedauern, daß für unsere Arbeitsleistungen in der Landwirtschaft, für unsere Agrarprodukte die Preise nicht nach jenen allgemein üblichen Grundsätzen erstellt werden dürfen wie in der übrigen Wirtschaft. Wir haben überall politische Preise. Die Landwirtschaft soll nur jenen Preis bekommen, den auch die sozial Bedürftigen, die Rentenempfänger und jene Gruppen der Bevölkerung, denen es sicherlich nicht gut geht, auch noch ohne weiters zahlen können. In der Produktion aber sind wir mit allen jenen Dingen belastet, die heute die übrige Wirtschaft treffen!

Wir beschäftigen uns hier im steirischen Landtag mit der Förderung der Landwirtschaft. Der Landtag ist bemüht, das zu tun, was im Rahmen des Budgets möglich ist. Für die gesamte Landwirtschaftsförderung, einschließlich der Schulen, werden zwischen 30 bis 35 Millionen Schilling aufgewendet, 11 Millionen werden über die Kammer der Land- und Forstwirtschaft aufgewendet. Schauen wir uns nun einmal die Auswirkung dessen an, daß uns beim Milchpreis nicht die Gestehungskosten zugerechnet werden. In Steiermark werden täglich 450.000 Liter Milch angeliefert. Wenn wir nur

30 Groschen rechnen, die uns vorenthalten werden, und jeder bestätigt, daß es so ist und der Bauer das bekommen müßte, um auf seine Rechnung zu kommen, so ergibt sich ein täglicher Fehlbetrag von 135.000 S, das sind im Monat 4 Millionen, im Jahre rund 50 Millionen, also weitaus mehr, als der Landtag an Förderungsmitteln für die Landwirtschaft aufwendet. Es wäre in erster Linie notwendig, daß wir hier gebührendes Verständnis finden. Ich weiß wohl, daß diese Frage nicht hier im Steiermärkischen Landtag geregelt wird; ich sage das deshalb, weil ich überzeugt bin, daß hier Vertreter sitzen, die sehr wohl die Möglichkeit haben, bei den zuständigen Stellen in Wien, wo die Würfel über diese Fragen fallen, mit entsprechendem Nachdruck aufzutreten, um die Dinge darzustellen, wie sie sind. Es ist auch nicht so, daß die Milchproduktion eine Angelegenheit von Großbetrieben wäre. In Steiermark gibt es bekanntlich 79.000 landwirtschaftliche Betriebe. 50.000 Betriebe liefern täglich eine Milchmenge von 9 bis 10 Liter im Durchschnitt! die Milch ist also ein ausgesprochenes Arbeitseinkommen und keineswegs eine Angelegenheit von Großbetrieben, wo durch Technisierung oder Steigerung der Produktivität entsprechende Löhne herausgeholt werden könnten.

Auf einer Landwirtschaftskonferenz Anfang November hat ein Vertreter des österreichischen Gewerkschaftsbundes erklärt, eine Erhöhung der Gesteungskosten käme überhaupt nicht in Frage, die Landwirtschaft müsse sich die Verbesserung ihrer Einnahmen durch Steigerung der Produktivität sichern. Da sind wir in großen Schwierigkeiten; wir sind an Voraussetzungen gebunden, die seit eh und je die gleichen sind, die wir nicht ändern können, so zum Beispiel daß die Produktion von Mais vom April bis Oktober dauert oder daß das Kalb eben neun Monate braucht, bis es kommt, das wird sich nicht ändern lassen. Auf die Natur können wir eben keinen Einfluß nehmen, die ja die stärksten Einflüsse auf die landwirtschaftliche Produktion hat.

In der Entwicklung der Steigerung der Produktivität liegen die Möglichkeiten auch nur der Struktur nach. Wir haben zum Beispiel die gleiche Betriebsform wie vor 50 Jahren in der Landwirtschaft. Wir versuchen ja laufend und bekennen uns auch dazu, daß im Laufe der Zeit arrondiert werden muß. Wir bemühen uns, kleine, auslaufende Betriebe zur Verstärkung der lebensfähigeren heranzuziehen. Zu diesem Gedanken bekennen wir uns, aber es ist natürlich unmöglich, die Struktur der Landwirtschaft der Steiermark selbst zu ändern. Wir haben auch in der Elektrifizierung und Motorisierung sehr viel getan in den letzten Jahren, aber alle diese Dinge genügen nicht, damit der in der Landwirtschaft Tätige sehen könnte, daß seine Arbeit genau so gewertet wird wie die Arbeit in der Industrie oder im Gewerbe oder in irgendwelchen anderen Berufen. Dabei will ich von der Arbeitszeit gar nicht sprechen, die beim Bauer auch heute noch angewendet werden muß.

Der Abg. Taurer hat erklärt, es könnte besser um uns stehen, aber wir befänden uns politisch auf der falschen Seite. Meine Damen und Herren! Wenn

man um jemand wirbt, so macht man das, indem man ihm entgegenkommt, ihm zeigt, daß man helfen möchte, daß man seine Sorgen kennt und daß man Maßnahmen ergreift, ihn zu unterstützen, aber nicht so, daß man überall, bei allen Versammlungen und Besprechungen und überall, wo Sozialisten sitzen und die Preis- und Lohnfragen für die Landwirtschaft besprochen werden, nur ein stures Nein bekommt.

Der Abg. Pölzl hat in der Spezialdebatte gesagt, man solle einmal die Kleinen zu den Großen führen, damit sie sehen, wie diese leben. Ich will zugeben, daß es auch fünf Prozent oder vielleicht zehn Prozent der Besitzer in der Landwirtschaft gibt, die uns keine Sorgen machen, vor allem, weil sie über entsprechend große und gute Gründe verfügen und vor allem, weil sie Wald besitzen, oder weil sie in der Ebene liegen, wo man die verschiedenen Maschinen gut einsetzen kann. Aber es nützt unserer gemeinsamen Arbeit bestimmt nicht, wenn man bei den Arbeitern und Angestellten immer nur auf jene zeigt, die sicherlich auch sehr sparsam haushalten müssen, daß man aber, wenn man von der Landwirtschaft spricht, immer nur auf die wenigen zeigt, denen es nicht schlecht geht. Denn der Masse der Bauern, mindestens 90 Prozent, geht es schlecht oder sie befinden sich doch in sehr schwieriger Situation.

Mir hat bei der letzten Kammervollversammlung, wo ich über die Ertragssteigerung gesprochen habe, ein Vertreter aus der Obersteiermark gesagt, das alles interessiert uns nicht mehr, denn der Preis, den wir für diese Ertragssteigerung zahlen, ist einmal zu hoch. Und es ist wahr, daß der Einsatz an Gesundheit in der Landwirtschaft ein riesiger ist. Er hat dann aufgezeigt, wie es so einer Kleinbäuerin geht, die bis zur letzten Stunde arbeiten muß, wenn sie ein Kind erwartet, die bis zur letzten Stunde noch die Schweine füttern und die ganze Hausarbeit machen und sofort wieder schwer arbeiten muß, wenn sie vom Bett aufgestanden ist. Ein Ersatz für sie ist nicht da, erstens haben die Leute gar nicht die Mittel, jemand dafür zu bezahlen und zweites findet sich sowieso niemand dazu. Das ist die Lage beim größten Teil unserer Betriebe. Und die kleinsten Besitzer sind es oft gar nicht, denen es am schlechtesten geht, weil einer oder mehrere in der Familie meist ein Nebeneinkommen haben, entweder als Straßenwärter oder als Industriearbeiter. Aber die Besitzer mit etwa 15 bis 20 Hektar Grund, denen geht es meist am schlechtesten. Dort muß die ganze Familie arbeiten, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, Hilfskräfte gibt es keine und man kann sie auch nicht bezahlen und es geht überhaupt nur so, daß die mitarbeitenden Familienmitglieder auf jeglichen Lohn für ihre Arbeit verzichten. Wenn jeder dieser Betriebsführer auf dem Standpunkt stünde, er müßte auch seinen Familienmitgliedern einen Lohn auszahlen, was ja schließlich jeder Berufstätige in Österreich als ein gutes Recht ansieht, dann müßte ein Großteil dieser Betriebe überhaupt zusperrn. Es wäre nicht möglich, weiterzuarbeiten. Man sieht also, warum dann auch die Söhne und Töchter der Bauern nicht auf dem Lande bleiben wollen und sich eine andere Beschäftigung suchen, bei der sie

höheren Lohn und eine kürzere Arbeitszeit haben. Das sind Tatsachen, über die wir nicht hinwegkommen. Ich muß hier noch einmal appellieren an die Vertreter der Sozialistischen Partei und auch an die zuständigen Persönlichkeiten in Wien, damit sie entscheidend dazu beitragen, daß die Frage der Milchpreisregelung bald erledigt wird. Auch bitte ich Sie, hier mitzuwirken und auch von Ihrer Seite die Landwirtschaft in dieser Frage zu unterstützen, damit wir endlich glauben können, daß man die landwirtschaftliche Arbeit nicht mißachtet.

Ich möchte aber noch auf einige Fragen zu sprechen kommen, von denen ich bisher noch nicht berichtet habe. Wir haben in der Landwirtschaft jetzt eine Situation, bei der sich alle diese zahlreichen Förderungsmaßnahmen, wie Tierzuchtförderung, Förderung im Pflanzenbau, im Obst- und Weinbau, ferner die Elektrifizierung des Haushaltes usw. fast nur auf jene Betriebe in der Landwirtschaft erstrecken können, die in Gegenden liegen, die leicht zugänglich sind. Wir mußten ja auch in den ersten Nachkriegsjahren hauptsächlich dafür sorgen, daß die Produktion gesteigert wird. Aber wir haben landwirtschaftliche Gebiete, die wohl zu den ärmsten zählen, die wir überhaupt haben und das sind die weit entlegenen Bergbauerngebiete.

Ich habe unlängst Gelegenheit genommen, das Koralpengebiet zu bereisen. Die meisten der mittelsteirischen Bauern machen sich ja keine Vorstellung, wie weit sich die kilometerlangen Gräben da in diesem Gebiet hinziehen und wenn man sich zu diesen Bergbauernbetrieben hinbegibt, wundert man sich oft, daß die Leute überhaupt noch auf diesen Höfen bleiben. Es gibt fast keine Zufahrtswege, es gibt Bergbauerngehöfte, wo man nur mehr mit einem Karren zum Anwesen kommt. Ich war auf einem Betrieb, der hat 80 Hektar, davon meist Waldweide, keinen Wald, keine Weide. Der Bauer kam zu mir und bat mich, ihn zu unterweisen, was er noch besser machen sollte in seiner Landwirtschaft. Er habe keine Leute, drei Personen, er, seine Frau und seine Tochter müßten den ganzen Betrieb bestreiten und die Frau bekomme in Kürze ein Kind. Sie hatten eineinhalb Stunden Weg bis zum nächsten Ort. Man muß sich wirklich wundern, daß es Leute gibt, die noch so an ihrer Heimat hängen, daß sie bleiben und unter allen, auch den schwersten Umständen weiter arbeiten. Es gibt für sie keine Altersversorgung, keinen Urlaub, keine geregelte Arbeitszeit, sie müssen bei Tagesanbruch anfangen zu arbeiten. Solche Verhältnisse gibt es also heute noch! Um hier zu helfen, haben wir sogenannte Alpenaufbaugebiete geschaffen. Wir haben ein solches geschaffen im Koralpengebiet und eines im Gleinalmgebiet, im ganzen sind es vier, die 26 Gemeinden umfassen mit zusammen 615 Höfen. Wir haben in diesen Aufbaugemeinschaften je einen Betriebsberater, der sich für diese Gegend spezialisiert hat, eingesetzt, wir haben je nach der Größe ein bis zwei Forstpraktikanten, wir haben Melklehrer eingesetzt usw. Der Bund unterstützt uns dabei und die Leute tun mit und zeigen ein Interesse, daß man sich einfach wundern muß. Wir werden, wenn wir das ein paar Jahre lang machen, sehr dazu beitragen, daß sich die Bewohner dieser entlegenen Gebiete auch mehr betreut

fühlen und daß sie auch mehr Anteil nehmen können an den modernen Errungenschaften der Technik in der Landwirtschaft. Und damit werden auch sie einen höheren Lebensstandard erreichen.

Es gibt aber eine Frage in diesen Gebieten, die die Leute selbst nicht lösen können und das ist die Wegfrage. Da muß auch die öffentliche Hand mithelfen, um dieses Problem zu lösen. Es ist oft ein Weg von ein oder zwei Kilometer zurückzulegen, bis man zu einem Hof kommt und diesen Weg zu erhalten, dazu sind die Besitzer nicht imstande. Diesen Aufwand können sie nicht selbst leisten.

Nun möchte ich noch berichten von einer Maßnahme, die die Mittel sehr stark belastet, aber eine sehr notwendige Maßnahme ist in Hinsicht auf die Volksgesundheit, und das ist die Tuberkulosebekämpfung bei den Rindern. Wir haben bisher in sechs politischen Bezirken Impfungen durchgeführt.

Sämtliche Tiere der Besitzer in diesen politischen Bezirken werden auf Tuberkulose geimpft und die Tiere, die reagieren, müssen in bestimmter Zeit abgesetzt werden. In diesen sechs politischen Bezirken sind 15.871 Betriebe durchgearbeitet und 130.000 Tiere wurden einer Impfung zugeführt, ungefähr 11 Prozent haben auf die Tuberkulose reagiert, so daß teilweise sehr große Schäden sind. Es sind Betriebe darunter, die zu 80 und 90 Prozent Befall haben. Das ist eine wahre Katastrophe für den Besitzer. Ich bin in Knittelfeld gebeten worden, zu sorgen, daß billiger Kredit beschafft wird, der für die Betriebe Verwendung finden kann, die in so großem Ausmaße ihr Vieh abstoßen müssen, weil die Nachschaffung des entsprechenden Viehs große Kosten verursacht. Es sind 9491 Reagenten, die festgestellt worden sind, die im Laufe der Zeit zum Absatz gelangen müssen.

Ich möchte nun kurz über die Tätigkeit der Kammer etwas sagen. In jeder Budgetdebatte haben wir uns mit dieser Frage beschäftigt. Der Kammer sind im Jahre 1946 die verschiedenen Zweige der Landwirtschaftsförderung übertragen worden. Wir beschäftigen 486 Personen, vom Lande sind 43 Angestellte zur Dienstleistung zugewiesen. 1945 besaß der Reichsnährstand einen Personalapparat von 1385, nach der Übernahme 1946 wurde dieser auf 30 reduziert. Heute müssen wir im Amte der Landwirtschaftsförderung wieder Anstellungen vornehmen, so daß es derzeit 486 Eigenbedienstete sind. Der Personaletat, der Aufwand, den wir leisten müssen, beträgt 15.4 Millionen Schilling, wozu zwei Drittel für die Landwirtschaftsförderung aufgewendet werden, ein Drittel für die Verwaltung, für Interessentenvertretung, für Statistik und die Rechtsabteilung. Ich muß heute mit Anerkennung feststellen, daß der Landtag auch heuer wieder bereit ist, uns entsprechende Beträge zu den Personalkosten zu leisten, weil die Landwirtschaftsförderung eine Aufgabe von Personen ist. Wenn wir Kurse halten und Unterweisungen geben, muß Personal hier sein, das das unseren Bauern vermittelt.

Ich muß noch auf eine Frage zu sprechen kommen. Es wird von Zeit zu Zeit behauptet, man könne der Kammer nicht nachsagen, daß sie etwa nicht in Ordnung sei, die Landwirtschaftsförderungsbeiträge aber, die Kontrolle und die Verwen-

derung der Mittel lasse zu wünschen übrig. Auch dazu ein offenes Wort! Wir sind eine demokratisch gewählte Körperschaft, sechs Vertreter der politischen Parteien sitzen in der Kammer, die Sozialistische Partei ist in der Landeskammer, wovon Abgeordneter Lackner Mitglied des Hauptausschusses ist und ein Mitglied des Landtages die Kontrolle ausübt. Wir legen unseren Voranschlag öffentlich auf, 14 Tage vor der Behandlung wird er allen Mitgliedern der Landeskammer zugesendet, wird im Hauptausschuß behandelt, die Steiermärkische Landesregierung muß uns bewilligen, wenn wir mehr als 100 Prozent einheben, für sämtliche Mittel, die wir bekommen, besteht eine strenge Kontrolle. Sie unterliegen ferner der Kontrolle des Obersten Rechnungshofes, für sämtliche Mittel, die das Land zur Verfügung stellt, müssen wir den Nachweis erbringen und die Kontrollabteilung der Landesregierung ist es, die uns kontrolliert. Sechs Herren der Kontrolle waren im November des vorigen Jahres beschäftigt, um die Kontrolle in der Landeskammer durchzuführen. Ich war selbst bei der Abschlußsitzung und es ist kein Anstand aufgetreten. Ich muß schon sagen, daß es nicht so ist, daß wir Mittel nicht zweckmäßig verwenden oder mangelnde Kontrolle herrsche. Die Landeskammer bemüht sich, mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln sparsamst zu gebahren.

Abschließend möchte ich meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß heuer im Steiermärkischen Landtag mit Mehrheit ein Beschluß angenommen wird, in dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, das Gebäude, in dem jetzt die Kammer ihren Sitz hat, der Landwirtschaftskammer zu verkaufen, damit wir darin eine Heimstätte mit den Förderungsämtern finden. Ich bin überzeugt, daß der Herr Finanzreferent als guter Demokrat sich diesem Beschlusse zuneigen wird und Maßnahmen trifft, daß es tatsächlich zum Abverkauf dieses Gebäudes kommt und wir dort unsere bleibende Stätte errichten können.

Wenn noch irgendwelche Fragen gestellt werden, bin ich bereit, soweit es die Verwendung der Mittel in der Kammer betrifft, Aufklärung und Antwort zu geben. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. Koller: Hohes Haus! Es ist eine Tatsache, daß es in der Steiermark eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben gibt, die keine Nachfolger haben, also sogenannte auslaufende Betriebe. Mir liegt eine Aufstellung aus dem Bezirk Feldbach vor, wonach 1952 zirka 300 solcher landwirtschaftlicher Betriebe vorhanden waren. Diese Zahl läßt gewisse Rückschlüsse auf das Land zu, sie dürfte bis heute eher zu- als abgenommen haben. Andererseits gibt es genug junge Menschen in der Landwirtschaft, die bereit wären, ihre Schulkenntnisse, ihre Ausbildung, die sie in den Kursen, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen erworben haben, zur Verfügung zu stellen und solche Betriebe zu übernehmen, um sich hier eine Existenz aufzubauen. Dies hätte den Vorteil, daß damit eine Lücke geschlossen würde. Diese Auslaufbetriebe sind, wirtschaftlich gesehen, ein Manko. Man kann von einem 50-, 60- oder 70jährigen Betriebsinhaber, der Besitzer eines solchen Auslaufbetriebes ist,

nicht verlangen, mit demselben Schwung und derselben Tatkraft an die Dinge heranzugehen, wie eben fachlich gebildete Menschen. Die technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte verlangt von der Landwirtschaft eine gewisse Wendigkeit und ein gewisses Anpassungsvermögen. Diesen Tatsachen ihrer Verantwortung entsprechend haben Abgeordnete der ÖVP im Finanzausschuß den Antrag gestellt, daß das Land für einen Kredit von 10 Millionen Schilling für die Übernahme solcher Auslaufbetriebe die Bürgschaft übernimmt und 6prozentigen Zinsenzuschuß gibt. Dieser Kredit soll jungen bäuerlichen Menschen die Möglichkeit geben, diese Auslaufbetriebe zu übernehmen, sich eine Existenz aufzubauen, nicht nur ihre Kenntnisse zu verwerten, sondern, volkswirtschaftlich gesehen, eine Lücke zu schließen.

Neben diesem Problem des Auslaufens landwirtschaftlicher Betriebe ist ein zweites die Mechanisierung und Technisierung unserer Bauernbetriebe. Es gibt da tausend Ursachen, nicht gezählt das ständige Abwandern der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft. Wir hören, daß allein im Monat Oktober laut Arbeitsamtbericht bei einer sonstigen Rekord-Beschäftigtenzahl wieder um 600 weniger geworden sind. Dabei stellen die Konsumenten mit Recht immer höhere Ansprüche an die Qualität der Produkte. Das sind Tatsachen. Und es ist nur möglich, durch eine erhöhte Technisierung die Arbeitszeit annähernd an die Arbeitszeit in anderen Berufsgruppen heranzubringen. Vor allem bei den Bäuerinnen ist es noch lange nicht so weit. Die brauchen sich auch um ihre Freizeitgestaltung keine Sorgen machen, die für andere schon zu einem Problem wird. Alle diese Momente haben die Landwirtschaft in eine Situation gebracht, die ihr die Technisierung und Motorisierung förmlich aufzwingt. Dabei darf man nicht übersehen, daß unsere landwirtschaftlichen Gebäude seinerzeit auch unter Gesichtspunkten gebaut wurden, wo die menschliche Arbeitskraft noch zur Genüge vorhanden war und man darauf keine Rücksicht nehmen brauchte, ob man bei der Arbeit Zeit ersparen kann oder nicht. Nun, da diese zahlreichen und billigen Arbeitskräfte fehlen, ist die Hofarbeit und die Hausarbeit in diesen altmodischen Gebäuden oft sehr schwierig und zeitraubend und erfordert eine kostspielige Mechanisierung und Modernisierung.

Man braucht ja nur die Preise für landwirtschaftliche Maschinen und die hohen Handwerkerlöhne mit den Preisen für landwirtschaftliche Produkte vergleichen und man wird dann durch eine ganz einfache Rechnung leicht herausbringen, daß es der Landwirtschaft heute zu einem großen Teil unmöglich ist, sich technisch mit eigenen Mitteln zu vervollkommen. Wenn ich sage technische Vervollkommnung, dann meine ich damit die verschiedenen Formen dieser Technisierung. Es ist klar, daß man einen Großbetrieb leicht technisch vervollkommen kann, aber wie macht das der Kleinbetrieb? Da muß eine andere Form der Technisierung erfolgen, man wird daher der Schaffung privater Maschinenstationen weitestgehend entgegenkommen müssen, um auch für diese Betriebe einen möglichst großen Effekt beim Maschineneinsatz zu erzielen. Aber so-

wohl für die Technisierung der Einzelbetriebe als der Gemeinschaftseinrichtungen ist eines Voraussetzungen und das ist das Geld. Es müssen zu diesem Zweck verbilligte Kredite zur Verfügung gestellt werden. Die OVP-Abgeordneten haben auch solche Kredite im Finanzausschuß beantragt. Wenn in einer der letzten Budgetdebatten in diesem Hohen Haus ein sozialistischer Abgeordneter festgestellt hat, daß die Landwirtschaft sowohl wirtschaftlich als auch sozial auf letzter Stufe steht, so ist das sehr erfreulich. Diese Erkenntnis scheint leider nur sehr sporadisch auf, denn bei den Debatten über die Landwirtschaft im Finanzausschuß und hier im Haus läßt sich diese Einsicht nicht immer feststellen. Vor allem vermißt man die Bereitschaft, aus den Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Landwirtschaft etwas zu erübrigen. Wenn Sie trotzdem unserem Antrag zustimmen, dann begrüßen wir das, denn mit diesem 5-Millionen-Kredit, für den das Land die Ausfallhaftung übernehmen und einen 6prozentigen Zinszuschuß geben soll, könnte doch wieder sehr viel geleistet werden. Freilich ist es auch so, daß sich einem oft der Gedanke aufdrängt, daß das nicht mit vollem Herzen geschieht. Wir Bauern mußten oft die Erfahrung machen, daß man für uns nur dann Verständnis hat, wenn das Wasser einestils schon ziemlich hoch reicht und andererseits man dabei noch gewisse andere Gedanken verfolgt. Vielleicht hat man hier daran gedacht, daß durch diesen 5-Millionen-Kredit die Landmaschinenindustrie wieder für viele Arbeitskräfte Arbeit hat. Aber sei es wie immer, wir begrüßen diese Zustimmung und haben nur den einen Wunsch, daß dieser 5-Millionen-Kredit für die Technisierung der Landwirtschaft und den 10-Millionen-Schilling-Kredit für den Ankauf lebensfähiger landwirtschaftlicher Betriebe ehestens Wirklichkeit werden. Ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß diese Kredite nicht nur im Interesse unseres Bauernstandes, sondern im Interesse unseres ganzen Volkes ehestens sichergestellt werden. Ein Hinauszögern wäre unverantwortlich.

Hoher Landtag! Damit wird durch unsere Initiative ein neuer Weg beschritten. Wenn später einmal in diesem Hohen Hause Rechenschaft darüber gelegt wird, dann werden Sie es bestätigt erhalten, daß damit einer Gruppe von Menschen, die auf alles verzichten muß, was für andere schon lange eine Selbstverständlichkeit ist, daß damit unserer Landwirtschaft im bescheidenen Ausmaß das gegeben wird, was sie lebensnotwendig braucht, um auch in Zukunft wie bisher ihre Pflicht der Gemeinschaft gegenüber zu erfüllen. Denn vergessen wir eines nicht: Bei aller Entwicklung der Industrie und der Technik ist doch die Ernährung immer noch die Grundlage jeglichen Lebens und somit das wichtigste in einem Staat. Das eigene Brot ist das sicherste! (Beifall bei OVP.)

Abg. Pölzl: Hoher Landtag! In dem sehr interessanten Bericht des Herrn Präsidenten Wallner fehlt etwas, das bestimmt von Wert gewesen wäre, wenn er uns da Einblick gewährt hätte. Ich meine da die steirische Holzwirtschaft. In der steirischen Öffentlichkeit werden allenthalben Warnungsrufe laut, die sich damit beschäftigen, daß die Holz-

schlägerungen in Österreich und damit auch in der Steiermark in einem Ausmaß durchgeführt werden, daß man ruhig schon von Raubbau sprechen kann. Es soll in diesem Jahr ungefähr um ein Viertel mehr geschlägert worden sein als im vergangenen Jahr. Und man kann ruhig sagen, daß auf dem Gebiete der Waldwirtschaft bzw. der Holzwirtschaft Gewinne erzielt werden, die man ganz ruhigen Gewissens als Übergewinne bezeichnen kann. Die außerordentlich günstige Situation auf dem Weltmarkt bezüglich Holz wird von den österreichischen Waldbesitzern bis zum Exzeß ausgenützt, so daß es schon fraglich ist heute, wie lange wir noch überhaupt von einer „grünen“ Steiermark reden können. Ich glaube, daß diese Übergewinne, die auf diesem Sektor in den letzten Jahren erzielt wurden, schon einer gewissen Betrachtung wert wären. Aber von dieser Frage wird überhaupt nicht gesprochen. Und das ist auch verständlich. Denn die Holzarbeiter, die das Holz aus den Wäldern bringen, die das Holz schlägern und schwerste Arbeit leisten und die Sägearbeiter haben bestimmt an dieser Konjunktur so gut wie gar keinen Anteil und die kolossalen Überprofite, die da erzielt werden, werden schamhaft verschwiegen.

Ich möchte mich auch mit einem anderen Gebiet der Wirtschaftsförderung befassen, das meiner Meinung nach auch hierher gehört. Ich glaube nämlich, daß auch unsere Industrie in manchen Gebieten unseres Landes einer Förderung bedarf. Wir wissen, daß wir ausgesprochene Notstandsgebiete haben, die sowohl für die Bauern, als auch für die Arbeiter Notstandsgebiete darstellen, wie z. B. Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg usw. Das sind Gebiete, die ungenügend mit Industrie versorgt sind und die nicht in der Lage sind, Arbeitsplätze zu schaffen, weil die Industrien auch als ausgesprochen notleidend zu bezeichnen sind. Man hört ununterbrochen davon, daß z. B. die Zündholzfabrik in Deutschlandsberg vor dem Stillstand liegt. Wir wissen, daß dieses Gebiet Deutschlandsberg für die Industriearbeiterschaft ein ausgesprochenes Notstandsgebiet darstellt und daß es dringend notwendig wäre, etwas zu unternehmen, um den dortigen Arbeitskräften Arbeit zu beschaffen. Ähnlich steht es im Bezirke Leibnitz, steht es im Bezirke Radkersburg.

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Landtages auf einige andere Fragen lenken, die in der letzten Zeit aktuell geworden sind. Bei den Austria-Emailwerken in Knittelfeld sollen 200 Arbeiter gekündigt werden. Das ist für einen Mittelbetrieb eine außerordentlich große Zahl. Ich glaube, daß der Steiermärkische Landtag und die Landesregierung jeder Erscheinung, die uns an das Industriesterben zwischen beiden Weltkriegen erinnert, energisch entgegenzutreten und sich dafür interessieren soll, sobald solche Maßnahmen einsetzen, aus welchen Gründen sie gesetzt werden sollen. Die Landesregierung soll auch alles unternehmen, um zu verhindern, daß ein solches Industriesterben, wie wir es in der Ersten Republik erlebt haben, wieder einsetzt.

Ein zweiter kritischer Fall ist das Hüttenwerk in Krieglach. Es wird dem Landtag bekannt sein, daß

sich sowohl der Bürgermeister als auch der Betriebsrat von Krieglach bemühen, auf das energischste die gegenwärtige Produktion von Eisenblech, Feinblech aufrechtzuerhalten. Dort besteht die Absicht, den Betrieb auf die Hälfte zu reduzieren. Wenn die gegenwärtige Warmstrecke für die Blecherzeugung aufgegeben werden soll, würden 300 Arbeiter und Angestellte brotlos werden. Die Krieglacher Arbeiterschaft hat seit 1945 erstklassige Qualitätserzeugnisse hergestellt und bewiesen, daß sie selbst mit veralteten, unmodernen Einrichtungen eine konkurrenzfähige Produktion aufzuziehen in der Lage war. Nach zehnjährigem Wiederaufbau kann man der Krieglacher Arbeiterschaft nicht einreden, daß sie mit ihren Einrichtungen nicht mehr konkurrenzfähig sei und daß infolge eines bestehenden Eisenplanes die Warmblechproduktion in Krieglach aufgegeben werden muß. Niemand identifiziert sich mit diesem sogenannten Eisenplan, in dem das vorgesehen ist. Was es immer für einen Plan geben mag, den Plan können wir als Steirer nicht akzeptieren, der dazu führen könnte, daß ein Industriebetrieb in einem wichtigen Gebiet der Steiermark teilweise oder ganz stillgelegt werden soll. Einem solchen Plan müßte der Landtag, müßte die Landesregierung entschiedenst abwehren und sich entgegenstellen. Ich habe mit verschiedenen Arbeitern vom Krieglacher Eisenwerk gesprochen und es ist interessant, daß der Preis ihrer Erzeugnisse, die sie mit verhältnismäßig primitiven Mitteln hervorbringen, weil man seit 1945 nichts investiert hat, da man diese Walzwerkstrecke stilllegen wollte, nur etwas höher ist als in Linz. Sie haben nach vorübergehenden Konjunkturschwankungen wieder einen ausgezeichneten Auftragsstand, weil sie in der Lage sind, ausreichende Qualitätsarbeit hervorzubringen und weil jene Firmen, die vorübergehend das Krieglacher Blech abgelehnt haben, wieder zu ihm zurückgekehrt sind, nachdem sie festgestellt haben, daß für verschiedene Produktionszweige das Krieglacher Material als gut zu bezeichnen ist und sich bei dem geringen Ausschuß, den man bei der Verarbeitung hat, ein etwas höherer Preis der Krieglacher Bleche vertreten läßt. Ich habe daher nicht die Auffassung, daß das Krieglacher Werk nicht konkurrenzfähig ist, wenn die verstaatlichte Industrie die entsprechenden Modernisierungen und eine entsprechende Rationalisierung in Krieglach ebenfalls vornimmt und das Vorhaben, das im Eisenplan vorgesehen ist, die Aufgabe der Walzstrecke in Krieglach, fallen läßt. Es besteht ohne weiteres die Möglichkeit bei der hochqualifizierten Arbeiterschaft von Krieglach, ihre Erzeugnisse zu Preisen hervorzubringen, die den übrigen Preisen in den österreichischen Walzwerken entsprechen. Ich bin der Auffassung, daß man nicht den einzelnen Arbeitern und Bürgern von Krieglach sagen soll: „Wir sind dafür, daß bei Euch das Hüttenwerk in vollem Umfang aufrechtbleibt“, sondern man muß dafür auch etwas tun. Nicht ein ominöser Eisenplan darf für die Steiermärkische Landesregierung maßgebend sein, sondern man muß der Sache auf den Grund gehen wollen und wenn ein solcher Plan besteht, darf er nur mit Wissen der Landesregierung und des Ministeriums für verstaatlichte Betriebe bestehen. Es

muß der Landtag und die Landesregierung darauf dringen, daß dieser Plan insofern abgeändert wird, daß die bisherige Produktion in Krieglach aufrechtbleiben kann.

Abg. Berger: Hoher Landtag! In die Gruppe 7 ist auch der Fremdenverkehr einbezogen, das heißt, daß der Fremdenverkehr und die Landwirtschaft eng zusammenhängen. Ich erlaube mir, als bäuerlicher Abgeordneter zum Kapitel Fremdenverkehr einiges zu sagen.

Wir in der Steiermark können uns nur glücklich fühlen, daß wir reichlich vorhandene Bodenschätze, sei es Erz, Kohle oder Holz haben, aber auch an Naturschönheiten, glaube ich, werden wir nicht an letzter Stelle sein. Zu diesen Naturschönheiten gehören unsere Tropfsteinhöhlen, die Lurgrotte, die Dachsteinhöhlen und die im Bezirke Weiz. Es sind das zwei solcher Tropfsteinhöhlen, die öffentlich noch wenig bekannt sein dürften, die Graslöhle und ein sogenanntes Katerloch. Die Graslöhle ist schon seit 1817 bekannt, wurde aber so richtig erschlossen erst 1950, als ein Ehepaar mit Namen Hofer dorthin gekommen ist, beide Höhlen gepachtet, sie elektrisch beleuchtet hat und beim Katerloch ist man zur Überzeugung gelangt, daß hier noch viel zu erforschen ist. Es ist tatsächlich diesem Ehepaar gelungen, nach vierjähriger schwerster Arbeit rund acht solcher Höhlen zu erschließen. Ein richtiger Lohn ist den Eheleuten nicht zuteil geworden und erst im heurigen Jahr ist es wieder gelungen, durch schwerste Arbeit mit Hammer und Meißel zwei wunderschöne Dome zu erschließen, die infolge ihrer Schönheit „die Phantasiehalle“ und „das Zaubereich“ genannt wurden. Einige Herren der Landesregierung haben diese Phantasiehalle besichtigt. Man kann sich in dieser Halle lange aufhalten. Das Zaubereich ist noch schöner und wundervoller, weil es einen See enthält. Es wurde schon sehr viel vom Fremdenverkehr gesprochen und darüber, daß er ein Devisenbringer ist. Ich möchte daher einige Worte zitieren, die im In- und Auslande Fachleute, Geologen zu diesem „Katerloch“ gesprochen haben. Der eine sagte: „Trachtet doch, daß endlich einmal ein Zufahrtsweg zu diesen Höhlen gebaut wird, daß dann auch Besucher aus dem Ausland kommen, dafür werden wir schon sorgen“. Ich begrüße es daher, daß es uns im Finanzausschuß gelungen ist, für diese Höhlen rund 50.000 S zur Verfügung zu stellen. Es ist zwar nicht besonders viel, aber ich glaube, daß im nächsten Jahr sich diese Beträge erhöhen werden. Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Ausgabe reichliche Zinsen tragen wird, nicht nur zum Nutzen und Segen der in dieser Gegend wohnenden Bevölkerung — es sind dort meist einschichtige Bauernhöfe — sondern auch zum Nutzen der ganzen Steiermark.

Hohes Haus! Ich erachte es als meine Pflicht, diesem Ehepaar Hofer, das durch seinen Idealismus und den Einsatz seiner ganzen Kraft das seine geleistet hat, um nicht nur dem Lande Steiermark, sondern dem ganzen Vaterland Österreich eine neue Naturschönheit erschließen, von dieser Stelle aus herzlich zu danken und die volle Anerkennung auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Ebner Leopold:** Hohes Haus! In der letzten Zeit wurde unser Sprachschatz durch das Wort „Koexistenz“ bereichert. Es bedeutet die friedliche Zusammenarbeit einzelner Staaten und Völker, auch wenn sie politisch anderer oder gegenteiliger Ansicht sind. So oft ich dieses Wort irgendwo finde, suche ich nach einer Lösung, die der Bedeutung dieses Wortes entspricht, konnte sie aber bis heute auch in der Presse in keiner Art und Weise finden. Aber schon lange bevor dieses Wort erfunden wurde, ist ein Anfang bei uns gemacht worden, der auch zur Befriedigung der Völker sehr beiträgt, wenn man auch nicht so oft davon spricht, und das ist die Pflege des Fremdenverkehrs.

Wenn der Wunschtraum aller jener, die sich mit Fremdenverkehrsfragen beschäftigen, in Erfüllung ginge, aus Österreich ein Reiseland erster Ordnung zu machen, dann würde man damit nicht nur dem eigenen Staat und Volke dienen, sondern auch einen wertvollen Beitrag zur Befriedigung der Völker leisten, zumindest im österreichischen und im europäischen Raum, weil sich dadurch die Menschen einmal nicht nur über Politik und Presse unterhalten, sondern wirklich von Mensch zu Mensch, von Mann zu Mann und Frau zu Frau kennen lernen würden und somit ein wertvoller Beitrag zur Völkerverständigung und Völkerbefriedigung geleistet würde. Es ist ein schönes Land, dieses Österreich, das mit seinen vielen Naturschönheiten, Kunst- und Kulturschätzen die wichtigsten Voraussetzungen für einen ausgedehnten Fremdenverkehr besitzt. Es ist ein glückliches Land, diese unsere Heimat, deren Regierung erklärt hat, wir sind nunmehr ein neutrales und ein friedliches Land. Und es ist ein Glück für dieses Land, daß die Umgebungs-Staaten diese Neutralität auch anerkennen und damit eine weitere Voraussetzung für den Fremdenverkehr bei uns geschaffen haben. Die westlichen Bundesländer haben die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs schon sehr lange erkannt. Weite Schichten der Bevölkerung haben sich darauf eingestellt und finden durch ihn ihre Existenz und ihr tägliches Brot. Es wird vielleicht notwendig sein, daß man sich auch in unserer engeren Heimat, in der Steiermark, mehr als bisher damit beschäftigt. Das Ausseerland und das Ennstal haben es ja bereits getan. Im Mur- und im Mürztal und auch in anderen Gebieten sind schon vielversprechende Ansätze vorhanden. Aber weite Gebiete wie der Süden und Westen unserer Steiermark und der Osten sind vom Fremdenverkehr noch fast unberührt und hier hätte meiner Meinung nach die Pionierarbeit in erster Linie einzusetzen.

Welche Bedeutung der Fremdenverkehr hat, ersieht man daraus, daß er einer der größten Devisenbringer des Staates ist. Schon die Tatsache allein — um bei der Steiermark zu bleiben — daß im vergangenen Sommer 2,307.000 Übernachtungen zu verzeichnen waren, davon 393.000 allein aus dem Auslande, ist für uns von sehr großer Bedeutung. Es liegen keine genauen Ziffern vor, aber eine Berechnung ergab, daß der Gesamtumsatz im Reiseverkehr in der Steiermark im vergangenen Halbjahr 800 Millionen Schilling betrug, davon entfallen 200 Millionen auf das Auslandspublikum, also auf wertvollste Devisen. Diese paar so einfach scheinenden

Ziffern sprechen für sich und es wäre an sich nicht notwendig, sie noch besonders zu untermauern und ich will es auch nur mit ein paar Sätzen tun. Der Steiermark wird es noch lange nicht gelingen, den Vorsprung der westlichen Bundesländer im internationalen Reiseverkehr aufzuholen, wenn auch relativ kleine Gebiete den Anschluß an Salzburg z. B. schon gefunden haben, aber mir erscheint das nicht als so wesentlich und vordringlich, denn wir haben ja nicht nur ein internationales, sondern auch ein sehr gutes österreichisches Reisepublikum, ja ich möchte die Behauptung aufstellen, daß es einst die österreichischen Reisenden und Urlauber waren, die auch die westlichen Bundesländer dem Reiseverkehr erschlossen und damit die Voraussetzungen für den derzeitigen internationalen Reiseverkehr überhaupt erst geschaffen haben. Wenn wir in Österreich in den letzten Jahren eine fast krankhafte Italien-Reise-Sucht zu verzeichnen haben, so braucht uns das auch nicht zu beunruhigen. Nach Italien fährt man einmal, vielleicht zweimal, um dann schließlich und endlich festzustellen, daß es in Österreich auch viele hunderte Orte gibt, die, wenn auch in einem anderen Sinn, so doch ebenfalls wunderschön sind. Nur harren sie noch zum Teil ihrer Erschließung. Hier wird es vielleicht Aufgabe des Landes sein, bei dieser Erschließung mitzuwirken, nicht so, daß man vielleicht den internationalen Reisenden in diese Gebiete hinbringt, sondern so, daß der österreichische Urlaubsreisende hier der Pionier ist, der die Voraussetzungen für einen späteren internationalen Reiseverkehr schafft.

Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, daß nur die Gastwirte und Hoteliers am Reiseverkehr verdienen. Ich glaube feststellen zu können, daß über das Gewerbe auch die Landwirtschaft bis zum Arbeiter alle in irgendeiner Art daran mitverdienen. Letztlich auch dadurch, daß durch den Fremdenverkehr zusätzliche Arbeit beschafft wird und dadurch, daß auch an Privatunterbringungen und Privatbeherbergungen in unserem Land ein großes Bedürfnis besteht.

Wenn nun aber Staat, Land und Volk an einem wirklich ausgedehnten Reiseverkehr finanziell interessiert sind, müßte man annehmen, daß diese drei Faktoren sich auch für den Ausbau und für die Förderung dieses Fremdenverkehrs interessieren. Der Staat vor allem dadurch, daß er nach und nach immer wieder auf die Schönheiten des Landes hinweist, weiters, daß er an den Grenzen den Bürokratismus wirklich nur auf das Allernotwendigste beschränkt und auch dadurch, daß er die Zufahrtsstraßen in unser Land in einen Zustand versetzt, wie ihn der internationale Reisende gewohnt ist. Das Land dadurch, daß es sich für die vielen vorhandenen und noch unerschlossenen Gebiete mehr interessiert, sie für den Automobilisten erreichbar macht und darüber hinaus dem Volk mit Rat und Tat zur Seite steht. Das Volk selbst dadurch, daß es sich zu der Erkenntnis durchringt, daß der Reisende nicht als Fremder zu behandeln ist, sondern als Gast.

In unserem Voranschlag ist zur Tat ein kleiner Anfang gemacht, obwohl wir die Summe von dreieinhalb Millionen Schilling, die zur Förderung des

Fremdenverkehres eingesetzt ist und von der noch eine Million Schilling durch die Fremdenverkehrsabgabe zurückläuft, nicht als überwältigend finden. Besonders im Verhältnis zu einem Betrag von 800 Millionen Schilling, der bereits als Umsatz im Fremdenverkehr in unserem Lande getätigt wurde. Wir sollen im nächsten Jahr bei der Voranschlagserstellung darauf Rücksicht nehmen, daß der Fremdenverkehr eine unserer besten Einnahmsquellen ist. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Pittersmann: Hoher Landtag! Das Kapitel 7 beinhaltet im Unterabschnitt 716 auch das Feuerwehrwesen. Wenn ich zu diesem Kapitel Stellung nehme, möchte ich vor allem auf die Tatsache hinweisen, daß hier auf der Ausgabenseite in stereotyper Form schon seit Jahren sich immer derselbe Betrag vorfindet und daß dieser ausgewiesene Betrag immer wieder in konsequenter Form Wünsche auf der einen und Vorwürfe auf der anderen Seite hervorruft. So sind heuer wieder auf der Ausgabenseite 3 Millionen Schilling für Förderungsbeiträge an steirische Feuerwehren ausgewiesen worden. Wenn man einerseits den Erfolg des Jahres 1954 und andererseits im Kapitel 941 die Eingänge aus der Feuerschutzsteuer vergleicht, wird man ein anderes Bild feststellen können, wird man feststellen können, daß hier steigende Zahlen aufzuweisen sind, daß eine steigende Prämientendenz besteht, die höhere Steuereingänge bringt. Andererseits ist die betrübliche Feststellung zu machen, daß die Förderungsbeiträge für unsere steirischen Feuerwehren stets streng gedrosselt sind, weil Meinungsverschiedenheiten darüber aufkommen, inwieweit die Sachlichkeit oder das moralische Rechtsempfinden in Gleichklang gezogen werden soll. Der Herr Landesfinanzreferent beruft sich auf die verhängnisvolle Gesetzeslücke, die bei Wiederverlautbarung des betreffenden Gesetzes die zweckgebundene Klausel ausgelassen hat. Er ist im Recht und handelt nach dem Buchstaben des Gesetzes, wenn er sagt, daß er mit den Einnahmen, die ihm das Land erbringt, so handelt, wie es im Interesse der Landesregierung notwendig ist. Eine andere Frage ist die, ob alle Gesetze, die in den letzten Jahrzehnten in Österreich sachlich einwandfrei und formalrechtlich gut fundiert waren, ob alle Gesetze dem moralischen Rechtsempfinden unseres Volkes Genüge getan haben. Sie werden mir Recht geben, wenn ich behaupte, daß dies nicht bei allen Gesetzen der Fall ist. Bei der Feuerschutzsteuer muß man aber einer gewissen Begriffsdeutung Rechnung tragen, da diese Steuer zu gleichen Teilen vom Versicherungsnehmer und -träger, nämlich 4 % der Prämie, getragen wird. Der Steuerträger hat daher das größte Interesse daran, daß diese Beträge zur Gänze jenem Zweck zugeführt werden, für welchen sie geleistet werden.

Die ÖVP hat heuer im Finanzausschuß mit Rücksicht darauf, daß im Jahre 1955 die Feuerwehrbeiträge um 10 % gekürzt worden sind, beantragt, man möge zusätzlich einen Betrag von 500.000 S für die steirischen Feuerwehren bewilligen. Dieser Antrag der ÖVP blieb in der Minderheit, da sich der VdU diesem Antrag unserer Fraktion nicht anschließen konnte. In der Folge wurde nur im

außerordentlichen Voranschlag ein Betrag von 400.000 S „großmütig“ jener Institution zugestanden, die im Dienste der Öffentlichkeit aus unserer staatlichen Ordnung nicht wegzudenken ist und Tag und Nacht selbstlos im Einsatz steht. Es ist natürlich so, daß diese Forderungen der steirischen Feuerwehren durchaus mehrfach begründet sind. Man kann nicht sagen, daß die Gemeinden, die ohnehin schwer zu kämpfen haben, einzig und allein für die Interessen der Feuerwehren aufzukommen haben, ohne daß diese selbst vom Lande eine entsprechende wirksame Unterstützung erfahren.

Prüfen wir doch, ob durch die gesetzliche Regelung der Erhaltungspflicht der Gemeinden diese auch wirklich in der Lage sind, ihrer Verpflichtung nachzukommen. Es ist doch heute so, daß die finanzielle Lage speziell der kleinen Gemeinden — und da sind auch kleine Landfeuerwehren vorhanden — sich merkwürdig in dem Maße verschlechtert, als wir sozial und technisch fortschreiten. Die Notwendigkeiten für die Fürsorge, Schulhäuser, 26.000 km Straßen und Wege, Wohnungen, wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen des Bundes und des Landes, verringern von Jahr zu Jahr die finanzielle Basis der Gemeinden und es wird nicht mehr lange der Tag ausbleiben, wo man vom Ausverkauf der steirischen Gemeinden wird sprechen können. Es ist beschämend festzustellen, daß sich unsere braven Landfeuerwehren hauptsächlich aus Schnorrgeldern erhalten müssen, was eine zusätzliche Belastung der Bevölkerung darstellt, während man auf der anderen Seite nicht das geringste Verständnis dafür hat, den Wehren jene Gelder zuzuführen, auf die sie moralischen Anspruch haben. Man verschanzte sich vielmehr hinter Gesetzeslücken und Paragraphentexte. Wir tragen ohne weiters Defizite für die Krankenanstalten, weil wir uns unserer Verpflichtung gegenüber diesen Institutionen bewußt sind, wir haben aber auch eine ebensolche Verpflichtung hinsichtlich jener Institutionen, die Tag und Nacht zur Pflichterfüllung bereit sind. Hier müßte man schon etwas großzügiger sein, diesen Vorwurf kann ich dem Herrn Landesfinanzreferenten nicht ersparen.

Man muß die Lage aus eigener Anschauung kennen. Fahren Sie mit einer kleinen Landfeuerwehr bei Wind und Regen einmal aus, dann werden Sie einsehen, wie notwendig es ist, der Förderung unserer steirischen Feuerwehren mehr Obsorge zuzuwenden. Unsere Feuerwehren haben die großen Sachverluste des Jahres 1945 durch eigene Kraft, durch viel Opferbereitschaft wieder wettgemacht. Wenn es auch zugegebenermaßen hie und da zu Überschreitungen gekommen ist, aber so ist doch dem Guten kein Abbruch getan worden. Die Feuerwehren haben sich aber nicht nur den technischen Fortschritt anzueignen, sondern vor allem auch die persönliche Ausrüstung der Feuerwehrmänner auf jenen Stand zu bringen, der diese vor gesundheitlichen Gefahren schützt und hier ist noch viel zu tun. Wir haben die menschliche Verpflichtung, einmal einen anderen Kurs einzuschlagen und nicht nur ominöse Zahlen in den Voranschlag einzusetzen, während sich auf der anderen Seite die Zuweisungen als zu gering erweisen. Es wird immer davon

gesprochen, daß die Gemeinden ja durch die Bedarfszuweisungen in die Lage versetzt werden, den Feuerwehren Zuwendungen zu machen.

Meine Damen und Herren! Wenn jedes Jahr ein Betrag von fast 2½ Millionen Schilling der ursprünglichen Zweckbestimmung entzogen wird, dann fällt es den Feuerwehren draußen sehr schwer, es den einzelnen Männern beizubringen, daß erst im Wege der Bedarfszuweisungen diese Mittel zum größten Teil wieder hereinkommen, noch dazu, wenn man in offiziellen Zeitschriften, wie z. B. in der Zeitschrift „Kommunale Arbeit in Stadt und Land“ unter dem Titel „Bedarfszuweisungen für Zwecke der freiwilligen Feuerwehr“ unverblümt zu lesen bekommt: „In Anbetracht des Umstandes, daß für Zwecke des Feuerschutzes eine eigene Zwecksteuer besteht, deren Erträge ausschließlich für diese Dinge gebunden sind, besteht kein Anlaß mehr, Bedarfszuweisungen für den Bau von Rüsthäusern, Errichtung von Löschwasserstellen, Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen usw. zu gewähren. Da die Mittel aus dem Bedarfszuweisungen ohnehin beschränkt sind und nicht ausreichen, kaum ein Fünftel der Anforderungen zu decken, besteht kaum eine Aussicht für die oben erwähnten Zwecke noch Bedarfszuweisungen zur Verfügung zu stellen“. Das ist ja ein Eiertanz, der hier aufgeführt wird. Auf der einen Seite der Hinweis auf die Bedarfszuweisungen und auf der anderen Seite der Hinweis auf die Zweckgebundenheit der Feuerschutzsteuer. Im Interesse tausender Feuerwehrmänner, die unter Hintansetzung ihres persönlichen Wohles im Einsatz stehen, ist eine Klarstellung dieser Frage notwendig. Die ÖVP hat einen Antrag eingebracht, die Eingänge aus dieser Feuerschutzsteuer zur Gänze den Förderungsbeiträgen unserer steirischen Feuerwehren zur Verfügung zu stellen. Der Abänderungsantrag des VdU, erst nach Prüfung der Finanzlage des Landes diesen Antrag seiner Realisierung zuzuführen, ist sehr problematisch. (Abg. Scheer: „Das ist eine notwendige Voraussetzung.“) Meine Herren, wenn man erst die Finanzlage prüft, ob wir eine Million den Feuerwehren mehr geben sollen oder nicht, dann weiß ich schon im vorhinein, daß nichts daraus wird. Die Tatsache, daß im außerordentlichen Haushalt 400.000 S eingesetzt sind, ist unbedeutend und meines Erachtens eine Blasphemie der ganzen Angelegenheit, wenn man in Betracht zieht, daß ein steigender Prämienlös festzustellen ist und auf der anderen Seite die Budgetpost 55 um 300.000 S gekürzt worden ist.

Die Opfer, die die steirischen Feuerwehren bringen, sollen letzten Endes auch eine außerordentliche optische Berücksichtigung und Würdigung finden, umso mehr, als die Zuwendungen nur alle 3 Jahre erfolgen und hier auch nur in Verbindung mit einem gleich hohen Betrag seitens der Gemeinde. Es hat sich zum Beispiel in Oberösterreich heuer an einem Tag eine Katastrophe zugezogen, die mit einem Schlag sieben Todesopfer forderte. Es könnte sich diese Katastrophe auch jeden Tag und jede Stunde bei uns ereignen und mit Rücksicht auf dieses, frisch in Erinnerung stehende Unglück müßte es doch möglich sein, sich über die Zweckgebundenheit oder Nicht-Zweck-

gebundenheit dieses Beitrages hinwegzusetzen und auf Bestimmungen, die durch Lücken im Gesetz beansprucht werden könnten, zu verzichten oder sie wegzulassen, wenn es dem einfachen Hausverstand und auch der Absicht des Gesetzgebers entspricht. Wir haben die Sachlage mit dem gesunden Rechtsempfinden in Einklang zu bringen. Lassen Sie mich mit einem indischen Weisheitsspruch abschließen, der besagt: „Unrecht kann eine Niederlage erdulden, das Recht aber nie!“ (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Ing. Kalb: Hoher Landtag! Neben einer politischen Befriedigung, die sich nun nach 10 Jahren allmählich durchzusetzen beginnt, ist selbstverständlich auch eine entsprechende Stabilität der gesamten Wirtschaft anzustreben. Diese wird nun nicht erreicht, indem sich die einzelnen Bevölkerungsgruppen in ständigen Hinweisen auf die Unhaltbarkeit der eigenen wirtschaftlichen Lage zu überbieten trachten. Ein stabiler wirtschaftlicher Aufbau wird heute nur erreicht, wenn ein durch einen verlorenen Krieg und seine Folgen verworrener Wirtschaftskörper langsam Schritt für Schritt wieder ins Gleichgewicht gebracht wird.

Ein Gleichgewicht aber gibt es nur, wenn alle Bevölkerungsgruppen hiebei gleichermaßen berücksichtigt werden. Das Vordringen Einzelner auf Grund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit, ihres größeren Stimmenaufwandes oder ihrer Verbindungen führt zwangsläufig zu Spannungen, die weit über die wirtschaftlichen Auswirkungen hinaus das Vertrauen des Volkes zu seiner Führung schwerstens gefährden.

Heute muß beispielsweise die bäuerliche Bevölkerung — also der Nährstand des Volkes — durch Jahre hindurch sehen, hören und vor allem fühlen, daß trotz aller Mahnungen bewährter Fachkräfte und aller unwiderlegbaren statistischen Unterlagen und Erhebungen schon seit Jahren der Bauernschaft an die 50% ihres Einkommens vorzuenthalten werden. Hierüber wird aber von den verantwortlichen Männern mit einem Achselzucken hinweggegangen. Hier mangelt es auf jedem Fall an der allgemeinen Auffassung einzelner Menschen und Gruppen über die unbedingte Notwendigkeit ihrer Einordnung in die Gemeinschaft bzw. an einer gewissen Rücksichtnahme gegenüber dem wirtschaftlich und organisatorisch Schwächeren. In diesem Zusammenhang sind Radiosendungen, wie die des Gewerkschaftsbundes und Wirtschaftsbundes, schärfstens zu verurteilen, weil sie nur dazu führen, die ganz einseitigen Standpunkte noch zu verschärfen und diese bis zum letzten Hörer hinauszutragen. Ich verweise hiebei auf eine unlängst durchgegebene Sendung des Gewerkschaftsbundes, die den Hörern „Kauft ausländisches Fett!“ zurief und die in ihrer Verständnislosigkeit wohl nichts zu wünschen übrig läßt.

Aber auch die einzelnen Stellungnahmen gewisser Konsumentenkreise in der Milchpreisfrage sind mit wenigen Ausnahmen ganz unverständlich. Wie kann heute ein mit Frau und Kindern in bescheidenen Verhältnissen lebender und täglich bis